

Schriftenreihe des  
Rheinisch-Westfälischen Instituts  
für Wirtschaftsforschung  
Neue Folge Heft 56

# Ausländische Selbständige in der Bundesrepublik

unter besonderer Berücksichtigung von Entwicklungs-  
perspektiven in den neuen Bundesländern

Von

Hans Dietrich von Loeffelholz, Arne Gieseck  
und Holger Buch



Duncker & Humblot · Berlin

# Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Vorstand: Prof. Dr. Paul Klemmer (Präsident),  
Priv.-Doz. Dr. Ullrich Heilemann (Vizepräsident)

Verwaltungsrat: Dr. Theodor Pieper (Vorsitzender); Dr. Erich Coenen, Prof. Dr. Dr.h.c. Reimut Jochimsen, Christa Thoben (stellv. Vorsitzende); Dr. Walter Aden, Dr. Holger Berndt, Manfred Bodin, Kurt Busch, Prof. Dr. Johann Eekhoff, Reinhard Fiege, Heinrich Frommknecht, Prof. Dr. Harald B. Giesel, Dr. Friedhelm Gieske, Prof. Dr. Jürgen Gramke, Peter Hohlfeld, Ulrich Hombrecher, Hartmut Krebs, Joachim Kreplin, Gerd Müller, Dr. Henning Osthues-Albrecht, Hans-Jürgen Reitzig, Klaus Schloesser, Franz Schlüter, Friedrich Späth, Wolfgang Steller, Dr. Werner Thoma, Dr. Ruprecht Vondran, Dr. Wessel de Weldige-Cremer, Dr. Axel Wiesener

---

## Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Neue Folge Heft 56

Schriftleitung: Prof. Dr. Paul Klemmer  
Redaktionelle Bearbeitung: Joachim Schmidt

**HANS DIETRICH VON LOEFFELHOLZ, ARNE GIESECK  
UND HOLGER BUCH**

**Ausländische Selbständige in der Bundesrepublik**

**SCHRIFTENREIHE DES RHEINISCH-WESTFÄLISCHEN  
INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG ESSEN**

**NEUE FOLGE HEFT 56**

# **Ausländische Selbständige in der Bundesrepublik**

unter besonderer Berücksichtigung von Entwicklungs-  
perspektiven in den neuen Bundesländern

Von

Hans Dietrich von Loeffelholz, Arne Gieseck  
und Holger Buch



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Loeffelholz, Hans Dietrich von:**

Ausländische Selbständige in der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung von Entwicklungsperspektiven in den neuen Bundesländern / von Hans Dietrich von Loeffelholz, Arne Gieseck und Holger Buch. — Berlin : Duncker und Humblot, 1994

(Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für  
Wirtschaftsforschung Essen ; N.F., H. 56)

ISBN 3-428-08231-1

NE: Gieseck, Arne:; Buch, Holger:; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Essen): Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen . . .

Alle Rechte vorbehalten

© 1994 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0720-7212

ISBN 3-428-08231-1

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
gemäß der ANSI-Norm für Bibliotheken

## Vorwort

Das Interesse an der ökonomischen Bedeutung der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland hat in Politik und Wissenschaft in den letzten Jahren beinahe sprunghaft zugenommen. Ursache dafür ist die mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verstärkte Zuwanderung von Personen insbesondere aus den osteuropäischen Ländern. Diese hat zwar mit zum sog. Einigungsboom beigetragen, ja ihn sogar wesentlich verstärkt; mit der konjunkturellen Abschwächung im vergangenen Jahr rücken indes Befürchtungen darüber in den Vordergrund, daß der Aufenthalt und der Zuzug von Ausländern die wirtschaftliche Situation noch verschärfen könnten. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die zunehmenden Ungleichgewichte auf den west- und ostdeutschen Arbeitsmärkten, aber auch in bezug auf die verstärkte Beanspruchung der materiellen und immateriellen Infrastruktur etwa im Wohnungs-, Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrsbereich, aber auch im Umweltbereich.

Die vorliegende Arbeit untersucht die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der ausländischen Selbständigen unter besonderer Berücksichtigung von Entwicklungsperspektiven in den neuen Bundesländern; sie ist das Ergebnis eines Forschungsprojekts, mit dem der Bundesminister für Wirtschaft das Institut Mitte 1993 beauftragt hatte. Damit wird eine Tradition des RWI fortgesetzt, deren Ursprünge weit in die siebziger Jahre zurückreichen. Seitdem hat sich das Institut mehr oder weniger kontinuierlich im Rahmen seiner bevölkerungökonomischen Arbeiten und der RWI-Stukturberichterstattung mit wirtschaftlichen Implikationen der Ausländerbeschäftigung sowie des Zuzugs und Aufenthalts von Migranten in der Bundesrepublik beschäftigt. Die Arbeiten haben in der Öffentlichkeit jeweils viel Beachtung gefunden und zur Versachlichung der oft emotional und nicht immer vorurteilsfrei geführten Diskussion beigetragen.

Nunmehr legt das Institut eine Studie vor, die sich erstmalig und umfassend mit den wesentlichen arbeitsmarktpolitischen und finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten der Selbständigkeit von Ausländern in Deutschland beschäftigt. Sie nimmt die meist recht partialanalytisch angelegte Literatur auf und diskutiert die vorhandenen Konzepte und Ansätze zur Erklärung ausländischer Selbständigkeit. Schwerpunkte dieser Arbeit sind indes zum einen eine umfassende und aktuelle Bestandsaufnahme der ausländischen Selbständigen in West- und Ostdeutschland nach sozioökonomischen Kriterien, zum anderen die gerade mit Blick auf den Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern spannende Frage, inwieweit von den dort ansässigen oder von den von jenseits der deutschen Grenzen oder auch aus den alten Bundesländern zuziehenden Ausländern Chancen zur Selbständigkeit gesehen und wahrgenommen werden. Diese Frage wird letztlich vor dem Hintergrund der mittelfristig absehbaren Entwicklung der

Zahl der Ausländer in Ostdeutschland eher zurückhaltend beantwortet. Ob sich auf längere Sicht eine Entwicklung ergibt, die letztlich zur Angleichung des Niveaus und der Struktur der ausländischen Selbständigkeit an die der deutschen führt, mußte im gegebenen Rahmen offen bleiben. Dies gilt um so mehr, als sich die vorliegende Studie auf ein Feld begibt, das bislang in Deutschland – theoretisch wie empirisch – nur unzureichend bearbeitet wurde. Entsprechend sind die hier angewendeten Untersuchungsmethoden und –ergebnisse im Sinne einer Diskussionsgrundlage zu verstehen. Aus diesem Grunde, aber auch zur stärkeren analytischen und empirisch-statistischen Fundierung der politischen und wissenschaftlichen Diskussion über die ökonomischen Relevanz von Ausländern in der Bundesrepublik, soll die Studie nunmehr einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die Arbeit wurde in Zusammenarbeit der Forschungsgruppen „Öffentliche Finanzen und Steuern“ und „Konjunktur“ des Instituts von Dr. Arne Gieseck und von Dipl.-Volkswirt Holger Buch (bis 28. Februar 1994) erstellt. Die Projektleitung lag bei Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz.

Essen, September 1994

Rheinisch-Westfälisches Institut  
für Wirtschaftsforschung

Paul Klemmer

# Inhaltsverzeichnis

<b>Problemstellung</b>	<b>13</b>
------------------------	-----------

## Erstes Kapitel

<b>Ausländische Selbständige in Westdeutschland: Entwicklung, Struktur, Perspektiven</b>	<b>17</b>
--	-----------

1.	Längerfristige Entwicklung der Selbständigkeit . . . . .	17
2.	Längerfristige Entwicklung der Selbständigkeit von Ausländern . . . . .	22
2.1.	Entwicklung der ausländischen Bevölkerung seit 1950 . . . . .	22
2.2.	Beschäftigung von Ausländern . . . . .	25
2.3.	Ausländische Selbständige in Westdeutschland . . . . .	28
2.3.1.	Rechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	29
2.3.2.	Entwicklung der ausländischen Selbständigkeit . . . . .	32
2.3.3.	Determinanten der ausländischen Selbständigkeit . . . . .	34
2.3.3.1.	Entscheidung zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit . . . . .	34
2.3.3.2.	Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit durch Ausländer . . . . .	35
2.3.3.3.	Empirische Analyse . . . . .	37
3.	Ausländische Selbständige nach Nationalitäten, Regionen und Sektoren . . . . .	42
3.1.	Nationale Struktur . . . . .	42
3.1.1.	Überblick . . . . .	42
3.1.2.	Italienische Selbständige . . . . .	45
3.1.3.	Türkische Selbständige . . . . .	46
3.1.4.	Griechische Selbständige . . . . .	48
3.1.5.	Selbständige aus dem ehemaligen Jugoslawien . . . . .	48
3.1.6.	Sonstige Nationalitäten . . . . .	49
3.2.	Regionale Verteilung der ausländischen Selbständigen . . . . .	49
3.3.	Sektorale Struktur der ausländischen Selbständigen . . . . .	50
3.3.1.	Überblick . . . . .	51
3.3.2.	Ausländische Selbständige im Handwerk . . . . .	53

3.3.3.	Ausländische Selbständige im Groß- und Einzelhandel . . . . .	56
3.3.4.	Ausländische Selbständige im Gastgewerbe . . . . .	57
4.	Perspektiven ausländischer Selbständigkeit . . . . .	61

## Zweites Kapitel

	<b>Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der ausländischen Selbständigen in Westdeutschland</b>	<b>65</b>
1.	Produktion, Investitionen und Wertschöpfung der ausländischen Selbständigen . . . . .	65
1.1.	Umsätze . . . . .	65
1.1.1.	Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen . . . . .	65
1.1.2.	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei . . . . .	67
1.1.3.	Verkehr und Nachrichtenübermittlung . . . . .	67
1.1.4.	Produzierendes Gewerbe . . . . .	70
1.1.5.	Umsätze insgesamt . . . . .	71
1.2.	Investitionen . . . . .	72
1.3.	Brutto- und Nettowertschöpfung . . . . .	73
2.	Beschäftigte bei ausländischen Selbständigen . . . . .	75
2.1.	Ausländische Selbständige als Arbeitgeber . . . . .	75
2.2.	Ausländische Selbständige als Ausbilder . . . . .	79
3.	Finanzwirtschaftliche Implikationen und infrastrukturelle Aspekte der Selbständigkeit von Ausländern . . . . .	80
3.1.	Steuerzahlungen ausländischer Selbständiger . . . . .	81
3.1.1.	Direkte Steuern . . . . .	81
3.1.1.1.	Gewerbe-, Vermögen- und Grundsteuer . . . . .	81
3.1.1.2.	Einkommensteuer . . . . .	82
3.1.2.	Indirekte Steuern . . . . .	84
3.1.2.1.	Umsatzsteuer . . . . .	84
3.1.2.2.	Spezielle Verbrauchssteuern . . . . .	85
3.2.	Bezug monetärer und Beanspruchung realer staatlicher Leistungen durch ausländische Selbständige . . . . .	86
3.3.	Fiskalische Gesichtspunkte der Beschäftigung von Arbeitnehmern durch ausländische Selbständige . . . . .	87
3.3.1.	Steuern und Beiträge . . . . .	87
3.3.2.	Staatliche Aufwendungen . . . . .	88
3.3.2.1.	Geldleistungen der öffentlichen Hand . . . . .	88
3.3.2.2.	Implikationen für die Wohnungsinfrastruktur . . . . .	88
3.3.2.3.	Bildungsbereich . . . . .	89
3.3.2.4.	Verkehrsbereich . . . . .	90
3.3.2.5.	Gesundheitswesen . . . . .	90

3.4.	Zusammenfassung und finanzpolitische Bewertung . . . . .	91
4.	Integrative Wirkungen ausländischer Selbständiger . . . . .	91
4.1.	Integrationseffekte durch ausländische Selbständige . . . . .	92
4.2.	Zur Marginalisierungsthese . . . . .	92
4.3.	Kundschaft der ausländischen Gewerbetreibenden . . . . .	94
4.4.	Zusammenfassende Bewertung . . . . .	95

### Drittes Kapitel

<b>Ausländische Selbständige in den neuen Bundesländern: Stand und Perspektiven</b>	<b>97</b>
---	-----------

1.	Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern . . . . .	97
2.	Entwicklung der Selbständigkeit in den neuen Bundesländern . .	103
3.	Perspektiven der Selbständigkeit in den neuen Bundesländern . .	110
4.	Ausländische Selbständigkeit in den neuen Bundesländern . . . .	113
4.1.	Ausländische Wohnbevölkerung in der ehemaligen DDR . . . . .	113
4.2.	Stand und Perspektiven ausländischer Selbständigkeit in den neuen Bundesländer . . . . .	116

### Viertes Kapitel

<b>Zusammenfassende Bewertung</b>	<b>119</b>
-----------------------------------	------------

<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>121</b>
-----------------------------	------------

## Verzeichnis der Tabellen

Tabelle	1: Ausländische Wohnbevölkerung in Westdeutschland nach Herkunftsländern . . . . .	24
Tabelle	2: Deutsche und ausländische Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf und nach der sektoralen Struktur . . . . .	27
Tabelle	3: Berufliche Mobilität von deutschen und ausländischen Beschäftigten . . . . .	28
Tabelle	4: Ausländische Wohnbevölkerung nach Herkunftsländern und Aufenthaltsstatus . . . . .	30
Tabelle	5: Schätzergebnisse für die Entwicklung der Zahl der Selbständigen . . . . .	39
Tabelle	6: Sozioökonomische Determinanten der Selbständigkeit . . . . .	40
Tabelle	7: Ausländische Selbständige und Selbständigenquoten nach Staatsangehörigkeiten . . . . .	46
Tabelle	8: Ausländische Wohnbevölkerung nach Bundesländern und Stellung im Beruf . . . . .	50
Tabelle	9: Deutsche und ausländische Selbständige nach Branchen . . . . .	52
Tabelle	10: Ausländische Betriebsinhaber im Handwerk . . . . .	54
Tabelle	11: Berufe der ausländischen Betriebsinhaber im Handwerk . . . . .	55
Tabelle	12: Ausländische Gastwirte in ausgewählten Städten . . . . .	58
Tabelle	13: Ausländische Teilnehmer an Gaststättenunterrichtungen . . . . .	60
Tabelle	14: Tatsächliche und potentielle Verteilung der ausländischen Selbständigen in Westdeutschland nach Sektoren . . . . .	63
Tabelle	15: Ausländische Selbständige im Wirtschaftszweig „Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen“ . . . . .	66
Tabelle	16: Ausländische Erwerbstätige nach Berufsgruppen und Stellung im Beruf . . . . .	68
Tabelle	17: Umsätze der ausländischen Selbständigen nach Wirtschaftsabteilungen . . . . .	71
Tabelle	18: Produktionswert und Wertschöpfung bei ausländischen Selbständigen . . . . .	73

Tabelle	19: Durchschnittliche Bruttoeinkommen der ausländischen und deutschen Erwerbstätigen . . . . .	74
Tabelle	20: Arbeitsmarktpolitische Bedeutung ausländischer Selbständiger in Westdeutschland . . . . .	77
Tabelle	21: Selbständigkeit in der DDR nach Wirtschaftsbereichen . . . . .	104
Tabelle	22: Gewerbeanzeigen in den neuen Bundesländern . . . . .	106
Tabelle	23: Sektorale Struktur der Selbständigkeit in den neuen und den alten Bundesländern . . . . .	109
Tabelle	24: Perspektiven der Selbständigkeit in den neuen Bundesländern . . . . .	111
Tabelle	25: Ausländer in der DDR nach Tätigkeiten und Geschlecht . . . . .	114
Tabelle	26: Nationalitäten der Ausländer in der DDR bzw. in den neuen Bundesländern . . . . .	115
Tabelle	27: Ausländische Gewerbeanmeldungen in Ostberlin . . . . .	118

## Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1: Selbständige und abhängig Beschäftigte in Westdeutschland . . . . .	18
Schaubild 2: Sektorale Entwicklung der Selbständigkeit in Westdeutschland . . . . .	19
Schaubild 3: Westdeutsche Wohnbevölkerung nach der Staatsangehörigkeit . . . . .	23
Schaubild 4: Ausländische Erwerbstätigkeit in Westdeutschland . . . . .	26
Schaubild 5: Selbständige nach Produzentengruppen und Staatsangehörigkeit . . . . .	33
Schaubild 6: Anteil der ausländischen Selbständigen an den Selbständigen insgesamt nach Altersgruppen . . . . .	41
Schaubild 7: Ausländische Selbständige in Westdeutschland . . . . .	43
Schaubild 8: Ausländische Selbständige nach Staatsangehörigkeit . . . . .	44
Schaubild 9: Sektorale Struktur der ausländischen Selbständigen in Westdeutschland . . . . .	51
Schaubild 10: Deutsche und ausländische Selbständige in Westdeutschland . . . . .	62
Schaubild 11: Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland . . . . .	98
Schaubild 12: Zahl der Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern nach Wirtschaftsbereichen . . . . .	99
Schaubild 13: Besatz mit Erwerbstäitgen in den neuen Bundesländern nach Wirtschaftsbereichen . . . . .	100
Schaubild 14: Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern . . . . .	102
Schaubild 15: Selbständigkeit in den neuen Bundesländern . . . . .	107

## Problemstellung

Im Zuge der jüngsten Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland hat auch das Interesse an der Bedeutung der schon länger ansässigen Ausländer für die deutsche Volkswirtschaft wesentlich zugenommen<sup>1</sup>. Im Vordergrund der ökonomischen Be trachtung stehen meist die 2,2 Mill. ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien angehörigen (Juni 1993); gleichwohl wird zunehmend auch nach der Bedeutung der ausländischen Selbständigen in der Bundesrepublik für den Arbeitsmarkt, für die öffentlichen Finanzen und für das Wirtschaftswachstum sowie den sektoralen Strukturwandel gefragt. Dies gilt in besonderem Maße für die neuen Bundesländer, wo – mit Blick auf die Erfahrungen in den alten Bundesländern – mittel- und längerfristig günstige Entwicklungschancen auch für ausländische Erwerbstätige im allgemeinen und für ausländische Selbständige im besonderen gesehen werden. Entsprechende Existenzgründungen erscheinen nicht zuletzt zur Stärkung des Mittelstands und im Hinblick auf eine ausgewogene Branchenstruktur willkommen.

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der ausländischen Selbständigen in den alten Bundesländern und die Entwicklungsperspektiven für die in die neuen Bundesländer neu zuwandernden Ausländer sollen im folgenden mittels einer empirisch-quantitativen Analyse aufgezeigt werden. Dabei sind neben der unternehmerischen Selbständigkeit der traditionell in Westdeutschland am stärksten vertretenen Ausländer, wie Türken, Italiener, Griechen und Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, auch die Möglichkeiten für Angehörige von Staaten in Ost- und Südosteuropa, d.h. für Polen, Tschechen, Ungarn usw., zu untersuchen.

Zunächst ist der analytische und empirische Rahmen zu skizzieren, vor allem mit Blick auf das verwendete Datenmaterial. Anschließend wird vor dem Hintergrund der längerfristigen Entwicklung und Determinanten der Selbständigkeit in Westdeutschland der Verlauf der Selbständigkeit von Ausländern seit Beginn der Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften Mitte der fünfziger Jahre aufgezeigt (Erstes Kapitel). Dabei ist der Einfluß der bis zum Anwerbestopp 1974 rasch wachsenden Ausländerbeschäftigung sowie des sich im Zuge des Familiennachzugs in der Phase danach und infolge der politischen Umwälzungen in Europa seit 1989 immigrationsbedingt auf

1 Vgl. aus der Vielzahl der in den beiden letzten Jahren erschienenen Arbeiten A. Gieseck, U. Heilemann und H.D. von Loeffelholz [I], Wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte der Zuwanderung in die Bundesrepublik „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, Bonn, Nr. B7/93 vom 12. Februar 1993, S. 29ff., und die dort angeführte Literatur, sowie H.D. von Loeffelholz [I], Der Beitrag der Ausländer zum wirtschaftlichen Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland „Eichholz-Brief – Zeitschrift zur Politischen Bildung“, Bonn, Jg. 29 (1992), S. 60ff.

heute schätzungsweise 6,5 bis 7 Mill. Personen vergrößernden ausländischen Bevölkerungsanteils (1993) auf die Entwicklung der Selbständigkeit von Ausländern zu analysieren<sup>2</sup>; ebenso ist zu untersuchen, inwieweit konjunkturelle und strukturelle Entwicklungen – insbesondere des Arbeitsmarkts – die Neigung von ansässigen Ausländern, sich selbstständig zu machen, gestärkt oder vermindert haben. In diesem Zusammenhang werden auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für die ausländische Selbständigkeit skizziert; weiter sind theoretische Ansätze zu diskutieren, die das Entstehen dieser Erwerbsform nicht nur als Reaktion auf die jeweilige Situation am Arbeitsmarkt, sondern auch als Ausfluß von Veränderungen bei spezifischen sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen begreifen. Darüber hinaus werden wirtschaftliche und „kulturelle“ Faktoren mit ins Bild genommen, die sich auf das Entstehen selbstständiger Beschäftigungen in den Herkunftsländern der zugewanderten Ausländer beziehen.

Ausgehend vom aktuellen Stand der Selbständigkeit von Ausländern<sup>3</sup> wird anschließend nach der nationalen Struktur, der regionalen Verteilung nach Bundesländern und nach den sektoralen Schwerpunkten gefragt. Dabei werden die Wirtschaftsbereiche, in denen sich, wie im Handwerk, Handel und Gastgewerbe, die ausländischen Selbständigen vorwiegend betätigen, einer differenzierten Analyse unterzogen. Mit Blick auf das Handwerk erscheint auch der Aspekt interessant, inwieweit ausländische Selbständige als Ausbilder in den Handwerksberufen tätig sind und sich damit einer nicht nur gesamtwirtschaftlich und -gesellschaftlich, sondern auch arbeitsmarktpolitisch besonders wichtigen Aufgabe annehmen.

Die ausländischen Selbständigen schaffen auch Beschäftigungsmöglichkeiten für ihre (mithelfenden, geringfügig oder sozialversicherungspflichtig beschäftigten) Familienangehörigen; darüber hinaus stellen sie Arbeitsplätze für weitere Personengruppen aus „ihrer“ und anderen Ethnien sowie für deutsche Erwerbspersonen bereit, wobei wieder in sektoraler, regionaler und berufs- wie tätigkeitsspezifischer Hinsicht zu differenzieren ist.

Zur Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der ausländischen Selbständigen werden weiter die von ihnen getätigten Umsätze und Investitionen analysiert (Zweites Kapitel). In diesem Zusammenhang ist auch der Beitrag der ausländischen

- 
- 2 In bezug auf die Bevölkerung in der Bundesrepublik insgesamt bedeutet dies einen Anteil von ca. 8 vH (1993) – nach unter 2 vH in den fünfziger und sechziger Jahren, 4 vH Ende der siebziger Jahre und 6 vH in den achtziger Jahren. Mit dem aktuellen Ausländeranteil liegt die Bundesrepublik zusammen mit Belgien (1990: 8,7 vH) und Frankreich (1990: 6,3 vH) an der Spitze in Europa, wenn man von kleineren Ländern wie Luxemburg mit einem Ausländeranteil von 30 vH (1990) und von der Schweiz mit 15 vH (1990) absieht. Im Falle Frankreichs (oder auch z.B. Portugals mit einem Ausländeranteil von 1 vH 1990) ist indes zu berücksichtigen, daß zugewanderte Personen aus den ehemaligen Kolonien – anders als etwa bei Personen aus dem ehemaligen Belgisch-Kongo – französische (bzw. portugiesische) Staatsbürger sind. Die Vereinigten Staaten von Amerika weisen gegenwärtig einen Anteil von sogenannten „foreign-born“ in Höhe von ebenfalls 8 vH auf.
  - 3 Dabei wird lediglich auf die Selbständigen mit ausländischer Staatsbürgerschaft abgehoben, also von den ehemaligen ausländischen Selbständigen abstrahiert, die sich nach einer längeren Aufenthaltsdauer einbürgern ließen. Zwischen 1982 und 1991 ließen sich nach amtlichen Angaben insgesamt 580 000 Ausländer einbürgern, darunter knapp 30 000 Selbständige.

Selbständigen (einschließlich der bei ihnen Beschäftigten) zur volkswirtschaftlichen Einkommensentstehung und -verwendung (BIP bzw. Konsum und Sparen) zu analysieren; die Herausarbeitung solcher Kenngrößen dient als Basis für die Abschätzung der finanziellen Mittel, die zum einen von den ausländischen Selbständigen selbst, zum anderen von den bei ihnen abhängig Beschäftigten (Ausländer und Deutsche) in Form von Steuern und (Sozial-)Abgaben zur Finanzierung der Staatsausgaben aufgebracht werden. Freilich wird man sich hier vielfach auf Tendenzaussagen beschränken müssen. Dies gilt vor allem auch in bezug auf spezifische öffentliche Ausgaben für die genannten Gruppen, die, soweit dies sinnvoll und möglich erscheint, den an Fiskus und Parafisci geleisteten Steuern und Abgaben gegenübergestellt werden. Unter den öffentlichen Leistungen sind nicht nur monetäre Transfers, wie Kindergeld und Wohngeld, zu betrachten, sondern auch gruppenspezifische Ausgaben, vor allem solche in wichtigen Infrastrukturbereichen, wie Bildungs- und Gesundheitssystem sowie Wohnungsmarkt und Verkehrsbereich. Daran schließt sich die Untersuchung der Frage an, inwieweit die ausländischen Selbständigen einen Beitrag zu ihrer gesellschaftlichen Integration sowie überhaupt zur Integration von Ausländern in die einheimische Gesellschaft leisten können.

Die ökonomischen Perspektiven von selbständigen Ausländern in den neuen Bundesländern werden zunächst unter Berücksichtigung der jüngsten Wanderungsbewegung nach Ostdeutschland und vor dem Hintergrund der dortigen Arbeitsmarktentwicklung beleuchtet (Drittes Kapitel). Anschließend sollen einige Überlegungen zur (potentiellen) Bedeutung der ausländischen selbständigen Erwerbspersonen für das Wirtschaftswachstum und für den Strukturwandel und den Aufholprozeß in Ostdeutschland angestellt werden. Zuletzt wird aufgezeigt, welchen Verlauf die Zahl der Selbständigen im allgemeinen und die der ausländischen Selbständigen im besonderen bis zur Jahrtausendwende nehmen könnten.

Eine zusammenfassende Bewertung der Untersuchungsergebnisse beschließt die vorliegende Untersuchung. Im Vordergrund stehen dabei die Frage der längerfristigen Entwicklung der ausländischen Selbständigkeit in Deutschland und der Aspekt, inwieweit ausländische Selbständige in Zukunft in andere Betätigungen, Branchen und Berufe vordringen könnten als bisher, und welche Möglichkeiten sich dadurch für die weitere Integration in die Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik eröffnen.

Bei der empirischen Fundierung von Aussagen über die wirtschaftliche Bedeutung der ausländischen Selbständigen in der früheren Bundesrepublik sowie über die Perspektiven in Ostdeutschland sieht man sich zunächst einem wenig detaillierten Datenmaterial der amtlichen Statistik gegenüber<sup>4</sup>. So wird auch von offizieller Seite beklagt, daß der Hauptmangel der Beschäftigtenstatistik in den fehlenden Angaben über Selbständige (u.a.) liegt<sup>5</sup>. Dieses Problem verstärkt sich noch, wenn die Staatsangehörigkeit der Selbständigen berücksichtigt werden soll. Auch in anderen Statistiken, etwa

- 
- 4 Dies betrifft auch das Fehlen von differenzierten Verlaufsdaten, so daß für die folgenden empirisch-statistischen Untersuchungen in der Regel Bestandsdaten, hinter denen sich mehr oder weniger starke Zu- und Abgänge verborgen können, verwendet werden müssen.
  - 5 Vgl. Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg.), „Hamburg in Zahlen“. Hamburg, Jg. 47 (1993), Heft 6, S. 176.

der der Gewerbean- und -abmeldungen<sup>6</sup> sowie dem Handelsregister oder der laufenden Erwerbstätigenstatistik, sind entsprechende Daten nicht verfügbar.

Statistische Angaben zu den ausländischen Erwerbstätigen etwa nach Berufsgruppen und nach der Stellung im Beruf liegen aus der amtlichen Volkszählung vom 25. Mai 1987 vor. Daneben werden Zahlen über ausländische Selbständige im laufenden Mikrozensus des Statistischen Bundesamts erhoben. Hierbei handelt es sich um eine jährlich durchgeführte Repräsentativerhebung im Querschnitt, der ein Auswahlssatz von 1 vH der Bevölkerung zugrundeliegt. Die Daten, die mittels Hochrechnung der Stichprobenergebnisse entstehen, werden einerseits nach Wirtschaftsabteilungen, andererseits nach Berufsabschnitten untergliedert.

Bei den Mikrozensusdaten ist der durch den Stichprobenfehler bedingte Unsicherheitsbereich (Zufallsschwankungen) zu berücksichtigen. Bei der Analyse werden daher weniger die absoluten Werte als vielmehr deren Struktur in sektoraler und regionaler Hinsicht sowie deren zeitliche Entwicklung im Vordergrund stehen. Die vermutlich höhere Genauigkeit der amtlichen Volkszählung 1987 als Vollerhebung ist der wesentliche Grund dafür, zur Untersuchung der gesamtwirtschaftlicher Effekte ausländischer Selbständigkeit hauptsächlich auf diese Daten zurückzugreifen. Eine Fortschreibung der Daten anhand der Angaben der Mikrozensen wird soweit möglich und im gegebenen Rahmen sinnvoll vorgenommen.

Neben diesen vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten stehen noch weitere Angaben zur Verfügung, z.B. die Gewerbean- und -abmeldungen durch Ausländer nach Wirtschaftsabteilungen für Berlin-West (1981 bis 1992) und Berlin-Ost (1991 und 1992). Im Bereich des Gaststättengewerbes, einem traditionellen Schwerpunkt der Selbständigkeit von Ausländern in der (früheren) Bundesrepublik, liegen neben der Zahl der Konzessionen in einzelnen Städten die Teilnehmerzahlen (jeweils nach Nationalitäten) an der von der jeweiligen IHK durchgeführten und zur Erteilung einer Konzession notwendigen Gaststättenunterrichtung vor, so daß für diese Branche eine tiefergehende Analyse möglich erscheint. Darüber hinaus wird die Zahl der potentiellen ausländischen Betriebsgründer im Handwerk auf der Basis der Teilnahme von Ausländern an den Meisterprüfungen abgeschätzt. Zusätzlich wird auf Ergebnisse von Befragungen und Feldstudien<sup>7</sup> zurückgegriffen werden.

Schließlich wird das sog. Sozioökonomische Panel (SOEP), das in Zusammenarbeit des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, und des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ der Universitäten Frankfurt a.M. und Mannheim durchgeführt wird, z.B. bei der Frage nach den Einkommensverhältnissen und nach anderen sozioökonomischen Aspekten der ausländischen Selbständigen im Längsschnitt verwendet.

---

6 Hier stehen lediglich die Daten für Berlin zur Verfügung.

7 Vgl. z.B. Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) [I], Ausländische Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Eine vergleichende Untersuchung zur unternehmerischen Selbständigkeit von Türken, Italienern, Griechen und Jugoslawen. Opladen 1991, J. Blaschke und A. Ersöz [I], Herkunft und Geschäftsaufnahme türkischer Kleingewerbetreibender in Berlin. Berlin 1987, und H. Korte und K. Calisgan, Eine empirische Untersuchung über ausländische Selbständige in Gelsenkirchen. Bochum 1989.

## **Erstes Kapitel**

# **Ausländische Selbständige in Westdeutschland: Entwicklung, Struktur, Perspektiven**

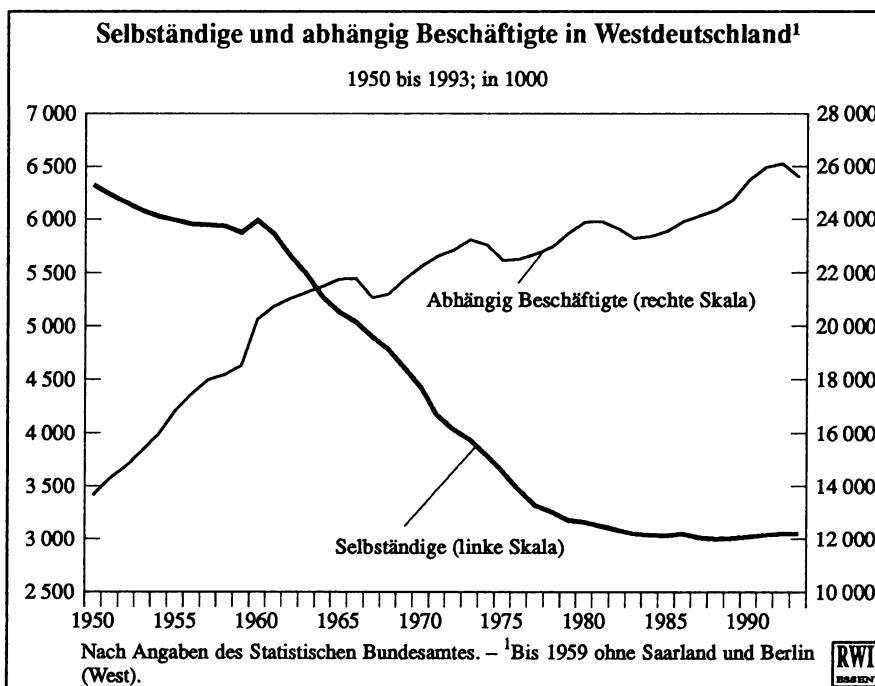
### **1. Längerfristige Entwicklung der Selbständigkeit**

Die selbständige Erwerbstätigkeit ist in Westdeutschland seit 1950 rückläufig: So hat sich die Zahl der Selbständigen (und mithelfenden Familienangehörigen)<sup>1</sup> seit den fünfziger Jahren von knapp 6 Mill. auf derzeit nur noch 3 Mill. halbiert und ist in der Tendenz auch weiterhin sinkend (vgl. Schaubild 1). Angesichts der um etwa 60 vH gestiegenen Zahl der abhängig Beschäftigten ist die Selbständigenquote von 27 vH auf nur noch rund 10 vH gesunken; bezogen auf die Wohnbevölkerung ging in den fünfziger Jahren jeder Achte einer selbständigen Erwerbstätigkeit nach, derzeit nur noch jeder Zwanzigste.

Im internationalen Vergleich ist diese Entwicklung nicht ungewöhnlich: Die Zahl und die relative Bedeutung der selbständigen Erwerbstätigkeit sinkt im allgemeinen mit steigenden Pro-Kopf-Einkommen<sup>2</sup>. Einfachen Regressionsrechnungen zufolge sinkt die Selbständigenquote bei einem Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens um 1 100 \$ (in Wechselkursen von 1987) um 1 vH-Punkt; dabei sinkt sie zunächst vergleichsweise schnell von durchschnittlich 48 vH in Ländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 500 \$ auf 9 vH in Ländern mit einem Einkommen von mehr als 12 000 \$ und stabilisiert sich dann etwa auf diesem Niveau. Dieses Entwicklungsmuster gilt gleichermaßen für die Anteile der Selbständigen in Industrie und tertiärem Sektor,

- 
- 1 In der amtlichen Statistik zählen zu den Selbständigen solche Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich oder organisatorisch als Eigentümer oder Pächter leiten. Darunter fallen auch selbständige Handwerker sowie alle freiberuflich Tätigen, Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeister. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [I], Statistisches Jahrbuch 1992 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1992, S. 108. In vielen Statistiken werden die Selbständigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen ausgewiesen; bei letzteren handelt sich um Personen, die in einem von einem Familienmitglied geleiteten Betrieb der oben dargestellten Art mithelfen, ohne hierfür Lohn oder Gehalt zu erhalten und ohne daß für sie Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.
- 2 Zum folgenden vgl. auch M. F. Loutfi, Self-Employment Patterns and Policy Issues in Europe. „International Labour Review“, Genf, vol. 130 (1991), Heft 1, S. 2f.

Schaubild 1

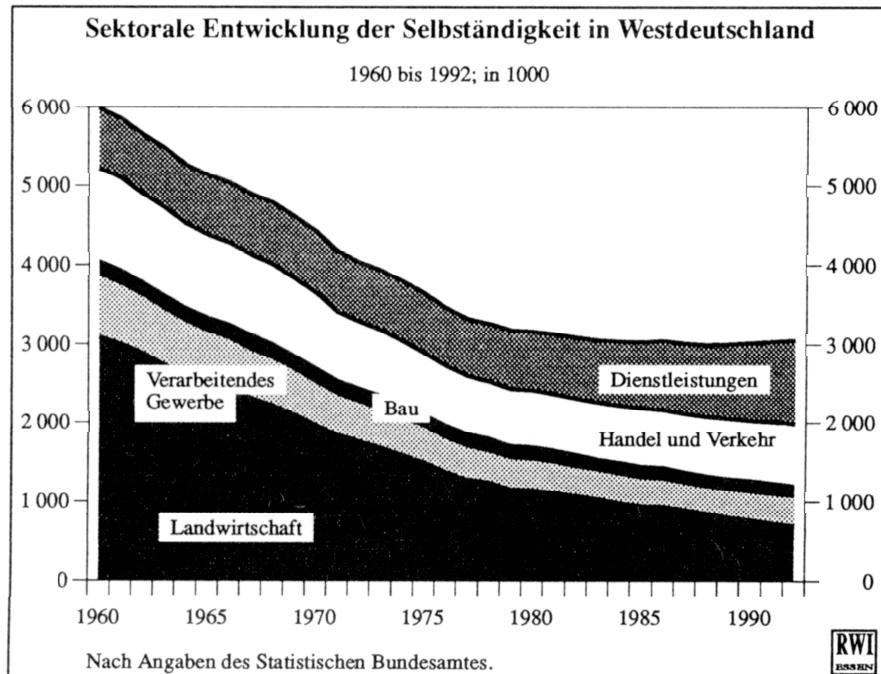


wohingegen die Selbständigkeit im Agrarsektor vom Einkommensstand unabhängig zu sein scheint.

Der mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik einhergehende Strukturwandel hat sich nicht nur in der Struktur der Erwerbstätigen insgesamt, sondern auch in der der Selbständigen niedergeschlagen. Die höchste Bedeutung kommt ihnen seit jeher in der Land- und Forstwirtschaft zu: Immerhin sind drei von vier Beschäftigten in der Landwirtschaft auf eigene Rechnung tätig (sechziger Jahre: 86 vH). Die allgemeine Abkehr vom primären Sektor macht sich hier allerdings auch in besonderem Maße bemerkbar: So ist die Zahl der selbständigen Land- und Forstwirte zwischen 1960 und 1992 um knapp 80 vH auf nur noch 700 000 gesunken. Auch im Produzierenden Gewerbe – und hier vor allem im Verarbeitenden Gewerbe – sind die Zahl der Selbständigen (1992: 540 000) und die Selbständigenquote (1992: 5 vH) seit den sechziger Jahren beständig – um rund die Hälfte – gesunken. Überdurchschnittlich hohe Anteile selbständig Erwerbstätiger sind in eher handwerklich ausgerichteten Bereichen wie in der Holzbe- und -verarbeitung, im Ausbaugewerbe und in der Stahlverformung, in der Herstellung von Musikinstrumenten und Spielzeugen, im Leder- und Bekleidungs- sowie im Ernährungsgewerbe anzutreffen.

In den Sektoren Dienstleistungen sowie Handel und Verkehr war in den sechziger Jahren jeder dritte bzw. vierte Erwerbstätige selbständig; auch hier sind spürbare rückläufige Selbständigenquoten festzustellen (1992: 18 bzw. 13 vH), allerdings ist die

Schaubild 2



absolute Zahl der Selbständigen in einigen Bereichen gestiegen. So hat sich die Zahl der selbständigen Einzelhändler seit Anfang der achtziger Jahre um 10 vH erhöht. Im Dienstleistungsbereich hat die Zahl der Selbständigen um 34 vH zugelegt; dazu haben insbesondere die freiberuflich Erwerbstätigen im Gesundheits- und Veterinärwesen, in der Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung sowie selbständige Künstler und Wissenschaftler beigetragen.

Die sektoralen Selbständigenanteile in der Bundesrepublik und ihre trendmäßige Entwicklung unterscheiden sich kaum von denen in anderen Industrieländern; demgegenüber liegen in weniger entwickelten Ländern die Selbständigenanteile vor allem in den Bereichen Bau, Handel und Verkehr sowie Gastgewerbe deutlich höher<sup>3</sup>. Der langfristige Strukturwandel vom primären zum tertiären Sektor hat sich schließlich auch in der sektoralen Struktur der Selbständigen niedergeschlagen. So hat sich z.B. der Anteil der selbständigen Land- und Forstwirte auf noch knapp ein Viertel halbiert, ist der der Selbständigen in der Industrie etwa konstant geblieben und im Dienstleistungsbereich von 32 vH auf 58 vH gestiegen (vgl. Schaubild 2).

Dieser Wandel zeigt zum einen, daß die marktwirtschaftliche Dynamik nicht nur selbständige Existenzen zerstört, sondern zugleich neue Möglichkeiten zur unterneh-

<sup>3</sup> Vgl. M.F. Loutfi, S. 3ff.

merischen Betätigung schafft. Er offenbart zum anderen aber auch eine bemerkenswerte Umorientierung der Selbständigen weg vom Warenproduzenten (Selbständige im Produzierenden Gewerbe zuzüglich Land- und Forstwirtschaft) und hin zum Dienstleistungsproduzenten (Selbständige in Handel, Verkehr und sonstigen Wirtschaftsbereichen)<sup>4</sup>. Die Zahl der selbständigen Warenproduzenten sank in den sechziger und siebziger Jahren jahresdurchschnittlich um 4 bis 5 vH und war auch in den achtziger Jahren mit jahresdurchschnittlich reichlich 2,5 vH rückläufig; insgesamt waren 1992 nur in 4 von 42 warenproduzierenden Bereichen (Forst- und Fischwirtschaft, Kunststoffwarenherstellung, Elektrotechnik sowie Druckereien und Vervielfältigung) mehr Selbständige tätig als 1960. Der jahresdurchschnittliche Rückgang der Dienstleistungsproduzenten fiel in den sechziger und siebziger Jahren deutlich geringer aus (1 bis 1,5 vH), in den achtziger Jahren und verstärkt zu Beginn der neunziger Jahre ergab sich ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs von 1,5 bis 2,5 vH.

Die Einseitigkeit und Eindeutigkeit dieser Umorientierung von der Waren- zur Dienstleistungsproduktion läßt darauf schließen, daß die Wanderung von einem dominierenden branchenübergreifenden Faktor ausgelöst worden ist, der von den Merkmalen und Eigenschaften abhängt, durch die sich Waren und Dienstleistungen unterscheiden. Deren wesentliche Unterscheidungsmerkmale liegen vor allem darin, daß Dienstleistungen im allgemeinen

- als Konsumleistungen ihre Produktionszeit nicht überdauern, d.h. nicht lagerfähig und deshalb als Träger der Vermögensbildung ungeeignet sind und
- als Zulieferleistungen nicht selbst, sondern nur indirekt dem intertemporalen und interregionalen Wettbewerb ausgesetzt sind.

Die Selbständigen haben somit zunehmend ihre unternehmerische Betätigung in Bereiche mit ökonomischen Leistungen verlegt, die i.a. nur national gehandelt werden und nur einen geringen Kapitalbedarf erfordern. Die unterschiedliche internationale Handelbarkeit von Waren und Dienstleistungen impliziert unterschiedliche Bedingungen der Preisbildung – und damit auch der Kostenüberwälzung. Alle inländischen Unternehmen sind hinsichtlich ihrer Kostenentwicklung von nationalen Bedingungen abhängig, vor allem von der Tarifpolitik sowie von der Steuer- und Abgabenpolitik. Hinsichtlich der Absatzpreise sind indes die auf internationalen Märkten operierenden Unternehmen auch von internationalen Gegebenheiten, z.B. der Tarifpolitik im Ausland, sowie von Unterschieden zwischen der in- und ausländischen Wirtschaftspolitik, die sich in der Entwicklung der (realen) Wechselkurse widerspiegeln, abhängig.

Vieles spricht dafür, daß steigende Kostenpreise (Lohn- und Steuersätze), die für alle Anbieter eines Marktes gelten, eher in die Absatzpreise und damit auf die Nachfrager überwälzt werden können, als solche, die nur einen Teil der Anbieter betreffen. Auch

---

4 Hierzu und zu den folgenden Ausführungen vgl. W. Lamberts [I], Dienstleistungsproduzenten und Warenproduzenten in der Marktwirtschaft, „RWI-Mitteilungen“, Berlin, Jg. 37/38 (1986/87), S. 503ff., und W. Lamberts [II], Unternehmertätigkeit auf kleinen und großen Märkten, „RWI-Mitteilungen“, Jg. 39 (1988), S. 277ff.

wenn dies nicht bedeutet, daß regional tätige Unternehmen stets ihre Kostenpreise zuzüglich eines Gewinnzuschlages durchsetzen können, ist doch zu vermuten, daß die Möglichkeiten zur Kostenüberwälzung hier besser sind als auf internationalen Märkten. Während somit die Möglichkeit des Parallelverhaltens den regional tätigen Unternehmen eine an den Kosten orientierte Preisbildung erleichtert, sind die auf internationalen Märkten tätigen Warenproduzenten tendenziell gezwungen, ihre Effizienz an den als Datum gegebenen Preis anzupassen. Die unterschiedlichen Möglichkeiten zur Kostenüberwälzung auf nationalen und internationalen Märkten induzieren zum einen divergierende Entwicklungen des unternehmerischen Risikos insgesamt. Sie schlagen sich zum anderen in sinkenden relativen Preisen der international tätigen Wirtschaftsbereiche gegenüber den national tätigen Wirtschaftsbereichen nieder; Regressionsrechnungen zeigen, daß die wesentlichen Determinanten für diese Entwicklung der kontinuierliche Anstieg der Bedeutung der nichtmarktwirtschaftlichen Wirtschaftsbereiche und die dort herrschende Produktivitätsschwäche sowie die Unterschiede in den nationalen Geld- und Währungspolitiken mit den entsprechenden Auswirkungen auf die realen Wechselkurse sind<sup>5</sup>.

Die Verlagerung der Selbständigkeit aus der im allgemeinen international konkurrierenden Warenproduktion zu der im allgemeinen dem internationalen Wettbewerb verschlossenen Dienstleistungsproduktion spiegelt somit die zugunsten dieser Bereiche veränderte relative Preisentwicklung wider. Diese Entwicklung steht gleichwohl nur scheinbar im Widerspruch zur zunehmenden Internationalisierung der deutschen Volkswirtschaft. Theoretische Überlegungen und empirische Untersuchungen belegen auf der einen Seite, daß große Märkte große Betriebe und kleine Märkte kleine Betriebe begünstigen<sup>6</sup>: Dafür sprechen z.B. schon die besseren Anpassungsmöglichkeiten (vor allem durch Entlassungen) großer Unternehmen an verschärzte Effizienzbedingungen<sup>7</sup>. Größere Betriebseinheiten mit entsprechend höherem Kapitalerfordernissen übersteigen aber schnell die Möglichkeiten einzelner Selbständiger. Schließen sich nun mehrere Selbständige zusammen oder beteiligen sich Dritte an einem Unternehmen, so geschieht dies regelmäßig durch die Gründung von Kapitalgesellschaften; auch wenn die Selbständigen im ökonomischen Sinne weiter unternehmerisch tätig bleiben, werden sie doch statistisch nicht mehr als Selbständige, sondern als leitende Angestellte ihrer Unternehmen, d.h. als abhängig Beschäftigte, erfaßt. Auf der anderen Seite dürfte der Zugang von neuen selbständigen Dienstleistungsproduzenten vielfach nicht nur Ausdruck attraktiver wirtschaftlicher Gelegenheiten, sondern auch von unzureichenden Möglichkeiten sein, den erlernten Beruf unselbständig auszuüben. Dies gilt z.B. für die freien Berufe, deren Produktion weitgehend aus schwer meß- und kontrollierbaren Leistungen besteht. Bei vielen derartigen Beschäftigungen ist die selbständige Erwerbstätigkeit schließlich eine Flucht vor der Erwerbslosigkeit:

---

5 Zu den Schätzergebnissen vgl. W. Lamberts [II], S. 280ff.

6 Vgl. dazu W. Lamberts [III], Betriebsgrößenstruktur und Arbeitskräfte nachfrage im Verarbeitenden Gewerbe. Teil 2: Die Determinanten der Betriebsgröße. „RWI-Mitteilungen“, Berlin, Jg. 37/38 (1986/87), S. 167ff.

7 So ist z.B. die Zahl der großen international tätigen Unternehmen und der hier Beschäftigten zwischen 1970 und 1985 um knapp ein Viertel gesunken, die Zahl der kleinen international tätigen Unternehmen jedoch um ein Drittel gestiegen – bei einem Beschäftigungsrückgang von 8 v.H. Vgl. dazu W. Lamberts [II], S. 286ff.

Dies gilt vor allem für Personen, deren ökonomisch verwertbare Fähigkeiten im Überfluß vorhanden sind (Verkaufsfahrer, Zeitschriftenwerber usw.) und die jeweiligen Nachfrager in der Lage sind, ihr eigenes ökonomische Risiko durch Auslagerung dieser Tätigkeiten auf nicht-sozialversicherungspflichtige Ein-Mann-Unternehmer zu minimieren. In diesen Fällen handelt es sich dann ökonomisch weniger um Selbständige, als um „verkleidete abhängige Beschäftigte“<sup>8</sup>.

## 2. Längerfristige Entwicklung der Selbständigkeit von Ausländern

### 2.1. Entwicklung der ausländischen Bevölkerung seit 1950

In den ersten Jahren nach ihrer Gründung waren in der Bundesrepublik nur sehr wenige Ausländer ansässig: Im Durchschnitt der fünfziger Jahre waren rund 350 000 Ausländer in Westdeutschland gemeldet, die einen Anteil von weniger als 1 vH an der gesamten, infolge von Zuzügen deutscher und deutschstämmiger Personen aus Osteuropa rasch steigenden Bevölkerung hatten. Der mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß einhergehende Bedarf an Arbeitskräften überstieg schon Ende der fünfziger Jahre das einheimische Erwerbspersonenpotential<sup>9</sup>. Auch wenn der rasche wirtschaftliche Aufschwung von sich aus ausländische Erwerbspersonen in die Bundesrepublik zog, wurden – nachdem der Mauerbau den Zustrom von Aus- und Übersiedlern weitgehend gestoppt hatte – im Wege zwischenstaatlicher Vereinbarungen systematisch ausländische Arbeitnehmer aus südeuropäischen Ländern angeworben<sup>10</sup>. Dieser Politik lag die Vorstellung zugrunde, daß die sog. Gastarbeiter – vorwiegend Männer im Alter zwischen 26 und 45 Jahren – auf Zeit nach Deutschland kommen und anschließend mit den Ersparnissen und ihrem technischen Know-How in die Heimatländer zurückkehren sollten. Dies hat sich allerdings nicht realisieren lassen: Zum einen wollten viele Gastarbeiter ihre im Vergleich zum Heimatland günstigen Verdienstmöglichkeiten in Westdeutschland nicht aufgeben, zum anderen verzichteten viele Unternehmen nur ungern auf die mittlerweile eingearbeiteten und voll leistungsfähigen Kräfte. 1965 wurden so bereits 1,1 Mill., 1973 sogar 2,6 Mill. sozialversicherungspflichtige ausländische Arbeitskräfte gezählt. Da viele in der Bundesrepublik dauerhaft sesshaft wurden und die Familienzusammenführung immer größere Bedeutung gewann, stieg die ausländische Bevölkerung bis 1973 auf knapp 4 Mill. Personen bzw. auf einen Anteil von 6,5 vH an der Bevölkerung (vgl. Schaubild 3).

Mit Beginn der Rezession im Gefolge der ersten Ölpreiskrise beendete ein Anwerbestopp die Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer. Die restriktiven einwanderungspolitischen Maßnahmen verstärkten aufgrund der Regelung, daß nach erfolgtem

8 „Disguised employees“; M.F. Loutfi, S. 17.

9 Hinzu kamen die Vereinbarung von Arbeitszeitverkürzungen und die Einführung der Wehrpflicht. Vgl. dazu und zum folgenden u.a. B.B. Schmidt, Zur Entwicklung der Situation und zur beruflichen Integration von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland. „Informationen zur Raumentwicklung“, Bonn, Jg. 1991, S. 405ff.; H. Herrmann [I], Ursachen und Entwicklung der Ausländerbeschäftigung. (Informationen zur politischen Bildung, Nr. 237.) Bonn 1992, S. 4ff.

10 Zu einem chronologischen Abriß der Ausländerpolitik in Deutschland vgl. K.J. Bade, Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1992, S. 16ff.

Schaubild 3



Fortzug eine Wiedereinreise zum Zweck der Arbeitsaufnahme in der Regel nicht mehr möglich war, und der weiterhin wenig attraktiven Situation in den Heimatländern für bereits in der Bundesrepublik anwesende Ausländer die Neigung zum Daueraufenthalt und damit auch zur Familienzusammenführung<sup>11</sup>. In der Folgezeit vergrößerte sich die ausländische Bevölkerung aufgrund des Zuzugs der Familienangehörigen bis Mitte der achtziger Jahre auf rund 4,4 Mill. Personen und erreichte einen Anteil an der Bevölkerung in Höhe von gut 7 vH<sup>12</sup>.

Bedingt durch die politischen Umwälzungen in Europa, die schließlich zur deutschen Vereinigung führten, setzte im Jahr 1988 eine neue Zuwanderungswelle in die Bundesrepublik ein: Zwischen 1988 und 1992 strömten reichlich 4,2 Mill. Personen in die alte Bundesrepublik, darunter neben 1,1 Mill. Übersiedlern aus der ehemaligen

- 
- 11 Dies hat u.a. auch einen stetig gestiegenen Anteil ausländischer Rentner in der Bundesrepublik zur Folge. Vgl. dazu H. Herrmann [II], Aus Gastarbeitern werden Rentner. „Arbeitgeber“, Köln, Jg. 1993, S. 641ff.
  - 12 Etwa 60 vH des jährlichen Zuwachses der ausländischen Bevölkerung in Westdeutschland seit den siebziger Jahren entfallen auf Zuzüge und 40 vH auf Geburtenüberschüsse. Vgl. dazu H. Bucher, M. Kocks und M. Siedhoff, Wanderungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland der achtziger Jahre. „Informationen zur Raumentwicklung“, Jg. 1991, S. 501ff.

Tabelle 1

<b>Ausländische Wohnbevölkerung in Westdeutschland nach Herkunftsändern</b>				
<b>1992</b>				
	<b>Bevölkerung<sup>1</sup></b>		<b>Abhängig Beschäftigte<sup>2</sup></b>	
	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH
Belgien	22	0,3	7	0,3
Dänemark	18	0,3	3	0,2
Frankreich	91	1,4	45	2,2
Griechenland	346	5,4	103	5,1
Großbritannien	103	1,6	42	2,1
Irland	14	0,2	3	0,1
Italien	558	8,7	165	8,1
Luxemburg	5	0,1	1	0,0
Niederlande	114	1,8	26	1,3
Portugal	99	1,5	45	2,2
Spanien	134	2,1	55	2,7
EU-Länder	1 502	23,3	494	24,3
Jugoslawien	913	14,2	375	18,4
Österreich	184	2,9	94	4,6
Polen	266	4,1	56	2,8
Schweiz	34	0,5	9	0,4
CSSR	61	0,9	32	1,6
Türkei	1 854	28,8	652	32,0
Ungarn	55	0,9	15	0,7
Übriges Europa	456	7,1	52	2,6
Europa	5 326	82,8	1 780	87,4
Afrika	280	4,4	63	3,1
Amerika	169	2,6	45	2,2
Asien	587	9,1	124	6,1
Ozeanien	9	0,1	3	0,1
Staatenlos	65	1,0	21	1,0
Insgesamt	6 435	100,0	2 036	100,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit. – <sup>1</sup>Bevölkerung am Jahresende. – <sup>2</sup>Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. Juni 1992.



DDR und 1,4 Mill. Aussiedlern aus Osteuropa rund 1,8 Mill. Ausländer vor allem aus Ost- und Südosteuropa<sup>13</sup>. Gegenwärtig sind reichlich 6,5 Mill. Ausländer in der Bundesrepublik gemeldet; sie sind fast ausschließlich in den alten Bundesländern

13 Unter den in dieser Zeit zugewanderten Ausländern suchten rund 1 Mill. Personen in der Bundesrepublik um Asyl nach. Vgl. hierzu und zu den ökonomischen Effekten der Zuwanderung A. Gieseck, U. Heilemann and H.D. von Loeffelholz [II], Economic Implications of Migration into the Federal Republic of Germany 1988 – 1992. (RWI-Papiere, Nr. 35.) Essen 1993.

ansässig und machen hier einen Bevölkerungsanteil von knapp einem Zehntel aus. Wanderungs- und Geburtenüberschüsse der ausländischen Bevölkerung kompensieren somit zu einem großen Teil die seit 1972 bestehenden Sterbeüberschüsse der deutschen Bevölkerung.

Der Großteil der ausländischen Bevölkerung in Deutschland stammt aus der Türkei (29 vH) und aus den Ländern der EU (23 vH, vgl. Tabelle 1). Stark vertreten sind darunter Ausländer aus Italien und Griechenland. Knapp ein Siebtel der Ausländer kommt aus dem ehemaligen Jugoslawien. Auffällig ist der geringe Anteil der Ausländer aus den unmittelbaren Nachbarländern (7 vH); ihr überdurchschnittlicher Anteil an den beschäftigten Ausländern (9 vH) läßt darauf schließen, daß in vielen Fällen das Einpendeln attraktiver ist als der Umzug.

## 2.2. Beschäftigung von Ausländern

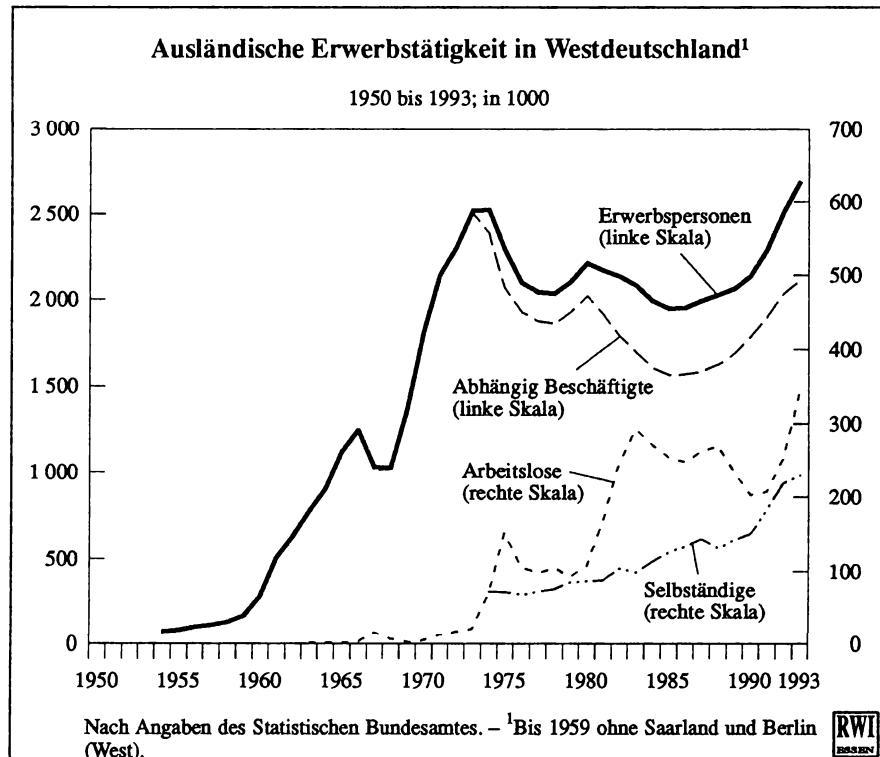
Die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen ist in Deutschland – wie oben bereits angedeutet – seit Ende der fünfziger Jahre rasch gestiegen und hatte 1973/74 mit etwa 2,5 Mill. Personen einen vorläufigen Höhepunkt erreicht (vgl. Schaubild 4). Die seinerzeit angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer waren zum größten Teil ungelehrte oder wenig qualifizierte Arbeitskräfte; die Männer fanden daher vor allem mit schweren körperlichen Anstrengungen verbundene Beschäftigungen, die Frauen verrichteten vielfach Fließbandarbeiten<sup>14</sup>. Arbeits- und sozialrechtlich waren die ausländischen Arbeitnehmer ihren deutschen Kollegen zwar formal gleichgestellt, jedoch wurden sie in manchen Fällen dadurch benachteiligt, daß sie Tätigkeiten in niedrigen Lohngruppen bzw. mit besonderen Erschwernissen verrichten mußten. Insgesamt dürften ausländische Erwerbspersonen bis Mitte der siebziger Jahre fast ausschließlich sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen ausgeübt haben; die Zahl der einer selbständigen Erwerbstätigkeit nachgehenden Ausländer lag nicht zuletzt aufgrund der vordem restriktiven rechtlichen Rahmenbedingungen allenfalls bei 50 000.

Die Rezessionen im Anschluß an die Ölpreiskrisen haben – wie erwähnt – die weitere Entwicklung der ausländischen Erwerbstätigkeit nachhaltig verändert. So wurde in Reaktion auf das nun überschüssige inländische Arbeitsangebot schon sehr bald die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer durch die Außenstellen der Bundesanstalt für Arbeit eingestellt. Darüber hinaus wurde auch die Vergabe der für die Aufnahme einer abhängigen Beschäftigung notwendigen Arbeitserlaubnis nun äußerst restriktiv gehandhabt. Dies betrifft vor allem die Ausländer aus Nicht-EU-Ländern: Während die aus EU-Ländern stammenden Ausländer aufgrund supranationaler Vereinbarungen deutschen Erwerbspersonen seit Anfang der siebziger Jahre gleichgestellt sind und damit unbeschränkte Möglichkeiten zur Aufnahme einer Beschäftigung in Deutschland haben, können alle anderen ausländischen Zuwanderer erst nach der Erteilung einer Arbeitserlaubnis eine Beschäftigung antreten; dabei kommt in aller Regel nur die Erteilung einer „allgemeinen“ Arbeitserlaubnis in Betracht, die nur dann erteilt wird,

---

14 Vgl. dazu B.B. Schmidt, S. 406.

Schaubild 4



wenn für den angestrebten Arbeitsplatz keine deutschen oder diesen gleichgestellte ausländischen Arbeitskräfte verfügbar sind.

Bis 1978 sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer um ein Viertel auf 1,8 Mill. und – nach einer Erhöhung in den Jahren 1979/80 – noch einmal um ein Sechstel auf nur noch 1,5 Mill. Mitte der achtziger Jahre. Erst mit dem jüngsten kräftigen Aufschwung stieg sie wieder auf über 2 Mill. (1992/93).

Die Struktur der ausländischen Beschäftigten hat sich seit Mitte der achtziger Jahre deutlich verändert. In sektoraler Hinsicht ist der Anteil der im Produzierenden Gewerbe beschäftigten Ausländer zwischen 1984 und 1992 von 69 vH auf 64 vH gesunken; diese Entwicklung verlief etwa parallel zu der deutschen Vergleichsgruppe, jedoch waren nur 39 vH der deutschen Erwerbstätigen im produzierenden Sektor beschäftigt (vgl. Tabelle 2). Eine stärkere Angleichung zeigt sich allerdings bei Ausländern der zweiten Generation, d.h. bei Ausländern, die ihre Schulzeit ganz oder teilweise in der Bundesrepublik absolviert haben: Hier beträgt der Anteil der Beschäftigten in Industrie und Baugewerbe nur noch 54 vH.

Hinsichtlich der Stellung im Beruf haben die ausländischen Beschäftigten im gleichen Zeitraum eine deutliche Verbesserung erfahren: So ist der Anteil der ungelernten und

Tabelle 2

<b>Deutsche und ausländische Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf und nach der sektoralen Struktur</b>						
1984 bis 1992; Anteil in vH						
	Ausländer			Deutsche		
	1984	1989	1992	1984	1989	1992
<b>Stellung im Beruf</b>						
Ungelernte Arbeiter	22	17	14	5	5	4
Angelernte Arbeiter	36	36	32	12	11	10
Facharbeiter und Meister	18	22	23	17	17	18
Angestellte	14	20	24	42	46	49
Selbständige	7	5	6	14	12	11
Beamte	2	1	1	10	10	9
<b>Sektor</b>						
Industrie	56	58	53	34	35	33
Baugewerbe	13	10	11	9	7	6
Distributiver Sektor	9	7	9	18	17	19
Sonstiger tertiärer Sektor	23	25	27	39	42	42

Nach Ergebnissen des SOEP, erste, sechste und neunte Welle.



angelernten Arbeiter von 58 vH auf 46 vH gesunken, der Anteil der Facharbeiter, Meister und Angestellten dagegen von 32 vH auf 47 vH gestiegen. Gleichwohl unterschreitet der Anteil der qualifizierten ausländischen Arbeiter den entsprechenden Anteil in der deutschen Vergleichsgruppe (67 vH) weiterhin bei weitem. Diese ungünstige Stellung der ausländischen Erwerbstätigen zeigt sich auch in der beruflichen Mobilität (vgl. Tabelle 3): So haben einerseits vergleichsweise mehr deutsche angelernte Arbeiter zwischen 1984 und 1992 den Sprung in Facharbeiterpositionen bzw. Angestelltenstellungen geschafft als ausländische Arbeiter, umgekehrt sind ausländische Facharbeiter und Angestellte in höherem Ausmaß in einfache Positionen zurückgefallen.

Die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Ausländer ist – ähnlich wie die Zahl der registrierten Arbeitslosen insgesamt – seit Anfang der siebziger Jahre treppenförmig angestiegen, d.h. die infolge der Rezessionen jeweils gestiegene Arbeitslosenzahl (und -quote) konnte sich in den Folgejahren nur partiell zurückbilden. Ausländer waren dabei stets überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen<sup>15</sup>: Die Arbeitslosenquote (bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen) von Ausländern lag seit Mitte der siebziger Jahre stets um etwa 50 vH über der Arbeitslosenquote insgesamt. Längsschnittuntersuchungen mit dem SOEP führten zu einem vergleichbaren Ergebnis:

15 Dies ist keineswegs nur ein bundesdeutsches Phänomen; vgl. dazu H. Werner, *Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“*, Stuttgart, Jg. 26 (1993), S. 348ff.

Tabelle 3

Berufliche Mobilität von deutschen und ausländischen Beschäftigten						
1984 bis 1992; Anteil in vH						
1984	1992	Ungelernte Arbeiter	Angelernte Arbeiter	Facharbeiter	Angestellte	Selbständige
Ausländer						
Ungelernte Arbeiter	36,3	44,3	17,7	1,1	0,6	
Angelernte Arbeiter	16,0	64,1	18,2	1,3	0,5	
Facharbeiter und Meister	2,8	18,9	72,9	2,7	2,7	
Angestellte	(1,0)	(7,2)	(0,5)	(89,4)	(1,9)	
Deutsche						
Ungelernte Arbeiter	(30,5)	(51,7)	(6,2)	(11,1)	(0,6)	
Angelernte Arbeiter	8,5	54,6	22,0	11,5	3,4	
Facharbeiter und Meister	1,1	10,5	71,5	13,2	3,2	
Angestellte	0,4	3,5	1,7	90,5	3,1	

Nach Ergebnissen des SOEP, erste und neunte Welle. Geringe Fallzahlen sind durch Angaben in Klammern kenntlich gemacht.



Zwischen 1978 und 1992 war jeder vierte Ausländer mindestens einmal arbeitslos, wohingegen nur jeden siebten Deutschen dieses Schicksal traf; mit einer Dauer von insgesamt knapp 15 Monaten lag deren Arbeitslosigkeitsdauer auch deutlich unter der der Ausländer (17,6 Monate). Insgesamt gesehen spricht manches dafür, daß ausländische Arbeitskräfte vielfach die Funktion eines Arbeitskräftepuffers erfüllen: Die im Konjunkturverlauf prozyklischen Schwankungen der Beschäftigung von Ausländern – und komplementär dazu die Schwankungen der Zahl der arbeitslos gemeldeten Ausländer – waren deutlich ausgeprägter als die der Beschäftigten bzw. der Arbeitslosen insgesamt<sup>16</sup>. Entsprechende Untersuchungen lassen darauf schließen, daß dies nur zu einem geringen Teil auf eine ungünstigere Verteilung der ausländischen Arbeitnehmer auf Branchen mit unterdurchschnittlichem Wachstum zurückzuführen ist; vor allem die berufliche Qualifikation, aber auch persönliche Merkmale wie die Dauer der Betriebszugehörigkeit und die Zahl der Familienangehörigen spielen hier offensichtlich eine wichtige Rolle<sup>17</sup>.

### 2.3. Ausländische Selbständige in Westdeutschland

Die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit wird in der Bundesrepublik grundsätzlich durch die Gewerbeordnung (GWO) geregelt. Nach § 1 GWO ist der Betrieb eines Gewerbes jedermann gestattet, soweit nicht durch Gesetz Ausnahmen oder Beschrän-

16 So reagierte die Beschäftigung von Ausländern im Zeitraum 1980 bis 1992 dreimal so intensiv auf Veränderungen des realen Bruttoinlandsproduktes (Elastizität: 1,6) wie die Beschäftigung von Deutschen (0,5). Vgl. dazu Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Ausländerbeschäftigung – Heftige Reaktionen auf Boom und Baisse. „iwd“, Köln, Jg. 1993, Nr. 9, S. 7.

17 Zu letzterem vgl. auch K.G. Abraham und S.N. Houseman, Job Security in America. Lessons from Germany. Washington, D.C., 1993, S. 100.

kungen vorgeschrieben oder zugelassen sind. Der Grundsatz der Gewerbefreiheit leitet sich aus Artikel 12 des Grundgesetzes (Berufsfreiheit) ab, welcher aber expressis verbis nur für Deutsche gilt. Vor der Analyse der Entwicklung der ausländischen Selbständigkeit in Deutschland und ihrer Beweggründe müssen daher zunächst die rechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Existenzgründungen skizziert werden.

### 2.3.1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Aufnahme oder Ausübung selbständiger oder vergleichbarer Erwerbstätigkeiten<sup>18</sup> durch Ausländer bedarf einer Aufenthaltsgenehmigung, die diese Tätigkeiten nicht durch Auflagen oder andere Bestimmungen verbietet. Restriktionen für potentielle ausländische Existenzgründer ergeben sich unmittelbar aus dem Ausländergesetz (AuslG); es wurde 1990 umfassend neu geordnet und ist seit Anfang 1991 in Kraft.

Ausländer bedürfen für die Einreise und den Aufenthalt im Bundesgebiet einer Aufenthaltsgenehmigung, die i.d.R. vor der Einreise einzuholen ist und u.a. versagt wird, wenn der Ausländer seinen Lebensunterhalt nicht aus eigener Erwerbstätigkeit, eigenem Vermögen oder sonstigen eigenen Mitteln usw. bestreiten kann (§ 7 AuslG). Die Aufenthaltsgenehmigung wird erteilt als<sup>19</sup>

- Aufenthaltsbewilligung, wenn einem Ausländer der Aufenthalt nur für einen bestimmten, seiner Natur nach nur vorübergehenden Aufenthalt erfordernden Zweck erlaubt wird (§ 28 AuslG); die Ausübung jeder anderen (auch selbständigen) Tätigkeit ist verboten;
- Aufenthaltsbefugnis, wenn einem Ausländer aus u.a. völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet erlaubt werden soll (§ 30 AuslG); Nebenbestimmungen verbieten auch hier i.d.R. die Ausübung einer selbständigen Tätigkeit;
- (befristete) Aufenthaltserlaubnis, wenn einem Ausländer der Aufenthalt ohne Bindung an einen bestimmten Aufenthaltszweck erlaubt wird (§ 15 AuslG); sie kann nach frühestens fünf Jahren in eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis umgewandelt werden und enthält zumeist Nebenbestimmungen bezüglich der Aufenthaltsregion sowie der Arbeitstätigkeit;
- Aufenthaltsberechtigung, wenn der Ausländer u.a. seit mindestens acht Jahren im Besitz der Aufenthaltserlaubnis ist. Diese ist zeitlich und räumlich unbeschränkt und kann nicht mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden (§ 27 AuslG); die jure bedeutet dies eine Gleichstellung mit deutschen Staatsbürgern.

Die rechtliche Gleichstellung mit deutschen Existenzgründern gilt grundsätzlich auch für alle Bürger aus den Ländern der EU: Freizügigkeit für Unternehmer und Arbeitneh-

---

18 Eine vergleichbare unselbständige Tätigkeit ist z.B. die Geschäftsführung einer GmbH oder ein Vorstandamt in einer Aktiengesellschaft.

19 Vgl. zum folgenden zusammenfassend Industrie- und Handelskammer zu Berlin und BAO Berlin-Marketing Service GmbH (Hrsg.), Aufenthalt und Erwerbstätigkeit von ausländischen Staatsbürgern und Unternehmen in Deutschland. Berlin, ohne Erscheinungsjahr.

Tabelle 4

<b>Ausländische Wohnbevölkerung nach Herkunftsändern und Aufenthaltsstatus</b>							
	Aufenthaltsdauer von ... bis ... Jahren				Aufenthaltsstatus		
	0 bis 4	4 bis 10	10 bis 20	20 und mehr	Aufenthaltserlaubnis befristet	Aufenthaltserlaubnis unbefristet	Aufenthaltsberechtigung
<b>EU-Staaten</b>	15,8	13,3	32,9	38,0	47,5	46,2	6,3
darunter:							
Griechenland	18,6	9,7	31,0	40,7	46,8	45,8	7,4
Spanien	6,1	7,0	32,1	54,7	21,6	58,4	20,0
Portugal	14,2	9,6	54,7	21,5	34,9	48,9	16,2
Italien	13,4	14,6	34,5	37,6	57,1	39,9	4,0
Türkei	16,4	15,7	52,7	15,1	29,6	33,1	37,3
Jugoslawien	14,7	9,1	40,5	35,6	27,6	41,8	30,5
Marokko	25,3	26,7	36,1	11,7	39,5	37,2	23,3
Tunesien	17,4	23,2	41,7	17,4	34,5	38,6	26,9
Insgesamt	22,9	16,7	36,5	23,9	42,9	38,6	18,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – <sup>1</sup>Nur aufenthaltserlaubnispflichtige Ausländer.



mer ist ein wesentliches Anliegen des europäischen Einigungsprozesses; dementsprechend haben die Bürger der EU-Staaten einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis und benötigen keine Arbeitserlaubnis. Nach dem Grundsatz der Niederlassungsfreiheit, die im EWG-Vertrag festgeschrieben ist, sind Ausländer aus EU-Staaten seit Anfang 1970 de jure den deutschen Unternehmensgründern gleichgestellt, d.h. rechtliche Restriktionen, die sich aus der Staatsbürgerschaft ableiten, gibt es für diese Gruppe seither nicht mehr<sup>20</sup>. Diese Regelung gilt seit dem Inkrafttreten des Europäischen Wirtschaftsraums Anfang 1994 auch für Bürger aus den EFTA-Staaten (ohne die Schweiz), sie gilt jedoch nicht für Staaten, mit denen lediglich – wie z.B. im Fall der Türkei – ein Assoziierungsabkommen besteht.

Für potentielle Selbständige aus Nicht-EU-Staaten ist dagegen die Erteilung der Aufenthaltsberechtigung ohne Auflagen von entscheidender Bedeutung für die Möglichkeit einer Existenzgründung: Nur Ausländern, die im Besitz der Aufenthaltsberechtigung sind, steht der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit ausländerrechtlich nichts im Wege. Dagegen ist die befristete Aufenthaltserlaubnis regelmäßig mit dem Verbot der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit verbunden und liegt bei einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis die Erteilung von Auflagen im Ermessen der Ausländerbehörde. Gemessen an den langen Zeiten des Aufenthalts in der Bundesre-

20 Gesetzliche Grundlage ist das Gesetz über Einreise und Aufenthalt von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (AufenthG/EWG) vom 22. Juli 1969.

publik ist der Aufenthaltsstatus vieler Ausländer noch vergleichsweise schlecht (vgl. Tabelle 4): Im Jahr 1990 lebte ein Viertel aller Ausländer länger als 20 Jahre und reichlich 60 vH länger als 10 Jahre in Deutschland; dagegen hatten nur knapp zwei Fünftel der aufenthaltserlaubnispflichtigen Ausländer eine unbefristete Aufenthalts-erlaubnis<sup>21</sup>. Knapp ein Fünftel verfügte über eine Aufenthaltsberechtigung und unterlag damit keinen Auflagen.

Beabsichtigt ein Ausländer, der etwaigen Auflagen unterliegt, eine unternehmerische Tätigkeit aufzunehmen, so hat er bei der für ihn zuständigen Ausländerbehörde den Antrag auf Streichung der Auflagen zu stellen. Ein solcher Antrag ist auch von einem Ausländer vor der Einreise zu stellen, dessen Zuwanderung zum Zwecke einer Unternehmensgründung erfolgt. Ob dem Antrag stattgegeben wird, hängt u.a. von der Staatsbürgerschaft, der bisherigen legalen Aufenthaltsdauer und etwa dem Umstand ab, ob der antragstellende Ausländer mit einem deutschen Staatsbürger verheiratet ist. Ist z.B. der Ausländer erst seit kurzem in der Bundesrepublik und nicht mit einem deutschen Staatsbürger verheiratet, so ist als Maßstab für einen positiven Bescheid ein „übergeordnetes wirtschaftliches Interesse oder besonderes örtliches Bedürfnis“ anzulegen, welches der neue Betrieb erfüllen muß. Indikatoren hierfür sind u.a. ein bestimmtes Investitionsvolumen, die Schaffung oder Sicherung einer nennenswerten Zahl von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Absatz- und Marktchancen bereits ansässiger Unternehmen, die Intensivierung des Wettbewerbs oder die Schließung einer örtlichen Versorgungslücke. Letzteres ist besonders für den Einzelhandel entscheidend, da die meisten Tätigkeiten der ausländischen Unternehmensgründer in diesem Bereich als von untergeordneter gesamtwirtschaftlicher Bedeutung angesehen werden. Hält sich der Antragsteller dagegen seit längerem (acht Jahre) in der Bundesrepublik auf, so wird lediglich geprüft, ob durch sein Vorhaben „kein Schaden für die gesamtwirtschaftlichen Belange“ zu befürchten ist.

Zur Entscheidung greift die Ausländerbehörde im Rahmen ihres Ermessens i.a. auf eine Stellungnahme der zuständigen IHK zurück; fällt diese positiv aus, so wird die Auflage in der Regel gestrichen. Nach der Streichung ist die betreffende Person im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung, die zur Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit in der Bundesrepublik berechtigt. Zu beachten ist, daß es sich um eine objektbezogene Genehmigung für das betreffende Gewerbe handelt.

Existenzgründungen im Handwerksbereich erfordern die Eintragung in die Handwerksrolle; in der Regel ist der Nachweis einer bestimmten Qualifikation, i.d.R. die Meisterprüfung, zu erbringen. Eine Ausnahme hiervon ist bei Nachweis der notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten möglich, wenn die Ablegung der Meisterprüfung eine unzumutbare Härte bedeuten würde. Eine diesbezügliche Entscheidung obliegt der jeweiligen Handwerkskammer. Für EU-Ausländer ermöglicht die EU-Handwerksordnung eine Ausnahme, wenn die Tätigkeit in dem betreffenden Handwerk schon eine gewisse Zeit ausgeübt wurde. In bestimmten, in der Handwerksordnung

21 Zusammengenommen verfügten 1990 reichlich 72 vH der Ausländer in der Bundesrepublik über eine befristete oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis (31,2 vH bzw. 28 vH) oder über eine Aufenthaltsberechtigung (13,4 vH); die restlichen 28 vH hatten eine Aufenthaltsbewilligung oder -befugnis.

abschließend aufgezählten Berufen ist eine selbständige Tätigkeit ohne einen entsprechenden Befähigungsnachweis möglich. Zu diesen sogenannten handwerksähnlichen Berufen, in denen zunehmend Ausländer als Selbständige auftreten<sup>22</sup>, zählen u.a. Flick- und Änderungsschneidereien sowie Speiseeishersteller.

Das zunehmende wirtschaftspolitische Interesse an Kleingewerbe und Mittelstand sowie zunehmende Bestrebungen zur Integration der ausländischen Mitbürger haben in den letzten Jahren dazu geführt, daß institutionelle Restriktionen immer mehr abgeschwächt wurden. So kann festgestellt werden, daß es von der rechtlichen Seite keine allzu großen Hürden mehr für potentielle ausländische Selbständige – zumindest für die seit mehreren Jahren in der Bundesrepublik wohnhaften Ausländer – gibt. In früheren Jahren wurden wegen der Hindernisse vor allem von türkischen Gewerbetreibenden oftmals Dritte engagiert, die zur Umgehung des gesetzlichen Verbots die Unternehmensführung pro forma übernahmen. Da diese hierfür entsprechende Zahlungen verlangten, wurde eine erfolgreiche Etablierung und Konsolidierung des Unternehmens in der Anfangsphase zusätzlich erschwert.

### 2.3.2. Entwicklung der ausländischen Selbständigkeit

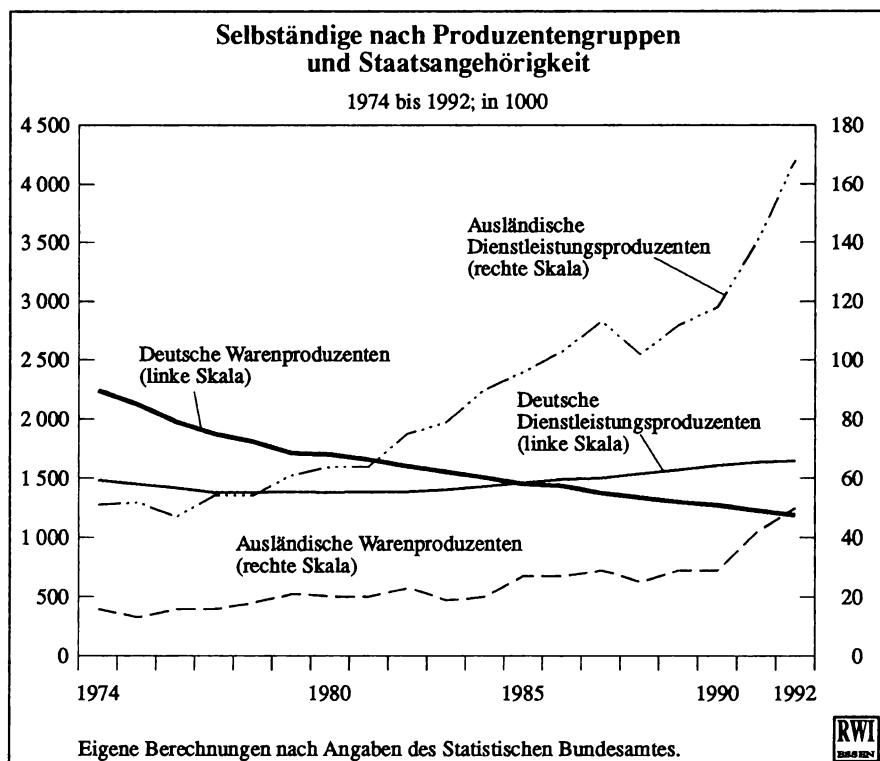
Die rechtlichen Erleichterungen schlagen sich in der Entwicklung der Zahl der ausländischen Selbständigen deutlich nieder: Nachdem die ausländischen Erwerbspersonen in den ersten Jahren fast ausschließlich abhängigen Beschäftigungen nachgingen, haben sich seit etwa Anfang/Mitte der siebziger Jahre immer mehr Ausländer in der Bundesrepublik selbständig gemacht. Insgesamt ist ihre Zahl (ohne mithelfende Familienangehörige) von etwa 40 000 Anfang der siebziger Jahre auf rund 220 000 (1993) gestiegen. Entsprechend hat sich die Selbständigenquote von 3 vH in den siebziger Jahren auf 9 vH erhöht<sup>23</sup>. Verstärkt durch die gegenläufige Entwicklung bei deutschen Selbständigen hat sich somit die Struktur der Erwerbsbeteiligung der Ausländer an die der einheimischen Bevölkerung (Selbständigenquote 10 vH) deutlich angenähert. Schließlich ist auch der Anteil der ausländischen an der Zahl der Selbständigen insgesamt von reichlich 2 vH auf knapp 8 vH gestiegen. Zu dem Anstieg der Zahl der ausländischen Selbständigen haben vor allem Ausländer aus Nicht-EU-Ländern beigetragen. 1992 kamen etwa zwei Drittel aller ausländischen Selbständigen aus Nicht-EU-Ländern.

Die sektorale Struktur der ausländischen Selbständigen unterscheidet sich seit jeher von der der deutschen. Als selbständige Land- und Forstwirte waren Ausländer stets in vernachlässigbarer Größenordnung tätig, während auch heute noch jeder Vierte deutsche Selbständige in diesem Bereich zu finden ist. Bei etwa gleichen Anteilen von im Produzierenden Gewerbe tätigen deutschen und ausländischen Selbständigen (rund 20 vH) waren letztere demnach stets weit überdurchschnittlich im tertiären Sektor erwerbstätig: In den Jahren 1974 bis 1992 entfielen rund drei Viertel aller

22 Vgl. Statistisches Bundesamt [II], Struktur der ausländischen Bevölkerung. Volkszählung vom 25. Mai 1987. (Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Heft 5.) Stuttgart 1990.

23 Die vom SOEP ausgewiesene Selbständigenquote liegt nur bei 6 vH (vgl. Tabelle 2); dies ist u.a. auf die Paneltechnik zurückzuführen, die auch 1992 im wesentlichen nur die Personengruppe befragte, die schon in der ersten Welle (1984) im Panel enthalten war.

Schaubild 5



ausländischen Selbständigen auf die Bereiche Handel, Verkehr und Dienstleistungen, während dies – bei allerdings steigendem Trend – auch 1992 für weniger als 60 vH der deutschen Selbständigen zutraf. Unterscheidet man die sektoralen Anteile – wie oben für die westdeutschen Selbständigen insgesamt geschehen – in die Bereiche Warenproduzenten und Dienstleistungsproduzenten, so zeigt sich, daß Ausländer ebenso wie Deutsche zunehmend selbständige Existenzen in der Dienstleistungsproduktion gegründet haben; allerdings stieg auch die Zahl der ausländischen Warenproduzenten, was im Gegensatz zur Entwicklung der deutschen Warenproduzenten steht (vgl. Schaubild 5).

Eine weitere Auffälligkeit der Entwicklung der ausländischen Selbständigkeit deutet sich in der erheblich größeren Fluktuation und der kürzeren Lebensdauer ausländischer Betriebe an. Angaben des Statistischen Landesamts Berlin<sup>24</sup> zu den Gewerbean- und -abmeldungen von Deutschen und Ausländern zeigen, daß diese im Zeitraum 1981 bis 1992 weitgehend synchron verliefen und sich auch in sektoraler Hinsicht kaum

24 Von anderen Statistischen Landesämtern sind entsprechende Daten nicht verfügbar, da die Nationalität entweder kein Erfassungskriterium ist oder Datenschutzgründe eine Veröffentlichung verhindern.

unterschieden. Unterschiede ergeben sich indes in bezug auf die Fluktuation<sup>25</sup>: Legt man den Unternehmensbestand aus der Arbeitsstättenzählung von 1987 zugrunde, so hat etwa jeder dritte ausländische Gewerbebetrieb rechnerisch einmal im Jahr den Besitzer gewechselt, während dies nur für 18 vH der deutschen Betriebe zutrifft. Setzt man die 1987 erfolgten Gewerbeabmeldungen in Relation zum Betriebsbestand, so ergibt sich für ausländische Betriebe eine „Lebensdauer“ von 3,9 Jahren, für Gewerbebetriebe mit deutschen Inhabern dagegen eine Lebensdauer von 6,4 Jahren.

### 2.3.3. Determinanten der ausländischen Selbständigkeit

Es stellt sich die Frage, welche (ökonomischen) Variablen die Entwicklung der ausländischen Selbständigkeit insgesamt und ihre strukturellen Besonderheiten geprägt haben. Zur analytischen Fundierung der Motive von Unternehmensgründungen durch Ausländer wird hier in zwei Schritten vorgegangen. Zunächst wird auf die in einer Marktwirtschaft von einem Erwerbstätigen zu treffende Entscheidung zwischen abhängiger und selbständiger Tätigkeit abgestellt. Darauf aufbauend werden Besonderheiten von ausländischen Existenzgründern betrachtet und einige spezielle Erklärungsansätze für die Gründung von sogenanntem ethnischen Gewerbe vorgestellt. Schließlich werden die skizzierten Modelle einer empirischen Analyse unterzogen.

#### 2.3.3.1. Entscheidung zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit

Selbständige leiten in empirisch-statistischer Sicht – wie erwähnt – einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich oder organisatorisch als Eigentümer oder als Pächter. Hier wird auf die Einheit von Verfügungsrechten über Produktionsmittel und der Wahrnehmung der daraus abgeleiteten Entscheidungsrechte in einer Person abgestellt. Anders wird in den ökonomischen Definitionen das Eigentum an Produktionsmitteln und die Ausübung der Unternehmerfunktion strikt getrennt: Im Vordergrund steht hier die Leistung des Unternehmers im marktwirtschaftlichen Koordinationsprozeß; es läßt sich allerdings zeigen, daß Funktion und Status nur als unterschiedliche Betrachtungsweisen ein und derselben Sache zu sehen sind<sup>26</sup>.

In einem privatwirtschaftlich organisierten Wirtschaftssystem hat ein Individuum grundsätzlich die Wahl, ob es seine Arbeitskraft am Markt als Selbständiger oder in einer abhängigen Beschäftigung einsetzen will. Bei dieser Entscheidung muß es sowohl die Unterschiede in den jeweiligen Anforderungen als auch die eigenen komparativen Vor- und Nachteile abwägen. Im wesentlichen läßt sich die Entscheidung auf fünf Determinanten reduzieren<sup>27</sup>:

- 
- 25 Die Fluktuation wird gemessen mit Hilfe des Quotienten aus der Summe der Gewerbean- und -abmeldungen und dem Bestand der Gewerbebetriebe.
  - 26 Vgl. dazu H. Schrumpf [I], Zur Entwicklung der Zahl der Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland, „RWI-Mitteilungen“, Jg. 37/38 (1986/87), S. 476f.
  - 27 Vgl. dazu O. Hübner [I], Was unterscheidet Freiberufler, Gewerbetreibende und abhängig Beschäftigte? Eine ökonometrische Untersuchung über Gruppenheterogenität, Einkommensdeterminanten und Statuswechsler, „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, Jg. 24 (1991), S. 102ff.

- die Stärke des Wunsches, unabhängig und in eigener Verantwortung zu arbeiten;
- die Höhe des (erwarteten) Einkommens: Im Durchschnitt ist das erzielte Einkommen aus einer selbständigen Tätigkeit höher als das aus einer abhängigen Beschäftigung; so erzielte im Mai 1992 jeder dritte Selbständige, aber nur jeder zehnte abhängig Beschäftigte ein monatliches Nettoeinkommen von mehr als 4 000 DM; allerdings ergibt sich das Einkommen hier als Residualgröße, und die Streuung der Selbständigeneinkommen ist erheblich größer als bei den abhängig Beschäftigten;
- die gewünschte Arbeitszeit: Die tatsächliche Arbeitszeit der Selbständigen liegt mit durchschnittlich 50,4 Stunden (Mai 1992) um knapp 50 vH über der von Abhängigen geleisteten Arbeitszeit; je geringer die Freizeit gegenüber der Arbeitszeit präferiert wird, desto eher wird sich das Individuum für die Selbständigkeit entscheiden;
- die vorhandenen Managementfähigkeiten: sie beeinflussen die Gewinnmöglichkeiten und die wirtschaftlichen Überlebenschancen;
- die Höhe des vorhandenen Vermögens: je höher das vorhandene Kapital, desto besser sind die Voraussetzungen für eine Selbständigenexistenz;
- die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Erwerbstätige z.B. drängen in konjunkturell schwächeren Zeiten stärker in eine unabhängige Tätigkeit, die Selbständigenquote reagiert somit tendenziell antizyklisch („Flucht in die Selbständigkeit“); die hierdurch ausgelösten Unternehmensgründungen erfolgen hauptsächlich in Bereichen mit geringen Zutrittsbarrieren (geringer Kapitalbedarf, geringe Qualifikationsanforderungen, keine abhängig Beschäftigten)<sup>28</sup>.

Im folgenden ist zu untersuchen, inwieweit die vorgestellten Erklärungsmuster auf Ausländer übertragbar sind.

### 2.3.3.2. Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit durch Ausländer

In der Migrationsforschung ist die theoretische Analyse der ausländischen Selbständigkeit ein bisher eher vernachlässigtes Thema. Es liegen unterschiedliche Erklärungsansätze (Modelle) vor, wobei sich diese freilich nicht gegenseitig ausschließen<sup>29</sup>.

Nach dem Erklärungsansatz des sog. Nischenmodells bilden sich ausländische Betriebe innerhalb einer ethnischen Enklave. Die besonderen Bedürfnisse und die daraus resultierende Nachfrage der ethnischen Minderheit werden durch heimische Anbieter nicht hinreichend befriedigt; in diese Marktnische stoßen Existenzgründer, wobei diese sich vornehmlich aus der jeweiligen ethnischen Gruppe rekrutieren.

---

28 Vgl. dazu H. Schrumpf [I], S. 485ff.

29 Zum folgenden vgl. u.a. A. Goldberg und F. Sen, Ein neuer Mittelstand? – Unternehmensgründungen von ehemaligen türkischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland. „WSI-Mitteilungen“, Köln, Jg. 44 (1993), S. 163ff.

Durch die Orientierung an Kunden aus der eigenen Ethnie ist zunächst eine Mindestgröße der ethnischen Gruppe notwendig, damit es überhaupt zur Entstehung solcher Unternehmen kommt; aufgrund des tendenziell limitierten Kundenpotentials ist – um am Markt bestehen bzw. wachsen zu können – im weiteren Verlauf eine Öffnung für Kunden aus der einheimischen Bevölkerung erforderlich. Insgesamt dürfte dieser Erklärungsansatz weniger die zeitliche Entwicklung der ausländischen Selbständigkeit als die regionale Struktur – und hier ihre Konzentration auf die Großstädte – erklären.

Nach dem sog. Kulturmodell gibt es eine kulturell geprägte Neigung zur Selbständigkeit<sup>30</sup>. Als relevante Faktoren sind hier z.B. die im Herkunftsland herrschende Wirtschaftsordnung (Markt- oder Planwirtschaft) und das Herkunfts米尔ieu (z.B. agrarisch geprägt oder ausgeprägte Händlermentalität) der zugewanderten Ausländer zu nennen. Insgesamt haben beispielsweise Migranten aus Ländern mit bedeutendem Mittelstand tendenziell eine größere Neigung zu einer selbständigen Tätigkeit als Zuwanderer aus Ländern mit einem zentralverwalteten Wirtschaftssystem. Im weiteren Sinne ist nach diesem Erklärungsansatz auch der bei vielen ethnischen Gruppen zu registrierende größere Familienverbund zu nennen, der in bezug auf flexible Arbeitskräfte Nutzung und Kapitalbeschaffung als Ressource dient<sup>31</sup>.

Der Schritt in die Selbständigkeit ist nach dem sog. Reaktionsmodell eine Reaktion auf die erlebten Verhältnisse im Gastland. Entscheidend sind hier die Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt: Die Mehrzahl der angeworbenen Ausländer war und ist in Bereichen beschäftigt, die ein geringes Ansehen genießen und darüber hinaus vergleichsweise konjunkturempfindlich sind. Dieser Erklärungsansatz könnte somit in Verbindung mit ausländerrechtlichen Erfordernissen – Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung erfordern i.d.R. den Nachweis, daß der Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit bestritten werden kann – die vergleichsweise starke Umorientierung der Ausländer auf selbständige Tätigkeiten erklären.

Weitere Ansatzpunkte zur Erklärung der Entwicklung der ausländischen Selbständigkeit liegen in der zunehmenden Aufenthaltsdauer und der verbesserten beruflichen Qualifikation<sup>32</sup>. So hat mit zunehmender Aufenthaltsdauer, durch die Übernahme deutscher Lebensgewohnheiten und durch das Aufwachsen der zweiten und dritten Ausländergeneration in der Bundesrepublik eine soziale und auch berufliche Integration stattgefunden, die – verstärkt durch die oftmals weiterhin ungünstige Lage in den Heimatländern – Rückkehrabsichten zunehmend in den Hintergrund drängt; in Verbindung mit der Aussicht auf höhere Einkommen und aufgrund des Eigenwertes der beruflichen Unabhängigkeit könnten daher viele Ausländer in der Bundesrepublik

- 
- 30 Vgl. R. Ward and R. Jenkins (Hrsg.), *Ethnic Communities in Business*. Cambridge 1984, S. 11.
  - 31 Vgl. J. Blaschke und A. Ersöz [II], *Die türkische Ökonomie in Berlin. „Forum – Zeitschrift für Ausländerfragen und Kultur“*, Frankfurt a.M., Jg. 1986, Heft 1, S. 64. Daß die offizielle Zahl der mithelfenden Familienangehörigen bei ausländischen Selbständigen weit unterdurchschnittlich ist, kann u.a. auf erhebungstechnischen Ursachen zurückgeführt werden.
  - 32 Zum folgenden vgl. auch A. Goldberg [I], *Ausländische Selbständige auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt – Ein Beispiel für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg ehemaliger ausländischer Arbeitnehmer. „Informationen zur Raumentwicklung“*, Jg. 1991, S. 411ff.

den Schritt in die Selbständigkeit vollzogen haben<sup>33</sup>. Auch die Verbesserung der beruflichen Qualifikation deutet auf eine steigende Selbständigkeit hin; jedenfalls sind die wirtschaftlichen Überlebenschancen nicht zuletzt von Managementfähigkeiten und Marktkenntnissen abhängig.

### 2.3.3.3. Empirische Analyse

Die empirische Analyse wird in zwei Schritten durchgeführt: Zunächst werden die längerfristige Entwicklung der ausländischen Selbständigkeit und mögliche strukturelle Abweichungen von der Entwicklung der Zahl der Selbständigen insgesamt mit Hilfe einer (vereinfachenden) Regressionsanalyse untersucht, und anschließend werden diese Abweichungen anhand von Ergebnissen des SOEP über die soziale und wirtschaftliche Situation der Ausländer nachvollzogen.

Die theoretischen Überlegungen lassen einen funktionalen Zusammenhang zwischen der Zahl der Selbständigen (S) einerseits und der Stärke des Wunsches nach Unabhängigkeit (U), der Höhe des erwarteten Einkommens (E), der gewünschten Arbeitszeit (A), den Managementfähigkeiten (M), der Höhe des vorhandenen Vermögens (V) und den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (R) vermuten; berücksichtigt man zusätzlich Markteintritts- (ME) bzw. Marktaustrittsbarrieren (MA), ergibt sich

$$(1) \quad S = f(U, E, A, M, V, R, ME, MA).$$

Zwischen den erklärenden Variablen bestehen vielfältige Abhängigkeiten. So ist zweifellos der Wunsch nach Unabhängigkeit eine wichtige Determinante für die Entscheidung zur selbständigen Tätigkeit, und die Einkommensposition ein wichtiges Kriterium etwa zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit. Das erwartete Einkommen ist wiederum u.a. eine Funktion der Arbeitszeit und der Managementfähigkeiten. Diese Beziehungen werden hier nicht näher quantifiziert.

Markteintrittsschranken ergeben sich zum einen aus den in manchen Bereichen geforderten Befähigungsnachweisen; dies gilt vor allem für das Verarbeitende Gewerbe, in dem die Zahl der Selbständigen zum Großteil durch selbständige Handwerker geprägt wird. Sie sind zum anderen in der Aufbringung der Anfangsfinanzierung für den neugegründeten Betrieb zu sehen; hier ist allerdings davon auszugehen, daß die relative Einkommensposition wesentlich für die Kreditfähigkeit und damit auch für die Überwindung dieser Hürde durch Fremdkapital ist. Ein grundlegend anderer Fall ist gegeben, wenn die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen den Eintritt in eine abhängige Beschäftigung verhindern oder den Austritt aus dieser erzwingen bzw. wahrscheinlich machen. Als Näherungsvariable für die „Flucht in die Selbständigkeit“ kann dabei die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote (ALQ) herangezogen wer-

33 Allerdings war z.B. den ausländischen Arbeitnehmern aufgrund ihres ausländerrechtlichen Status, der mit der abhängigen Beschäftigung verknüpft war, die Gründung einer selbständigen Existenz praktisch nicht möglich; dies erklärt die geringe ausländische Selbständigkeit in den sechziger Jahren. Vgl. dazu N. Meager, M. Kaiser and H. Dietrich, *Self-Employment in the United Kingdom and Germany*, London 1992, S. 14f.

den. Marktaustrittsbarrieren können sich in dem Fall ergeben, daß z.B. der Veräußerungserlös für die Alterssicherung nicht ausreichend ist; die Ursache ist hier wiederum eine als unbefriedigend empfundene Einkommensposition.

Im folgenden wird die Zahl der Selbständigen deshalb vereinfachend durch die Höhe des Einkommens und der Arbeitslosenquote erklärt. Dabei ist freilich nicht von der absoluten Höhe des Einkommens, sondern von der relativen Einkommensposition der Selbständigen (REP) gegenüber den Abhängigen auszugehen. Daraus ergibt sich der Schätzansatz

$$(2) \quad S_t = a_0 + a_1 ALO_t + a_2 REP_t + u_t^{34}.$$

Das relative Einkommen der Selbständigen kann näherungsweise aus den Angaben der VGR als Relation zwischen den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Selbständigen und den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten ermittelt werden<sup>35</sup>. Als Arbeitslosenquote wurde im Fall der Selbständigen insgesamt die gesamtwirtschaftliche Quote, im Fall der ausländischen Selbständigen die auf die ausländischen Erwerbspersonen bezogene Quote verwendet. Beide verlaufen zwar zeitlich parallel, jedoch sind die Schwankungen der letzteren – wie oben angedeutet – stärker ausgeprägt. Da die Entwicklung der Zahl der in- bzw. ausländischen selbständigen Waren- und Dienstleistungsproduzenten deutlich auseinandergegangen ist, erfolgt die Schätzung sowohl für die Selbständigen insgesamt als auch disaggregiert nach den beiden Produzentengruppen. Die Schätzung wurde für den Zeitraum 1970 bis 1991 (ausländische Selbständige: 1974 bis 1991) durchgeführt und erfolgte mit Hilfe der Kleinstre-Quadrate-Methode.

Die Analyse der westdeutschen Selbständigkeit insgesamt bestätigt tendenziell die Ergebnisse der Untersuchung von Schrumpf für den Zeitraum 1960 bis 1985<sup>36</sup>: Die Vorzeichen für die erklärende Variable „relatives Einkommen“ entsprechen den theoretischen Erwartungen, und die t-Werte sind bei den Dienstleistungsproduzenten signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 vH (vgl. Tabelle 5). Die erklärende Variable „Arbeitslosenquote“ beeinflußt die Entwicklung der Zahl der selbständigen Warenproduzenten signifikant negativ, die der Dienstleistungsproduzenten, allerdings nicht signifikant, positiv. Allerdings scheint sich die Bedeutung der beiden Variablen verschoben zu haben: Bei Dienstleistungsproduzenten hat die günstige relative Einkommensposition überwiegende Bedeutung bekommen, bei Warenproduzenten die Arbeitslosenquote; hier dürften sich die schwächere gesamtwirtschaftliche Entwicklung seit der ersten Ölpreiskrise, der zunehmende Importdruck, aber auch zunehmende Markteintrittsbarrieren in Form höheren Kapitalbedarfs auswirken.

Die Analyse der Entwicklung der Zahl der ausländischen Selbständigen liefert durchweg zufriedenstellende Ergebnisse im Hinblick auf beide erklärenden Variablen:

34 Die empirische Analyse folgt damit dem Schätzansatz in H. Schrumpf [I], S. 480ff.

35 Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen enthalten auch die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung der Abhängigen sowie Zinseinkünfte. Während erstere durch sektorale Gliederung herausgerechnet werden können, müssen letztere als das Ergebnis verzerrender Faktor akzeptiert werden.

36 Vgl. H. Schrumpf [I], S. 480ff.

Tabelle 5

<b>Schätzergebnisse für die Entwicklung der Zahl der Selbständigen</b> <b>Stützbereich 1970 bzw. 1974 bis 1991</b>						
	Koeffizienten der Variablen			Prüfmaße <sup>1</sup>		
	Absolut-glied	Arbeits-losen-quote <sup>2</sup>	Relatives Einkom-men	R <sup>2</sup>	DW	MAPE
<b>Selbständige insgesamt</b>						
Warenproduzenten	1 214,61 (7,3)	-54,07 (7,3)	26,75 (0,6)	0,80 (40,1)	0,38	5,77
Dienstleistungsproduzenten	8,79 (0,0)	6,56 (0,7)	230,88 (4,4)	0,72 (24,1)	0,48	4,95
Insgesamt	1 478,71 (5,1)	-24,91 (3,0)	246,38 (3,4)	0,47 (8,6)	0,44	2,8
<b>Ausländische Selbständige<sup>3</sup></b>						
Warenproduzenten	-9,6 (0,7)	0,87 (2,5)	8,05 (2,0)	0,37 (4,4)	1,16	20,77
Dienstleistungsproduzenten	-175,76 (4,1)	2,26 (2,3)	41,58 (5,1)	0,80 (30,7)	1,10	12,13
Insgesamt	-191,96 (3,7)	4,05 (3,6)	64,20 (4,9)	0,77 (25,9)	1,36	12,48
Eigene Berechnungen. Zur Ableitung des Schätzansatzes vgl. Text. – <sup>1</sup> Unter den geschätzten Parametern sind die t-Werte angegeben. R <sup>2</sup> : Bestimmtheitsmaß, darunter in Klammern der F-Wert; DW: Durbin-Watson-Statistik; MAPE: Mean absolute percentage error. – <sup>2</sup> (Ausländische) Arbeitslose bezogen auf (ausländische) abhängige Erwerbspersonen. – <sup>3</sup> Stützbereich 1974 bis 1991.						



Die Vorzeichen entsprechen den Erwartungen, und die t-Werte sind signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 vH. Während die Ergebnisse hinsichtlich der Variablen „relatives Einkommen“ vom Vorzeichen durchweg mit den Ergebnissen für die Selbständigen insgesamt übereinstimmen, weichen diese somit hinsichtlich der Variable „Arbeitslosenquote“ von ersteren ab: Steigende Arbeitslosigkeit veranlaßt ausländische Erwerbspersonen nicht nur zu der Gründung einer selbständigen Existenz im Dienstleistungsgewerbe, sondern induziert tendenziell auch Existenzgründungen im Warenproduzierenden Gewerbe. Letzteres ist nicht nur auf die größere konjunkturelle Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Offensichtlich scheinen für ausländische Selbständige auch die Markteintrittsbarrieren geringer zu sein: Dies ist z.B. dann der Fall, wenn sich ausländische Warenproduzenten in handwerksähnlichen Bereichen, z.B. in Flickschustereien oder Schneidereien, selbständig machen. In diesen (i.d.R. Einmann-) Betrieben sind die Anforderungen an das Startkapital vergleichsweise gering, und ein Befähigungsnachweis ist nicht zu erbringen; freilich dürften in diesen Bereichen, aus denen sich deutsche Selbständige zunehmend zurückgezogen haben, die Verdienstmöglichkeiten eher eingeschränkt sein.

Tabelle 6

Sozioökonomische Determinanten der Selbständigkeit					
	1992				
	Ungelernte Arbeiter	Angelernte Arbeiter	Facharbeiter und Meister	Angestellte	Selbständige
Ausländer					
Zufriedenheit mit der Arbeit <sup>1</sup>	7,0	7,0	7,6	8,0	(7,0)
Arbeitszeit <sup>2</sup>	35,8	39,4	41,2	39,9	(56,7)
Einkommen <sup>3</sup>	2 512	3 056	3 672	4 139	(3 089)
Besitz von					
Wohneigentum <sup>4</sup>	17,2	6,6	13,9	30,6	(24,4)
Lebensversicherung <sup>4</sup>	36,7	29,0	50,2	64,7	(63,5)
Deutsche					
Zufriedenheit mit der Arbeit <sup>1</sup>	7,2	6,9	7,5	7,4	7,6
Arbeitszeit <sup>2</sup>	28,0	36,8	41,8	38,1	50,0
Einkommen <sup>3</sup>	1 501	2 724	3 690	3 890	4 136
Besitz von					
Wohneigentum <sup>4</sup>	40,4	43,4	47,6	48,4	70,9
Lebensversicherung <sup>4</sup>	58,2	71,9	69,7	69,1	78,5

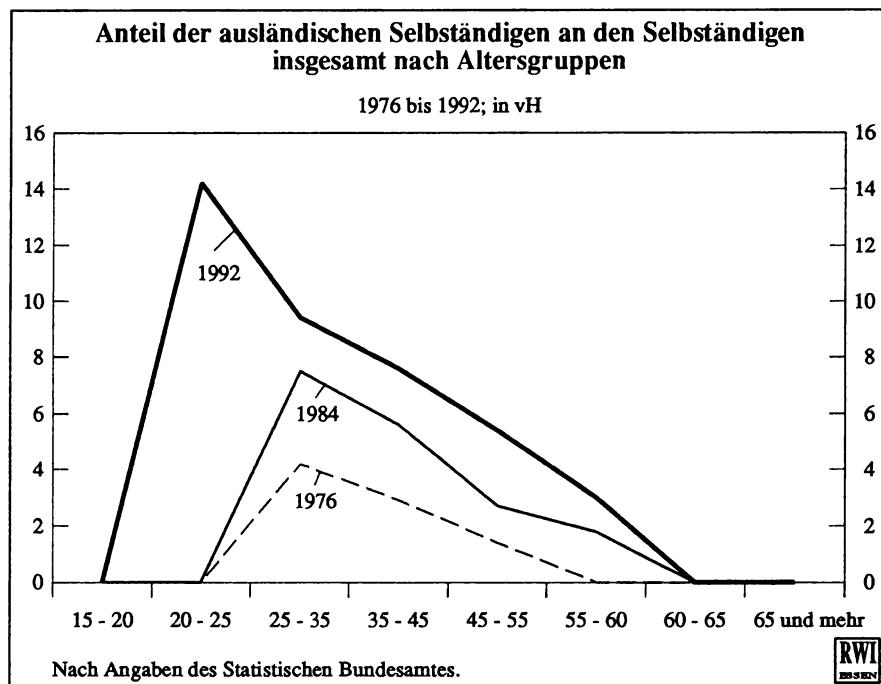
Nach Ergebnissen des SOEP, neunte Welle. Angaben in Klammern kennzeichnen geringe Fallzahlen. – <sup>1</sup>Ordinalskala von 0 („ganz und gar unzufrieden“) bis 10 („ganz und gar zufrieden“). – <sup>2</sup>Tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit in Stunden. – <sup>3</sup>Bruttonomontsverdienst in DM. – <sup>4</sup>Haushaltsangaben.



Insgesamt sprechen die Ergebnisse für die Hypothese, daß ausländische Erwerbspersonen in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit verstärkt in selbständige Tätigkeiten wechseln, in Phasen mit günstigen Arbeitsmarktchancen aber auch eher wieder in abhängige Beschäftigungen zurückgehen. Diese Hypothese wird durch Ergebnisse des SOEP bestätigt: So waren 1992 nur noch 70 vH aller Ausländer selbständig, die bereits 1984 eine selbständige Tätigkeit ausübten, während dies für knapp 79 vH der deutschen Selbständigen zutraf. Dabei fällt auf, daß etwa jeder sechste ehemals selbständige Ausländer 1992 wieder als ungelernter Arbeiter tätig ist, während die ehemals selbständigen Deutschen vor allem in Angestelltenpositionen zu finden sind. In Verbindung mit den Ergebnissen für die erklärende Variable „Arbeitslosenquote“ spricht dies für eine vergleichsweise hohe Bedeutung des Motivs „Flucht in die Selbständigkeit“ bzw. eine Erklärung der ausländischen Selbständigkeit im Sinne des Reaktionsmodells.

In diese Richtung deuten auch die Ergebnisse einer Analyse sozioökonomischer Determinanten der Selbständigkeit. Für diese Untersuchung wurden deutsche und ausländische Erwerbstätige u.a. nach der Zufriedenheit mit der Arbeit, Arbeitszeit und Einkommen sowie nach dem Besitz von Vermögen in Form von Lebensversicherungen bzw. Wohneigentum befragt. Hinsichtlich dieser Variablen zeigen sich einige Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen (selbständigen) Erwerbstätigen (vgl. Tabelle 6):

Schaubild 6



- Die Zufriedenheit mit der Arbeit steigt im allgemeinen tendenziell mit der beruflichen Stellung; während sich dies für die deutschen Selbständigen bestätigt, liegt die Zufriedenheit der ausländischen Selbständigen offenbar deutlich unter dem Durchschnitt und entspricht der un- bzw. angelernter Arbeiter.
- Deutsche und ausländische Selbständige weisen jeweils eine weit überdurchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit auf; die extrem hohe Arbeitszeit der ausländischen Selbständigen lässt auf vergleichsweise arbeitsintensive Betriebe schließen. Während sich die hohe Arbeitsbelastung für deutsche Selbständige auch in einem entsprechend hohen Einkommen niederschlägt, liegt das Einkommen der ausländischen Selbständigen etwa 10 vH unter dem Durchschnittseinkommen der befragten ausländischen Erwerbspersonen und entspricht nur dem eines angelernten Arbeiters, der hierfür freilich wesentlich kürzer arbeiten muß.
- Die Vermögenssituation der ausländischen Selbständigen dürfte zwar über dem Durchschnitt aller Ausländer liegen; im Vergleich zu den befragten deutschen Selbständigen ist aber von einem deutlich geringeren Vermögensbestand auszugehen. Dies und das geringere Einkommen dürfte sich in einer vergleichsweise schlechten Kreditwürdigkeit und einem dementsprechend eingeschränkten Zugang zu Fremdkapital auswirken.
- Auch die demographische Struktur unterstützt die Hypothese von einer vergleichsweise hohen Bedeutung des Reaktionsmodells: So ist der Anteil der

ausländischen Selbständigen in den jüngeren Altersgruppen besonders stark gestiegen und liegt deutlich über dem entsprechenden Anteil der ausländischen Beschäftigten (vgl. Schaubild 6). Die steigenden Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt einerseits und die merklich schlechtere schulische und berufliche Ausbildung der ausländischen Jugendlichen andererseits<sup>37</sup> lässt auch hier darauf schließen, daß ausländische Jugendliche vergleichsweise stark in die Selbständigkeit gedrängt werden.

Für die Entscheidung der Ausländer, sich in der Bundesrepublik selbstständig zu machen, dürften zahlreiche Faktoren eine Rolle gespielt haben. Der freiwillige Übergang in die Selbständigkeit wird durch die Entstehung ökonomischer Nischen, die zunehmende Nachfrage aus der eigenen Ethnie, aber auch der deutschen Bevölkerung erleichtert. Die Gründung eines eigenen Betriebes dürfte – den empirischen Ergebnissen folgend – in vielen Fällen aber auch eine Reaktion auf die ungünstigen alternativen Arbeitsmarktchancen der Selbständigen oder ihrer Familienangehörigen sein.

### **3. Ausländische Selbständige nach Nationalitäten, Regionen und Sektoren**

Der Mikrozensus weist für Mai 1992 eine Zahl von 208 000 ausländischen Selbständigen in der Bundesrepublik aus. Sie bilden eine äußerst heterogene Gruppe und werden im folgenden im Hinblick auf ihre Herkunftsländer bzw. Staatsangehörigkeit (nationale Struktur) sowie auf ihre regionale und sektorale Verteilung untersucht.

#### **3.1. Nationale Struktur**

##### **3.1.1. Überblick**

Über zwei Drittel der ausländischen Selbständigen (145 000) kommen aus acht Herkunftsländern (vgl. Schaubild 7)<sup>38</sup>: 37 000 sind Italiener, 30 000 Türken, 23 000 Griechen, 16 000 Österreicher, 15 000 Jugoslawen, 10 000 Niederländer, 8 000 Briten und 6 000 Franzosen. Die Herkunftsländer der ausgewiesenen ausländischen Selbständigen lassen sich in zwei Gruppen aufteilen:

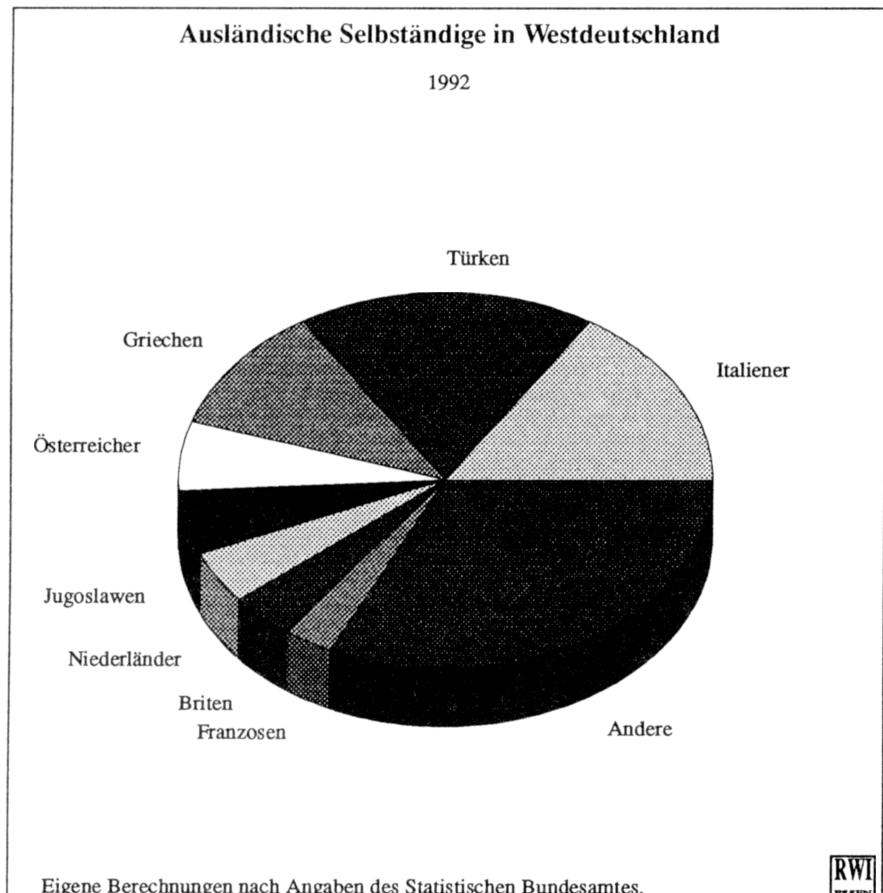
- Staaten, mit denen im Zuge des gestiegenen Arbeitskräftebedarfs in den fünfziger und sechziger Jahren Anwerbevereinbarungen getroffen wurden. Dazu gehörten Italien, die Türkei, Griechenland und das ehemalige Jugoslawien<sup>39</sup>. Diese Staaten kann man in der Geschichte der Bundesrepublik als die klassischen Zuwanderungsländer bezeichnen; die aus diesen Ländern zugewanderten Personen fanden in der Bundesrepublik zunächst speziell für eine abhängige Beschäftigung Aufnahme. Die Unternehmensgründungen dürften zunächst

<sup>37</sup> Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [I], Ausländerintegration und Bildungspolitik. (Bearb.: F. Behringer u.a.), „DIW-Wochenbericht“, Berlin, Jg. 61 (1994), S. 33ff.

<sup>38</sup> Der statistische Nachweis beschränkt sich mit Rücksicht auf den Stichprobenfehler auf Fallzahlen über 5 000.

<sup>39</sup> Die anderen Vertragsstaaten waren Marokko, Portugal, Spanien und Tunesien.

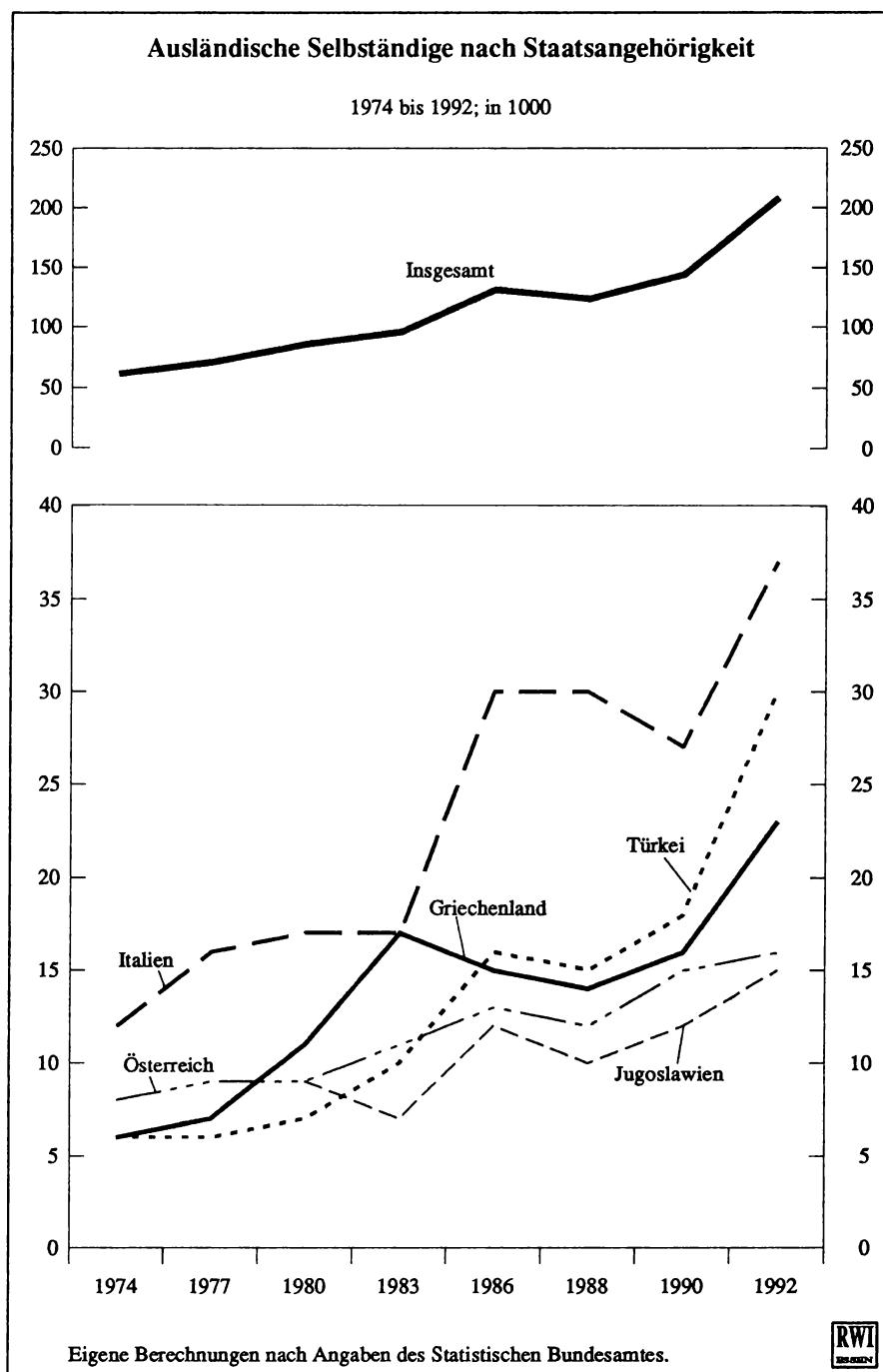
Schaubild 7



nach dem Erklärungsmuster des Nischenmodells erfolgt sein; ihr Angebot war hauptsächlich auf die Bedürfnisse der eigenen Landsleute zugeschnitten. Im Laufe der Zeit erfolgte eine quantitativ bedeutsame Verselbständigung von abhängig Beschäftigten (vgl. Schaubild 8); dazu haben – wie oben aufgezeigt – u.a. die erleichterten rechtlichen Rahmenbedingungen, die veränderte wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik sowie die weiterhin unbefriedigende wirtschaftliche Lage in den Heimatländern beigetragen.

- Staaten, die nicht zu den Anwerbungsländern gehören. Da das Potential der angeworbenen Beschäftigten fehlt, dürfte hier das Nischenmodell erheblich weniger Relevanz haben; es ist hier vielmehr zu vermuten, daß diese Selbständigen größtenteils mit dem festen Plan einer Existenzgründung in die Bundesrepublik zwanderten. Auch der Schritt in die Selbständigkeit als Reaktion auf ungünstige sozioökonomische Perspektiven dürfte weniger häufig anzutreffen sein.

Schaubild 8



Insgesamt dürfte etwa jeder zweite ausländische Selbständige in der Bundesrepublik eine Migrationsgeschichte haben, die unmittelbar oder mittelbar (zweite Generation) im Zusammenhang mit einer Anwerbung für eine abhängige Beschäftigung steht. Freilich ist der Übergang zwischen beiden Gruppen fließend: Durch die EU-Mitgliedschaft Italiens, Griechenlands, Spaniens und Portugals haben Bürger dieser Länder das Recht auf Niederlassungsfreiheit in Deutschland; insofern kann auch aus diesen Staaten im Laufe der Jahre mehr und mehr eine Zuwanderung mit der konkreten Absicht der Existenzgründung erfolgt sein. Schließlich sind insbesondere in der zweiten Gruppe sehr unterschiedliche Fälle zusammengefaßt: Hierzu zählen sowohl der österreichische Ingenieur als auch der chinesische Restaurantbesitzer und der anerkannte Asylbewerber etwa aus Afghanistan, der jetzt als Kleinunternehmer tätig ist.

### 3.1.2. Italienische Selbständige

Das Herkunftsland der meisten ausländischen Personen, die in der Bundesrepublik einer selbständigen Tätigkeit nachgehen, ist mit 37 000 Italien (1992); dies entspricht knapp 18 vH aller ausländischen Selbständigen. Im Vergleich dazu liegt der Anteil der italienischen Erwerbstägigen an allen ausländischen Erwerbstägigen nur bei etwa 12 vH, der Anteil an der gesamten ausländischen Bevölkerung sogar nur bei 11 vH. Die Selbständigenquote unter den italienischen Erwerbstägigen liegt mit 11,1 vH um knapp 3 vH-Punkte über dem Durchschnittswert für alle Ausländer und auch über dem Anteil deutscher Selbständiger. Auf 1 000 Einwohner italienischer Nationalität kommen knapp 64 Selbständige. Der entsprechende Besatz unter allen Ausländern liegt bei 35, für die Deutschen ergibt sich ein Wert von gut 40.

Selbständige aus Italien stellen schon seit 1974 den größten Anteil an den ausländischen Selbständigen (vgl. Tabelle 7). Die Zahl der italienischen Betriebsinhaber ist seit Mitte der siebziger Jahre stark angestiegen; von 1974 bis 1992 hat sich ihre Zahl mehr als verdreifacht. Dabei dürfte das Gastgewerbe bei den italienischen Selbständigen dominieren: italienische Restaurants/Pizzerien und Eisdiele sind zum Standardrepertoire in der deutschen Gastronomielandschaft geworden. Unter den insgesamt etwa 55 000 ausländischen Gastwirten dürften ca. 18 000 italienischer Herkunft sein<sup>40</sup>; weit verbreitet sind auch italienische Lebensmittel- bzw. Spezialitätengeschäfte.

Als Grund für die ausgeprägte Selbständigkeit der italienischen Wohnbevölkerung ist zunächst zu nennen, daß in der Bundesrepublik etwa 580 000 Italiener leben, was ein ausreichendes Potential für eine entsprechende Nischenökonomie, z.B. im Lebensmitteleinzelhandel, darstellt. Eine weitere Erklärung der hohen italienischen Selbständigkeit dürfte die überdurchschnittliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit sein: 1991 betrug die Arbeitslosenquote der italienischen Erwerbspersonen 11,4 vH; sie lag nicht nur bei weitem über der gesamtwirtschaftlichen Arbeitslosenquote (6,5 vH), sondern auch über der aller Ausländer (10,9 vH)<sup>41</sup>. Dafür dürfte u.a. die vergleichsweise

40 Diese und die folgenden Schätzungen stützen sich auf Angaben für Hamburg, Bielefeld, Nürnberg und Ludwigshafen.

41 Dies war auch die höchste Quote unter allen Nationalitäten der ehemaligen Anwerbestaaten.

Tabelle 7

		Ausländische Selbständige und Selbständigenquoten <sup>1</sup> nach Staatsangehörigkeiten							
		1974 bis 1992; in 1 000 bzw. in vH							
		1974	1977	1980	1983	1986	1988	1990	1992
Italiener	Selbständige	12	16	17	17	30	30	27	37
	Selbständigenquote	3,3	5,2	4,8	5,7	9,5	9,8	8,5	11,1
Türken	Selbständige	6	6	7	10	16	15	18	30
	Selbständigenquote	1,0	1,1	1,1	1,6	2,6	2,6	2,6	3,6
Griechen	Selbständige	6	7	11	17	15	14	16	23
	Selbständigenquote	2,1	3,2	6,4	10,8	10,3	10,4	9,3	11,6
Österreicher	Selbständige	8	9	9	11	13	12	15	16
	Selbständigenquote	8,4	11,4	11,0	11,7	12,6	12,4	14,7	13,7
Jugoslawen	Selbständige	/	/	9	7	12	10	12	15
	Selbständigenquote	—	—	2,3	2,0	3,7	3,4	3,4	3,4
EU insgesamt	Selbständige	19	28	30	50	65	60	69	94
	Selbständigenquote	6,7	6,2	8,6	8,7	10,2	8,6	7,3	10,3
Nicht-EU insgesamt	Selbständige	42	43	56	46	66	64	76	114
	Selbständigenquote	2,7	3,3	3,1	5,1	4,7	5,1	7,5	5,8
Insgesamt	Selbständige	61	71	86	96	131	124	144	208
	Selbständigenquote	2,5	3,5	4,0	4,6	6,4	6,3	6,2	7,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – <sup>1</sup>Selbständige in vH der jeweiligen Erwerbstägigen. – / Kein Nachweis wegen zu geringer Fallzahlen.



schlechte Ausbildungssituation der italienischen Wohnbevölkerung verantwortlich sein<sup>42</sup>: So liegen die Anteile der Italiener, die in ihrer Heimat keine Schule besucht haben und die ohne Berufsausbildung zugewandert sind, über den Durchschnittswerten für alle Ausländer.

### 3.1.3. Türkische Selbständige

Türkische Selbständige stellen die zweitstärkste Gruppe unter den ausländischen Selbständigen: 1992 gingen 30 000 türkische Staatsbürger einer selbständigen Tätigkeit nach. Gleichwohl ist ihr Anteil unter den türkischen Erwerbstägigen noch unterproportional: Die Selbständigenquote liegt mit 3,6 vH deutlich unter dem Durchschnittswert aller Ausländer (7,4 vH), und auf 1 000 türkische Einwohner kommen lediglich 17 Selbständige. Der Anteil an allen ausländischen Selbständigen liegt mit 14 vH weit unter dem Anteil der Erwerbstägigen (30 vH).

42 Zu diesen und den folgenden Angaben vgl. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) [I], Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativuntersuchung '85. (Gutachten des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung.) Bonn 1986.

Andererseits weist die Zahl der türkischen Selbständigen die größte Dynamik auf: Lag sie in den siebziger Jahren noch bei ca. 6 000, so hat sie sich seit 1980 auf 30 000 (1992) verfünfacht. Dieser Anstieg dürfte auf verschiedene Ursachen zurückzuführen sein. Die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden türkischen Staatsbürger beläuft sich auf etwa 1,8 Mill.; sie stellen mit einem Anteil von rund 30 vH die mit Abstand größte ausländische Bevölkerungsgruppe. Davon leben wiederum etwa 30 vH in Nordrhein-Westfalen; entsprechend hoch ist die Zahl der türkischen Selbständigen, die auf dieses Bundesland entfallen (10 600). Aus der Bevölkerungszahl und ihrer regionalen Konzentration kann gefolgert werden, daß von der türkischen Ethnie eine beachtliche und z.T. spezifische Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen ausgeht, die entsprechende Chancen für das Entstehen und die Behauptung von Gewerbebetrieben der Nischenökonomie eröffnet. Dies gilt um so mehr, als sich durch die gestiegene durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Aufenthaltsstatus tendenziell verbesserte und damit die rechtlichen Schranken an Bedeutung verloren.

Weiter kann die seit den achtziger Jahren gestiegene Arbeitslosigkeit, von der türkische Erwerbspersonen überproportional betroffen waren und sind, einen „push“ in Richtung Selbständigkeit ausgelöst haben. Gleichzeitig haben sich, nicht zuletzt aufgrund der weiterhin unbefriedigenden Wirtschaftslage in der Türkei, die Rückkehrabsichten geändert. Eine nach der Rückkehr in die Türkei ins Auge gefaßte Existenzgründung wird jetzt in manchen Fällen in der Bundesrepublik vollzogen<sup>43</sup>. Auch die Tatsache, daß der durchschnittliche monatliche Nettoverdienst der türkischen Arbeitnehmer etwa 3 bis 5 vH unter dem aller ausländischen Arbeitnehmer liegt<sup>44</sup>, könnte die Motivation zur Gründung einer selbständigen Existenz verstärkt haben.

In sektoraler Hinsicht ist unter den türkischen Selbständigen besonders der Groß- und Einzelhandel ein bevorzugter Wirtschaftszweig – und hier besonders die Sparte Nahrungsmittel<sup>45</sup>; türkische Gemüsehändler gehören z.B. mittlerweile zur Geschäftswelt einer jeden größeren Stadt. Ihre Zahl dürfte sich auf etwa 7 500 belaufen, eine annähernd gleich große Zahl dürfte auf den restlichen Handel entfallen. Auch Unternehmen der Reisevermittlung (Reisebüros) sind von Bedeutung: Waren diese Betriebe zunächst der Nischenökonomie zuzuordnen (insbesondere Organisation von Heimflügen für türkische Arbeitnehmer), so öffneten sie sich – nicht zuletzt als Folge der steigenden Attraktivität der Türkei als Urlaubsland – im Laufe der Zeit auch dem deutschen Publikum. Die Zahl der türkischen Gastronomen wird auf etwa 8 000 geschätzt, ca. 6 500 sind im Handwerk bzw. im handwerksähnlichen Gewerbe tätig, wobei hier die Flick- und Änderungsschneidereien dominieren.

---

43 Neben der zunehmenden Verselbständigung sind im veränderten Sparverhalten und im zunehmenden Erwerb von Immobilien in der Bundesrepublik Anzeichen für die veränderten Rückkehrabsichten zu sehen. Vgl. Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) [I], Konsumentengewohnheiten und wirtschaftliche Situation der türkischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. (ZfT aktuell, Nr. 4.) Essen 1992.

44 Vgl. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Hrsg.) [I], S. 190ff.

45 Vgl. z.B. Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) [I], S. 54, sowie H. Korte und K. Calisgan, S. 26, und J. Blaschke und A. Ersöz [II], S. 59.

### 3.1.4. Griechische Selbständige

1992 übten etwa 23 000 griechische Staatsbürger in der Bundesrepublik eine selbständige Erwerbstätigkeit aus; etwa jeder neunte ausländische Selbständige ist demnach griechischer Staatsbürger, der Anteil von Griechen an den ausländischen Erwerbstäti-gen beläuft sich nur auf etwa 7 vH. Seit Anfang der achtziger Jahre ist die Zahl der griechischen Selbständigen stark gestiegen – vor allem als Folge von rechtlichen Lockerungen nach dem Beitritt zur EG 1981. Die Selbständigenquote liegt mit 11,6 vH weit über dem Durchschnittswert für alle ausländischen Erwerbstäti-gen, und mit 74 Selbständigen je 1 000 Einwohnern ist der Besatz im Vergleich zu allen Ausländern mehr als doppelt so hoch.

Angesichts der relativ kleinen griechischen Bevölkerungsgruppe von ca. 310 000 Personen und der geringen lokalen Konzentration dürfte die Ausrichtung der Gewer-bebetriebe auf die eigene Ethnie kaum eine Rolle spielen. Dagegen dürften kulturelle Besonderheiten, d.h. eine besondere Präferenz für Selbständigkeit<sup>46</sup> und die im Vergleich zu anderen Ausländern unterdurchschnittliche Betroffenheit von Arbeitslo-sigkeit (1991: 10 vH gegenüber 10,9 vH bei allen Ausländern) von Bedeutung sein.

Der Hauptzweig der griechischen Selbständigen ist die Gastronomie (14 000): In den achtziger Jahren war ein regelrechter Gründungsboom von Restaurants mit griechi-scher Küche zu beobachten. Die Zahl der Griechen, die im Handwerk bzw. im handwerksähnlichen Gewerbe tätig sind, wird auf 5 400 geschätzt; dies dürften i.d.R. kleinere Reparaturbetriebe sein.

### 3.1.5. Selbständige aus dem ehemaligen Jugoslawien

Der Mikrozensus 1992 weist die Zahl der Selbständigen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 15 000 aus; die Selbständigenquote von 3,4 vH ist die niedrigste unter allen (erfaßten) Nationalitäten. Auch die Entwicklung ist unterproportional: Während deren Zahl zwischen 1980 und 1992 um 67 vH wuchs, lag dieser Wert für alle ausländischen Selbständigen bei 142 vH. Auf 1 000 jugoslawische Einwohner kom-men lediglich 23 Selbständige. Der Anteil an allen ausländischen Selbständigen beträgt gut 7 vH, während er sich in bezug auf alle ausländischen Erwerbstäti-gen auf fast 16 vH beläuft.

Ein Grund für die relativ geringe Neigung zu einer unternehmerischen Tätigkeit könnte die Herkunft aus einem Land mit einem zentralverwalteten Wirtschaftssystem sein, in dem die Selbständigkeit naturgemäß eine geringere Bedeutung hat. Von größerem Gewicht dürfte die relativ geringe Arbeitslosenquote sein: 1991 lag sie mit 6,2 vH sogar unter der der Deutschen. Auch der überdurchschnittliche Nettoverdienst jugoslawi-scher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnte zu der geringeren Präferenz für eine selbständige Tätigkeit beitragen.

---

46 13,6 vH der befragten griechischen Arbeitnehmer geben die Möglichkeit einer Existenzgründung in der Heimat als Rückkehrbedingung an (Durchschnitt aller Nationalitäten: 11,1 vH); vgl. Bundesmi-nister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) [I], S. 467.

Etwa ein Drittel der jugoslawischen Selbständigen entfällt auf das Gastgewerbe. Die Anteile der Branchen Lebensmittelgroß- und Einzelhandel sowie der sonstige Handel sind im Vergleich zu Türken, Griechen und Italienern gering. Aufgrund der relativ großen Bedeutung des Bausektors für jugoslawische Arbeitnehmer dürften sich auch verhältnismäßig viele von ihnen in diesem Zweig selbständig gemacht haben<sup>47</sup>.

### 3.1.6. Sonstige Nationalitäten

Etwa 40 000 ausländische Selbständiger kommen aus den Nachbarländern Österreich, Niederlande, Frankreich und Großbritannien. Für diese sind durchweg überdurchschnittlich hohe Selbständigenquoten (12 vH bis 15 vH) zu registrieren. Es kann unterstellt werden, daß die ökonomische Bedeutung der Unternehmer aus diesen Herkunftsländern vergleichsweise hoch ist: Der Zuwanderung in die Bundesrepublik dürfte (vorwiegend) eine konkrete Planung zur Unternehmensgründung zugrunde liegen; dabei dürften die hiesigen Marktchancen genau sondiert und die zur Unternehmensführung nötigen Qualifikationen i.d.R. vorhanden sein. Existenzgründungen als Ausweg aus einer sozialen Notlage sind hier also eher die Ausnahme.

Etwa 63 000 ausländische Selbständige gehören anderen Nationalitäten an, darunter etwa 5 000 chinesische Restaurantbetreiber. Für diese Gruppe gilt (mit Ausnahme der Staaten der EU bzw. seit 1. Januar 1994 des EWR), daß vor der Zuwanderung zwecks Existenzgründung bzw. bei nach der Einreise gefaßtem Entschluß zur Verselbständigung das Konzept der Gründung und die zu erwartenden Marktchancen von der Ausländerbehörde bzw. der damit beauftragten IHK geprüft werden und nur bei positiver Einschätzung eine Genehmigung erfolgt.

## 3.2. Regionale Verteilung der ausländischen Selbständigen

Auch in regionaler Hinsicht unterscheiden sich die Verteilungen von ausländischer Wohnbevölkerung, Beschäftigten und Selbständigen. 1987 lebten z.B. in Bayern nach den Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987 fast ein Fünftel (19,7 vH) aller ausländischen Selbständigen, aber nur ein Siebtel (14,8 vH) aller Ausländer im Bundesgebiet (vgl. Tabelle 8). Ähnliche Abweichungen sind auch für Schleswig-Holstein (2,4 vH gegenüber 1,8 vH) und für Hessen (12,6 vH gegenüber 11,4 vH) festzustellen.

Ein gegenüber dem Ausländeranteil deutlich geringerer Selbständigenanteil zeigt sich für Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. In Baden-Württemberg, wo über 20 vH aller Ausländer wohnen – dort hauptsächlich in Ballungsgebieten –, aber nur knapp 16 vH der ausländischen Selbständigen tätig sind, dürfte die geringe Präsenz von Selbständigen auch durch die günstigere Arbeitsmarktlage bedingt sein, wohingegen für Nordrhein-Westfalen mit einem Ausländeranteil in Höhe von reichlich 30 vH der Selbständigenanteil von reichlich 27 vH angesichts der hohen Arbeitslosigkeit

47 Vgl. Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) [I], S. 54. Allerdings sind hier nur Betriebe mit mindestens vier sozialversicherungspflichtig Beschäftigten befragt worden.

Tabelle 8

<b>Ausländische Wohnbevölkerung nach Bundesländern und Stellung im Beruf</b>							
	1987; Anteil in vH						
	Bevölkerung	Ausländerquote <sup>1</sup>	Selbständige	Selbständigenquote <sup>2</sup>	Angestellte	Arbeiter	Erwerbslose
Schleswig-Holstein	1,8	3,0	2,4	6,8	2,2	1,4	2,5
Hamburg	3,6	9,3	3,9	5,5	4,4	2,7	6,2
Niedersachsen	6,4	3,7	6,9	5,6	6,0	5,5	8,4
Bremen	1,1	6,8	0,9	4,3	1,0	0,8	1,9
Nordrhein-Westfalen	30,4	7,5	27,1	4,9	26,0	27,1	32,4
Hessen	11,4	8,6	12,6	5,4	14,7	11,1	9,3
Rheinland-Pfalz	3,7	4,2	4,2	5,9	3,6	3,4	3,7
Baden-Württemberg	20,5	9,1	15,9	3,6	17,0	25,2	14,8
Bayern	14,8	5,6	19,7	6,0	18,4	16,4	12,8
Saarland	1,1	4,1	1,2	6,6	0,9	0,8	1,6
Berlin (West)	5,4	11,1	5,3	4,7	5,7	5,4	6,5
Bundesgebiet	100,0	6,8	100,0	5,0	100,0	100,0	100,0

Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – <sup>1</sup>Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Wohnbevölkerung. – <sup>2</sup>Anteil der ausländischen Selbständigen an den ausländischen Erwerbspersonen.



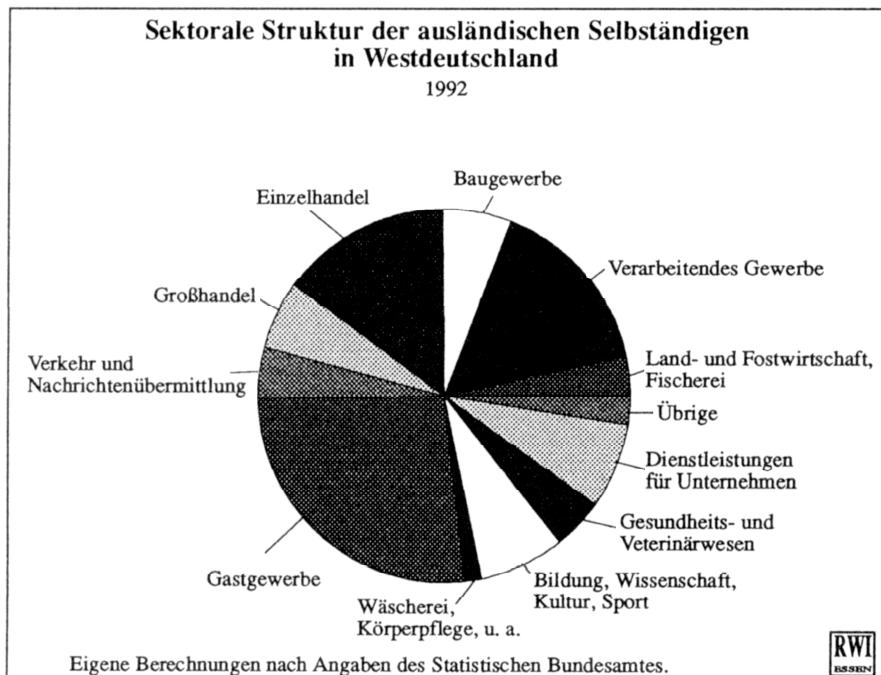
überraschen mag. Für die übrigen Bundesländer liegen die beiden Anteile mehr oder weniger dicht beieinander.

Der Anteil der ausländischen Selbständigen an den ausländischen Erwerbspersonen (ausländische Selbständigenquote) lag 1987 bei 5 vH. Überdurchschnittliche Werte ergaben sich für Schleswig-Holstein (6,8 vH), das Saarland (6,6 vH) sowie für Bayern (6,0 vH). Eine mögliche Erklärung hierfür wäre ein verstärktes Interesse an einer selbständigen Tätigkeit von Ausländern aus den jeweiligen Nachbarstaaten (Dänen in Schleswig-Holstein, Franzosen im Saarland und Österreicher in Bayern). Eine deutlich unterdurchschnittliche Selbständigenquote weisen Bremen (4,3 vH) und Baden-Württemberg (3,6 vH) auf. Gerade für Baden-Württemberg könnte die relativ geringe Bedrohung durch Arbeitslosigkeit für abhängig beschäftigte Ausländer eine Erklärung bieten.

### 3.3. Sektorale Struktur der ausländischen Selbständigen

Der Überblick über die längerfristige Entwicklung der ausländischen Selbständigen in Westdeutschland hat bereits gezeigt, daß sich diese – wie ihre deutschen Konkurrenten – vorzugsweise in der Dienstleistungsproduktion niedergelassen haben. Im folgenden wird zunächst die sektorale Struktur der ausländischen Selbständigen im Jahr 1992 skizziert und der Struktur der deutschen Selbständigen gegenübergestellt. An-

Schaubild 9



schließend wird die Entwicklung ausländischer Selbständigkeit in ihren traditionellen Schwerpunkten – Handwerk, Handel und Gastgewerbe – aufgezeigt und die wesentlichen Bestimmungsgründe analysiert.

### 3.3.1. Überblick

Der Schwerpunkt ausländischer Selbständigkeit in Westdeutschland liegt – wie erwähnt – im tertiären Sektor und hier insbesondere im Bereich der sonstigen Dienstleistungen (vgl. Schaubild 9). Jeder zweite ausländische Selbständige ist in diesem Bereich tätig, während dies nur für jeden dritten deutschen Selbständigen zutrifft. Entsprechend ist der Anteil der ausländischen Selbständigen an den Selbständigen in diesem Bereich mit rund 10 vH deutlich höher als der Anteil der ausländischen Selbständigen insgesamt. Schließlich ist hier auch der Besatz mit 17 Selbständigen je 1 000 Einwohner größer als in der deutschen Bevölkerung (14; vgl. Tabelle 9).

Innerhalb dieses Sektors weisen die ausländischen Selbständigen in den Bereichen Gastgewerbe (26 vH) sowie Bildung, Kultur, Wissenschaft und Sport (8 vH) nicht nur absolut hohe, sondern auch höhere Anteile als ihre deutschen Konkurrenten (6 bzw. 5 vH) auf; in diesen Bereichen haben ausländische Selbständige zugleich mit 28 bzw. knapp 12 vH die höchsten Anteile an den Selbständigen insgesamt. Der weit über den deutschen Verhältnissen liegende Besatz im Gastgewerbe lässt darauf schließen, daß

Tabelle 9

	Deutsche und ausländische Selbständige nach Branchen							
	Besatz <sup>1</sup>		Sektorale Anteile		Selbständigenquote		Nachr.: Ausländeranteil <sup>2</sup>	
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer		
Land- und Forstwirtschaft	6	1	15	3	38	15	2	
Verarbeitendes Gewerbe	7	5	16	15	5	2	8	
Baugewerbe	4	2	8	6	11	5	5	
Handel	8	7	18	21	13	16	9	
darunter:								
Einzelhandel	6	5	14	15	14	17	8	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2	2	4	5	6	8	10	
Kreditinstitute und Versicherungen	2	0	4	0	8	0	0	
Sonstige Dienstleistungen	14	17	35	50	13	14	10	
darunter:								
Gastgewerbe	2	9	6	26	25	25	28	
Bildung, Kultur, Wissenschaft und Sport	2	3	5	8	8	14	12	
Gesundheits- und Veterinärwesen	3	1	6	4	10	6	5	
Dienstleistungen für Unternehmen	5	2	11	7	25	21	5	
Insgesamt	42	34	100	100	9	7	8	
davon:								
Warenproduzenten	16	8	39	25	9	3	5	
Dienstleistungsproduzenten	26	26	61	75	12	14	9	

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – <sup>1</sup>Selbständige je 1 000 deutsche bzw. ausländische Einwohner. – <sup>2</sup>Ausländische Selbständige in vH der jeweiligen Selbständigen insgesamt.



hier das Kundenpotential nicht in erster Linie aus der eigenen Ethnie, sondern vor allem aus der deutschen Bevölkerung besteht. Im Bereich der Dienstleistungen für Unternehmen (z.B. Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung) und im Gesundheits- und Veterinärwesen liegen dagegen die relativen sektoralen Anteile mit 7 bzw. 4 vH deutlich unter den Anteilen der hier selbständigen Deutschen (11 bzw. 6 vH). Auch der Besatz ist hier weit geringer als in der deutschen Bevölkerung; unterstellt man mangels anderer Angaben ein etwa vergleichbares Nachfrageverhalten nach diesen Leistungen in der deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung, deutet dies darauf hin, daß ausländische Selbständige in diesen Bereichen bislang – u.a. aufgrund unzureichender beruflicher Qualifikation – der deutschen Konkurrenz nicht standhalten konnten.

Auch in den Wirtschaftsbereichen Handel sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung weisen ausländische Selbständige eine größere sektorale Konzentration als deutsche Selbständige und damit auch überdurchschnittliche Anteile an den Selbständigen insgesamt auf. Der Besatz entspricht mit 7 bzw. 2 Selbständigen je 1 000 Einwohner den deutschen Relationen; dies läßt darauf schließen, daß hier die Nachfrage aus der eigenen Ethnie bedient werden kann. Die vergleichsweise stark ausgeprägte Selbständigkeit im Handel – 16 vH der hier erwerbstätigen Ausländer sind selbständig (Durchschnitt: 7 vH; Deutsche: 13 vH) könnte dem Kulturmodell folgend als Ausdruck einer Händlermentalität gewertet werden, kann aber auch Ergebnis mangelnder Möglichkeiten abhängiger Beschäftigung sein.

Entgegen dem gesamtwirtschaftlichen Trend haben sich Ausländer im Warenproduzierenden Gewerbe in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maße selbstständig gemacht und einen Anteil von 7,5 vH (Verarbeitendes Gewerbe) bzw. 5,5 vH (Baugewerbe) an den Selbständigen insgesamt erreicht. Der Besatz und auch die Selbständigenquote liegen freilich noch deutlich unter den westdeutschen Verhältnissen. Darin spiegeln sich die hier in manchen Bereichen vergleichsweise hohen Anforderungen an die Managementfähigkeiten, das Startkapital und die Marktkenntnisse wider; jedenfalls sind Ausländer – trotz der höheren Betroffenheit von Arbeitslosigkeit in den Jahren 1984 bis 1992 zu einem deutlich geringeren Anteil aus Abhängigenpositionen in selbständige Tätigkeiten gewechselt als die deutsche Vergleichsgruppe: So sind 0,5 vH (3,4 vH) der ehemals angelernten ausländischen (deutschen) Arbeiter und 2,7 vH (3,2 vH) der ehemaligen Facharbeiter 1992 selbständig tätig gewesen<sup>48</sup>. Insgesamt entfallen somit weiterhin rund 60 vH der abhängig beschäftigten Ausländer auf das Produzierende Gewerbe, aber nur 24 vH der selbständigen Ausländer.

### 3.3.2. Ausländische Selbständige im Handwerk

In der Bundesrepublik ist das Handwerk nicht zuletzt aufgrund der kleinbetrieblichen Struktur eine traditionelle Hochburg für selbständige Erwerbstätigkeit und damit auch für ausländische Existenzgründer von hoher Attraktivität. Darüber hinaus ist das Handwerk ein bedeutender Wirtschaftszweig: 1992 erwirtschafteten rund 576 000 Unternehmen (Vollhandwerk und handwerksähnliches Gewerbe) in Westdeutschland einen Umsatz von 640 Mrd. DM (inkl. USt) und stellten insgesamt knapp 4,3 Mill. Arbeitsplätze bereit<sup>49</sup>.

Wenngleich die Abgrenzung zur Industrie und zum Handel immer schwieriger wird, so ist doch die Erstellung einer individuellen Einzelleistung als das Hauptcharakteristikum eines Handwerksbetriebes anzusehen. Die Zahl der zum Handwerk zählenden Berufe wechselt, da alte Berufe aussterben, aber auch neue hinzukommen. Die Handwerksordnung (1992) zählt 122 Handwerksberufe und 40 handwerksähnliche Gewerbe. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Handwerks- und handwerksähnlichen Berufen liegt darin, daß es sich bei letzteren zumeist um kleinbetrieblich organisierte Gewerbetätigkeiten handelt, für deren Ausübung keine vollhandwerkli-

48 Nach Ergebnissen des SOEP, erste und neunte Welle.

49 Nach Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

Tabelle 10

<b>Ausländische Betriebsinhaber im Handwerk</b>			
<b>1993</b>			
	<b>Nordrhein-Westfalen</b>		<b>Bundesgebiet<sup>1</sup></b>
	<b>in vH</b>	<b>absolut</b>	
Griechen	21	1 500	5 400
Italiener	22	1 500	5 500
Jugoslawen	9	600	2 100
Niederländer	9	600	2 100
Österreicher	2	200	700
Türken	25	1 800	6 400
Sonstige	12	800	2 800
Insgesamt	100	7 000	25 000

Eigene Berechnungen nach Angaben des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages. –  
<sup>1</sup>Geschätzt.



che Berufsausbildung (Meisterprüfung) nötig ist. Die relativ strenge Regulierung durch die Handwerksordnung findet keine Anwendung, die Handwerkskammern führen lediglich ein Verzeichnis der Inhaber solcher Betriebe.

Amtliche Zahlen zur Bedeutung der ausländischen Erwerbstägigen im Handwerk, und hier speziell der Selbständigen, liegen derzeit nicht vor; sie müssen daher im folgenden mit Hilfe von Angaben einer – unveröffentlichten – Untersuchung des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages hochgerechnet werden. Nach dieser Untersuchung sind knapp 10 vH aller Erwerbstägigen im nordrhein-westfälischen Handwerk ausländischer Nationalität; dies entspricht etwa 100 000 ausländischen Erwerbstägigen. Diese teilten sich in etwa 7 000 Selbständige, 13 000 Auszubildende, 30 000 Hilfskräfte bzw. angelernte Arbeiter und 50 000 Fachkräfte auf. Die ausländische Selbständigenquote liegt mit etwa 7 vH deutlich unter der Selbständigenquote im Handwerk dieses Landes insgesamt (13,5 vH); während also im Handwerk insgesamt fast jeder siebte Erwerbstätige einer selbständigen Tätigkeit nachgeht, ist es bei den ausländischen Erwerbstägigen nur jeder vierzehnte. Unter diesen dürften rund zwei Drittel türkische, italienische und griechische Selbständige sein.

Unterstellt man für die übrigen westdeutschen Bundesländer vergleichbare Anteile und rechnet die Zahl auf das Bundesgebiet hoch, so ergeben sich 25 000 ausländische Handwerksbetriebe. Mit diesen Annahmen sind auch die beruflichen Schwerpunkte der in Nordrhein-Westfalen tätigen ausländischen Betriebsinhaber auf das Bundesgebiet hochrechenbar (vgl. Tabellen 10 und 11).

Ein auffälliges Ergebnis ist die hohe Konzentration der ausländischen Selbständigen auf das handwerksähnliche Gewerbe: Reichlich drei Viertel der ausgewiesenen Berufe entfallen auf diesen Bereich. Unter der Annahme, daß sich die nicht ausgewiesenen 1 200 ausländischen Betriebsinhaber entsprechend den ausgewiesenen Betrieben auf

Tabelle 11

Berufe der ausländischen Betriebsinhaber im Handwerk			
1993			
	Nordrhein-Westfalen		Bundesgebiet <sup>1</sup>
	Anteil in vH	absolut	
Vollhandwerk	18	1 300	4 600
Friseur	8	600	2 100
Kfz-Mechaniker	3	200	700
Herrenschneider	3	200	700
Maurer	2	200	700
Damenschneider	2	100	400
Handwerksähnliches Gewerbe	64	4 500	16 100
Flickschneider	37	2 600	9 300
Speiseeishersteller	9	600	2 100
Holz- und Bautenschutzgewerbe	4	300	1 100
Fuger	3	300	1 100
Schnellreiniger	3	200	700
Schönheitspfleger	3	200	700
Bodenleger	3	200	700
Metallschleifer/-polierer	2	100	400
Übrige	18	1 200	4 300
Insgesamt	100	7 000	25 000

Eigene Berechnungen nach Angaben des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages. –  
<sup>1</sup>Geschätzt.



Vollhandwerk bzw. handwerksähnliches Gewerbe verteilen, ergibt sich eine Zahl von 19 500 handwerksähnlichen Betrieben und 5 500 Vollhandwerksunternehmen. Die Struktur der ausländischen Selbständigen im Handwerk unterscheidet sich damit grundlegend von der des gesamten Handwerks: Von den insgesamt 576 000 Unternehmen entfallen lediglich knapp 87 000 bzw. 15 vH auf das handwerksähnliche Gewerbe. Das bedeutet, daß etwa 22 vH aller Unternehmen des handwerksähnlichen Gewerbes von Ausländern geführt werden, aber nur 1 vH der Vollhandwerksunternehmen.

Hauptgrund für die Konzentration der ausländischen Handwerker auf das handwerksähnliche Gewerbe ist die Zugangsbeschränkung im Vollhandwerk. Voraussetzung für den selbständigen Betrieb eines Vollhandwerks ist die Eintragung in die Handwerksrolle; eingetragen werden kann aber nur, wer die Meisterprüfung für das zu betreibende Gewerbe bestanden hat oder im Besitz einer Ausnahmegenehmigung ist. Dies stellt bei vielen Ausländern mangels in der Bundesrepublik anerkannter Ausbildung bzw. Qualifikation eine entscheidende Hürde dar. Der Zugang zum handwerksähnlichen Gewerbe ist dagegen relativ einfach, er entspricht weitgehend dem im nichthandwerklichen Bereich.

In beruflicher Hinsicht fällt der große Anteil der Flick- und Änderungsschneidereien auf; mehr als jeder dritte von Ausländern geführte Handwerksbetrieb ist in dieser Branche tätig. In Nordrhein-Westfalen gibt es derzeit 3 758 Unternehmen in diesem Gewerbe<sup>50</sup>, der Anteil der Ausländer ist demnach mit etwa 70 vH anzusetzen. Bundesweit ist die Zahl der ausländischen Flickschneidereien auf ca. 9 300 zu schätzen; bezogen auf die 208 000 ausländischen Selbständigen ergibt sich für die Flick- und Änderungsschneider ein Anteil von immerhin reichlich 4 vH. Die Zahl der Flickschneidereien nahm seit den fünfziger Jahren aufgrund der Konkurrenz durch billige, importierte Kleidungsstücke und der vergleichsweise hohen Lohnkosten, die eine Reparatur nicht mehr lohnend erscheinen ließen, ab. Den Eintritt ausländischer Flickschneidereien in einen im Absterben befindlichen Wirtschaftszweig erleichtert haben neben einem geringen Kapitalbedarf massive Preiszugeständnisse und dementsprechend niedrige Unternehmerlöhne. Die Zugeständnisse in bezug auf die Entlohnung des Faktors Arbeit dürften in manchen Fällen so umfassend sein, daß nur noch das Existenzminimum erwirtschaftet wird. Die ausländischen Unternehmer stoßen hier in Bereiche, die deutsche Anbieter aufgegeben haben.

Einen weiteren beruflichen Schwerpunkt der ausländischen Selbständigen im Handwerk bildet die Speiseeisherstellung: 9 vH aller ausländischen Selbständigen im Handwerk sind in diesem Beruf tätig, und sie dürften etwa vier Fünftel solcher Tätigkeiten in der Bundesrepublik ausmachen. Vor allen italienischen Eisdielenbetreibern wird offenbar von der Verbraucherseite her die nötige Kompetenz zugesprochen. Im Gegensatz zu den Flickschneidereien ist die Eröffnung von Eisdienen eine Neuerung bzw. Angebotserweiterung, die erst durch ausländische Selbständige auf dem deutschen Markt eingeführt wurde. Einen überdurchschnittlichen Anteil stellen ausländische Gewerbetreibende auch im Beruf Metallschleifer/-polierer, etwa jeder vierte sog. „Scherenschleifer“ dürfte nichtdeutscher Herkunft sein. Im Vollhandwerk ist vor allem eine Vielzahl ausländischer selbständiger Friseure auszumachen.

Die gegenwärtige berufliche Struktur der ausländischen Selbständigen im Handwerk und der mit einem durchschnittlichen Umsatz von nur 100 000 DM je Erwerbstätigen verbundene relativ geringe Verdienst im handwerksähnlichen Gewerbe lassen darauf schließen, daß die Existenzgründungen in diesem Bereich zu einem wesentlichen Teil im Sinne des Reaktionsmodells, d.h. als Flucht in die Selbständigkeit zu interpretieren sind. Der zunehmende Anteil der ausländischen Auszubildenden im Vollhandwerk insgesamt (1992 in Nordrhein-Westfalen rund 11 vH) läßt aber auf eine zunehmende Zahl ausländischer Gesellen schließen, die wiederum das Potential für zukünftige Meister und damit für Selbständige bilden; damit dürfte mittel- und langfristig auch die ausländische Selbständigenquote im Vollhandwerk deutlich steigen und aufgrund der entsprechend besseren Chancen am Markt die Gefahr der Marginalisierung nachlassen.

### 3.3.3. Ausländische Selbständige im Groß- und Einzelhandel

Ein für ausländische Selbständige traditionell bedeutendes Betätigungsgebiet ist der Wirtschaftsbereich Handel, insbesondere der Lebensmitteleinzelhandel: 1992 wurden

---

50 Vgl. Westdeutscher Handwerkskammertag (Hrsg.), Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Handwerksstatistik 1992/93. Düsseldorf 1993, S. 105.

hier im Bundesgebiet rund 43 000 ausländische Selbständige gezählt, das entspricht reichlich einem Fünftel aller ausländischen Selbständigen. Wie für den Handel insgesamt typisch waren auch die ausländischen Erwerbstätigen hier in überdurchschnittlichem Maße selbständig tätig (Selbständigenquote 1992: 16 vH).

Ein wichtiger Grund für die hohe Präferenz des Einzelhandels bei ausländischen Selbständigen dürfte die Kaufkraft aus der eigenen Ethnie sein; die Geschäfte sind oftmals auf die speziellen Bedürfnisse der Landsleute ausgerichtet, und die Betreiber nutzen dabei spezifische Vorteile aufgrund von Sprach- und Kulturkenntnissen (Nischenökonomie). Das Warenprogramm deckt oftmals ein breites Spektrum ab, neben Lebensmitteln gehören Haushaltsgeräte, Videos, Textilien u.ä. zum Repertoire. Deutsche Kundschaft wird in diesen Läden hauptsächlich durch das anderweitig vielfach nicht erhältliche Warenangebot angelockt. Die Verkaufsflächen sind relativ klein; sie dürften i.d.R. nicht mehr als 100 m<sup>2</sup> betragen. Während mehr als die Hälfte aller ausländischen Handelsbetriebe ohne bezahlte Beschäftigte geführt wird, gilt dies nur für 40 vH der Handelsbetriebe insgesamt.

Die ausländischen Lebensmittelhändler, die ihre Standorte vornehmlich in innerstädtischen Wohngebieten haben, nehmen vielfach auch eine sich durch den Strukturwandel bietende Marktchance wahr: Da die großen Verbrauchermärkte zumeist in den Vorstädten angesiedelt sind und die Anfahrten mit einem entsprechenden Zeit- und Geldaufwand verbunden sind, besteht eine Angebotslücke für kleinere Einkäufe des täglichen Bedarfs in den Wohnzentren. Dieser sog. Nachbarschaftshandel richtet sich auch an deutsche Kunden und ist damit von der Größe der eigenen Ethnie unabhängig.

Manches spricht allerdings dafür, daß ein nicht unerheblicher Teil der ausländischen Lebensmittelhändler trotz der sich bietenden Chancen in bestimmten Nischen das Überleben durch entsprechend geringe Renditeanforderungen „erkaufen“ muß. So limitieren schon die kleinen Verkaufsflächen die Absatzmöglichkeiten. Darüber hinaus dürfte nicht nur die Zahl der abhängig Beschäftigten weit unterdurchschnittlich sein, auch die Zahl der ausgewiesenen Familienangehörigen ist eher gering. Diese haben zumeist neben der Mithilfe im Geschäft zusätzliche Arbeitsplätze, um mit ihren Kontrakteinkommen die Existenz der Familie abzusichern; außerdem dient das feste Einkommen oftmals zur Absicherung von Geschäftskrediten<sup>51</sup>. Vielfach fehlt den Inhabern offenbar auch die erforderliche Qualifikation: Umfragen kommen jedenfalls zu dem Resultat, daß nur 5 vH der Unternehmer, die schon im Herkunftsland einer Beschäftigung nachgingen, einen kaufmännischen Beruf ausübten<sup>52</sup>.

### 3.3.4. Ausländische Selbständige im Gastgewerbe

Das Gaststättengewerbe ist der traditionelle Schwerpunkt ausländischer Selbständigkeit in der Bundesrepublik. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband geht für das Jahr 1992 von 227 000 Unternehmen im Gastgewerbe in den alten Bundesländern aus,

51 Vgl. J. Blaschke und A. Ersöz [II], S. 64.

52 Vgl. Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) [I]. Vgl. dazu auch H. Korte und K. Calisgan, S. 29, sowie J. Blaschke und A. Ersöz [II], S. 58.

Tabelle 12

Ausländische Gastwirte in ausgewählten Städten				
	1991; Anteil an den an Ausländer erteilten Gaststättenkonzessionen in vH			
	Hamburg <sup>1</sup>	Bielefeld <sup>2</sup>	Ludwigshafen	Nürnberg
Italiener	15,9	23,6	43,2	36,0
Griechen	23,7	31,4	26,8	57,2
Türken	15,0	14,2	10,9	—
Jugoslawen	7,1	14,2	9,3	—
Chinesen	5,3	4,9	—	—
Österreicher	3,1	1,3	—	—
Portugiesen	3,1	—	—	—
Iraner	2,7	—	—	—
Koreaner	2,5	—	—	—
Spanier	2,1	—	—	—
nachrichtlich:				
Ausländerarbeit <sup>3</sup>	35,2	27,3	34,3	51,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, der Stadt Nürnberg und des Amtes für Stadtentwicklung der Stadt Ludwigshafen am Rhein. – <sup>1</sup>1989. – <sup>2</sup>1993. – <sup>3</sup>Anteil der Ausländer an den insgesamt erteilten Gaststättenkonzessionen.



von denen rund 179 000 auf den Gaststättengbereich, 43 000 auf den Beherbergungsbereich und 5 000 auf den Bereich Kantinen/Schlaf- und Speisewagen entfallen. Etwa ein Viertel dieser Unternehmen wird von Ausländern betrieben<sup>53</sup>; dies ist der bei weitem höchste sektorale Anteil, den ausländische Selbständige in Deutschland bislang erreicht haben. Amtliche Angaben zur Struktur der ausländischen Gastwirte liegen nicht vor, im folgenden werden diese daher mit Hilfe einzelner Ergebnisse über erteilte Gaststättenkonzessionen bzw. der Teilnahme an Gaststättenunterrichtungen abgeleitet, bevor anschließend die Gründe für die besondere Attraktivität des Gastgewerbes für ausländische Selbständige skizziert werden.

Grundsätzlich lässt sich die Zahl der ausländischen Gastwirte an der Zahl der an diese Gruppe ausgegebenen Gaststättenerlaubnisse (Konzessionen) festmachen; jedoch erfolgt in den meisten Fällen keine Erfassung der Nationalität des Konzessionsinhabers. Eine Ausnahme bilden die Städte Hamburg, Bielefeld, Nürnberg und Ludwigshafen (vgl. Tabelle 12).

In Hamburg befanden sich 1989 insgesamt 1 422 Ausländer im Besitz einer Gaststättenkonzession, was einem Anteil an allen Gaststätten von 35,2 vH entspricht. Dies ist das Ergebnis eines kräftigen Anstiegs in den achtziger Jahren: 1980 waren nur an 551 ausländische Gastwirte Konzessionen erteilt (14,2 vH). Die ausländischen Gastwirte

53 Eigene Schätzung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und den Ergebnissen einer unveröffentlichten Hochrechnung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands.

stammen aus 59 verschiedenen Nationen: Hauptherkunftsländer sind dabei Griechenland (23,7 vH), die Türkei und Italien (jeweils 15,0 vH), das ehemalige Jugoslawien (7,1 vH) sowie China (5,3 vH). Zunehmende Bedeutung haben vor allem türkische Gastronomen gewonnen, deren Zahl sich zwischen 1980 und 1989 mehr als verzehnfacht hat; dies deutet darauf hin, daß sich die türkischen Gaststätten, die zunächst vielfach als Treffpunkt der Ethnie dienten<sup>54</sup>, zunehmend der deutschen Kundschaft geöffnet haben.

In Bielefeld zeigt sich ein ähnliches Bild: Die 314 ausländischen Konzessionsträger im Gaststättengewerbe (1993) haben einen Anteil von 27,3 vH am Gesamtbestand; bedeutendste Herkunftsländer sind auch hier Griechenland, Italien, Türkei, China und das ehemalige Jugoslawien. Eine Differenzierung zwischen Restaurants und Gaststätten einerseits und Imbissen sowie Kleinpizzerien andererseits zeigt keine signifikanten Abweichungen. Eine tendenzielle Konzentration auf den Fast-Food-Bereich läßt sich lediglich bei den türkischen und italienischen Konzessionsinhabern feststellen: Bei ihnen sind 34 vH bzw. 41 vH im Imbißbereich tätig, während dieser Anteil für die Gesamtheit der ausländischen Gastgewerbetreibenden nur bei 28 vH liegt.

Von 533 Gaststättenbetrieben in Ludwigshafen (Stand Juni 1991) waren 183 (34,3 vH) im Besitz von Ausländern; in Nürnberg betrug Ende 1991 der Anteil der ausländischen Konzessionsinhaber sogar 52 vH. In beiden Städten bilden Griechen und Italiener das Gros der ausländischen Gastwirte.

Rechnet man die hier ausgewiesenen Anteile auf das Bundesgebiet hoch, so dürften etwa vier Fünftel der ausländischen Gastronomen in Westdeutschland aus den Mittelmeerländern Italien, Griechenland, Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien stammen, die alle zu den ehemaligen Anwerbestaaten gehören. Unter den restlichen rund 10 000 Gastwirten dürfte ein Großteil auf Nationalitäten aus dem südost-asiatischen Raum entfallen; darunter befinden sich etwa 5 000 Chinesen.

Die längerfristige Entwicklung der Zahl der ausländischen Gastwirte und ihre Verteilung auf die Bundesländer läßt sich näherungsweise mit Hilfe der Zahl der ausländischen Teilnehmer am Gaststättenunterrichtungsverfahren verfolgen. Die Teilnahme an einer Gaststättenunterrichtung ist Voraussetzung für die Erteilung einer Gaststättenkonzession<sup>55</sup>. Rechtliche Grundlage ist das Gaststättengesetz (GstG); dieses sieht zwar keine Prüfung bzw. Sachkundenachweis in bezug auf das Lebensmittelrecht vor, der Gesetzgeber verlangt aber als Zugangsvoraussetzung, daß die zukünftigen Gastwirte mit den lebensmittelrechtlichen Kenntnissen als vertraut gelten können. Dieses soll im Rahmen einer mündlichen Unterrichtung geschehen, deren Durchführung den Industrie- und Handelskammern übertragen wurde (§ 4 GstG).

- 
- 54 Vgl. D. Wiebe, Sozialgeographische Aspekte ausländischer Gewerbetätigkeit in Kiel, „Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie“, Frankfurt a.M., Jg. 1982, Heft 3, S. 75ff.
- 55 Zwar ist nicht jeder Teilnehmer zwangsläufig ein zukünftiger Gastwirt. Aufgrund der Tatsache, daß die Unterrichtung mehrere Stunden in Anspruch nimmt und mit einer Gebühr verbunden ist, kann die Zahl der ausländischen Teilnehmer am Unterrichtungsverfahren jedoch als Indikator für die Entwicklung in diesem Sektor herangezogen werden.

Tabelle 13

Ausländische Teilnehmer an Gaststättenunterrichtungen 1975 bis 1992; Anteil an allen Teilnehmern in vH				
	1975*	1985	1990	1992
Baden-Württemberg	11,0	20,8	28,7	34,0
Bayern	13,4	15,0	19,1	24,9
Berlin	—	26,5	26,2	24,4
Bremen	11,8	20,2	33,2	33,5
Hamburg	—	25,1	33,4	33,7
Hessen	11,1	24,2	33,4	42,1
Niedersachsen	5,2	14,6	21,1	26,0
Nordrhein-Westfalen	9,2	20,6	31,4	40,1
Rheinland-Pfalz	8,0	11,1	20,4	21,6
Saarland	6,8	10,4	16,5	20,9
Schleswig-Holstein	5,6	10,0	17,3	17,2
Insgesamt	9,4	18,4	26,1	31,5

Nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelstages. — \*Geschätzt.



Der Anteil der Ausländer an den Unterrichtungen hat sich von 1975 bis 1992 mehr als verdreifacht; 1992 war annähernd jeder dritte potentielle Gastwirt ein Ausländer (vgl. Tabelle 13). Regional ist der Anteil der ausländischen Teilnehmer an den Unterrichtungen mit Ausnahme Berlins in allen Bundesländern kontinuierlich gestiegen. Der Anteil der Ausländer unterscheidet sich im Niveau in den einzelnen Bundesländer erheblich: Unter durchschnittliche Werte sind für eher dünn besiedelte Flächenländer mit einem relativ geringen ausländischen Bevölkerungsanteil (Schleswig-Holstein, Saarland, Rheinland-Pfalz, Bayern und Niedersachsen) zu beobachten. Überdurchschnittlich hoch sind dagegen die Anteile in den Stadtstaaten (Hamburg, Bremen und Berlin) und in den Ländern mit hohem ausländischen Bevölkerungsanteil (Hessen und Nordrhein-Westfalen).

Hinsichtlich der Gründe für die besondere Präferenz ausländischer Selbständiger für das Gastgewerbe ist zunächst auf die relativ geringen Zutrittsbarrieren hinzuweisen. Wie erwähnt reicht die Teilnahme am Unterrichtungsverfahren für die Erteilung der Konzession, und möglichen ausländerrechtlichen Auflagen kann mit dem Argument der Schließung einer örtlichen Versorgungslücke begegnet werden<sup>56</sup>. Die Anforderungen an Qualifikation und Startkapital sind gering, und die seit längerem ansässige

56 Erwähnt sei hier, daß ein Italiener, der im Jahre 1965 eine Eisdielen eröffnen wollte, erhebliche Schwierigkeiten bei der Erteilung der Konzession hatte. Der zuständige Sachbearbeiter bei der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf hegte erhebliche Zweifel, daß dieses Produkt vom deutschen Verbraucher akzeptiert würde. Vgl. A. Goldberg [II], Die Spalte eines Eisberges – Selbständigkeit bei Ausländern hoch im Kurs., „KIRPI – Monatszeitschrift“, Essen, Jg. 1991, Heft 1, S. 28.

ausländische Bevölkerung hat i.d.R. die notwendigen Sprachkenntnisse. Schließlich bietet die Gastronomie auch zahlreiche Gelegenheiten zur Beschäftigung von Familienangehörigen.

Festzuhalten bleibt auch, daß die Berufe im Gastgewerbe u.a. aufgrund der oftmals unattraktiven Arbeitszeiten und der teilweise eingeschränkten Verdienstmöglichkeiten bei deutschen Erwerbstägigen an Zuspruch verloren haben. Ausländische Selbstständige konnten hier Lücken schließen. Neben der eigenen Ethnie hat auch die deutsche Kundschaft – wohl nicht zuletzt auch als Ergebnis von zunehmenden Urlaubaufenthalte im Ausland – größeres Interesse an fremdländischer Küche gefunden; hier dürfte i.d.R. ausländischen Gastwirten die höhere Kompetenz zugeschrieben werden. Die Möglichkeit, Gerichte wie Pizza, Döner-Kebap oder Gyros in Schnellimbissen in gewohnter Qualität herzustellen, hat ausländischen Gastwirten auch Gelegenheit zur Angebotsdiversifizierung in diesem Bereich gegeben, die insbesondere in Geschäfts- und Bürolagen auf entsprechende Nachfrage trifft.

#### 4. Perspektiven ausländischer Selbständigkeit

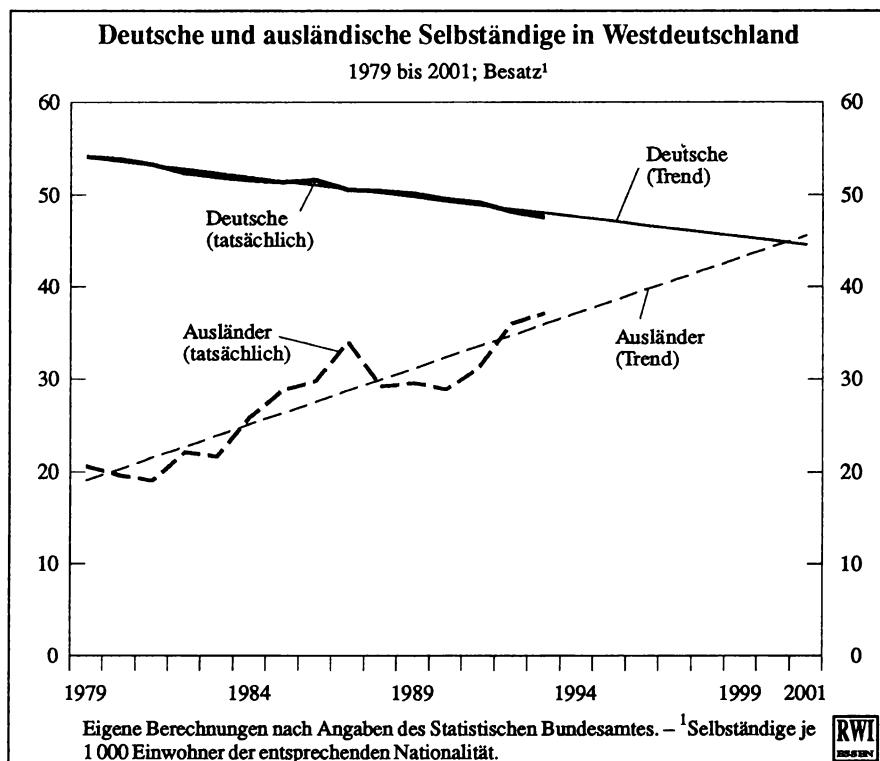
Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß sich die Struktur der ausländischen Selbständigen und der Anteil der ausländischen Selbständigen an den ausländischen Erwerbspersonen bzw. an der ausländischen Bevölkerung den entsprechenden Strukturen der deutschen Bevölkerung deutlich angenähert haben. Dies gilt insbesondere für den Besatz, d.h. die Zahl der Selbständigen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) je 1000 Einwohner der Bevölkerung (vgl. Schaubild 10): Dieser ist von 18 im Durchschnitt der siebziger Jahre über 26 in den achtziger Jahren auf rund 37 im Jahr 1993 gestiegen; bei einem von 63 (siebziger Jahre) auf heute knapp 48 Selbstdändige gesunkenen Besatz in der deutschen Bevölkerung hat sich der ausländische dem deutschen Selbständigenbesatz in Westdeutschland im gleichen Zeitraum stark angenähert.

Einige Anzeichen sprechen dafür, daß sich diese Entwicklung fortsetzen wird: So steigt der Anteil der langfristig bzw. dauerhaft in der Bundesrepublik ansässigen Ausländer bzw. der in Deutschland geborenen Ausländer, also von Personen, die mehr und mehr mit der deutschen Sprache, den Besonderheiten des deutschen Marktes und Rechtssystems vertraut sind und deren Existenzgründung nicht durch rechtliche Barrieren beeinflußt wird. Im Zuge der Rezession in den Jahren 1992 und 1993 ist die Zahl der Arbeitslosen erneut kräftig gestiegen; wiederum waren ausländische Beschäftigte in besonderem Maße davon betroffen. Folgt man den derzeit eher skeptischen Wachstumsperspektiven für die neunziger Jahre<sup>57</sup>, so zeichnet sich eine weiterhin hohe Arbeitslosigkeit ab; den Erfahrungen der Vergangenheit gemäß würde dies vor allem ausländische Erwerbstägige zu dem Schritt einer selbständigen Existenzgründung bewegen.

---

57 Vgl. dazu U. Heilemann, Weniger Geld – Zu den mittelfristigen Aussichten der westdeutschen Wirtschaft. „RWI-Mitteilungen“, Jg. 44 (1993), S. 83ff.

Schaubild 10



Schreibt man den bisherigen Trend fort, dann wird der ausländische Selbständigenbesatz schon zur Jahrtausendwende den deutschen erreicht haben. Insgesamt erscheint es nicht unplausibel, den Selbständigenbesatz der deutschen Bevölkerung als Maßstab für den potentiellen Besatz der ausländischen Bevölkerung in Westdeutschland heranzuziehen; aus dem Vergleich von aktuellem und potentiellem Besatz kann dann unter Hinzuziehen von Annahmen über die weitere Entwicklung der ausländischen Bevölkerungszahl die Entwicklung der ausländischen Selbständigkeit abgeschätzt werden<sup>58</sup>.

Im folgenden werden zunächst für das Jahr 1992 die tatsächliche Zahl und die sektorale Struktur der ausländischen Selbständigen den potentiellen Größen gegenübergestellt; anschließend wird anhand einer Bevölkerungsprognose ein Ausblick auf das Jahr 2001 gegeben. Vergleichbare Angaben zur Entwicklung der Selbständigkeit (ohne die

58 Freilich ist die Berechnung des potentiellen Besatzes nicht unproblematisch. Insbesondere sind Sonderbedingungen in der Landwirtschaft zu berücksichtigen; auch ist im Verarbeitendem Gewerbe ein gleicher Besatz nicht in jedem Fall realistisch. Bei langfristiger Betrachtung muß die „Flucht in die Selbständigkeit“ herausgerechnet werden, da sie konjunkturell bedingt und eine Rückkehr oft möglich ist.

Tabelle 14

<b>Tatsächliche und potentielle<sup>1</sup> Verteilung der ausländischen Selbständigen in Westdeutschland nach Sektoren</b>			
	1992; in 1 000		
	tatsächlich	potentiell	Differenz
Land- und Forstwirtschaft	7	39	32
Verarbeitendes Gewerbe	32	41	9
Baugewerbe	12	22	10
Handel	43	47	4
darunter:			
Einzelhandel	31	36	5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	10	9	-1
Kreditinstitute und Versicherungen	-	9	9
Sonstige Dienstleistungen	104	91	-13
darunter:			
Gastgewerbe	55	15	-40
Bildung, Kultur, Wissenschaft und Sport	16	12	-4
Gesundheits- und Veterinärwesen	9	17	8
Dienstleistungen für Unternehmen	15	29	14
Insgesamt	208	259	51
davon:			
Warenproduzenten	52	102	50
Dienstleistungsproduzenten	156	157	1

Eigene Berechnungen. – <sup>1</sup>Sektorale Verteilung wie bei deutschen Selbständigen; im einzelnen vgl. Text.



mitgehenden Familienangehörigen) von Deutschen und Ausländern liefert der Mikrozensus: Nach der Erhebung vom Mai 1992 gingen demnach 42 (34) Personen von 1000 deutschen (ausländischen) Einwohnern einer selbständigen Tätigkeit nach. Daraus ergibt sich für dieses Jahr ein Potential ausländischer Selbständiger von rund 260 000, dem tatsächlich 208 000 ausländische Selbständige oder 80 vH des potentiellen Besatzes gegenüberstanden (vgl. Tabelle 14).

In sektoraler Hinsicht zeigen sich erhebliche Unterschiede in der Angleichung der Zahl der ausländischen Selbständigen an die potentielle Zahl. Vor allem im Agrarsektor haben sich relativ zur Bevölkerungszahl bislang nur sehr wenige Ausländer selbstständig gemacht (rechnerischer Nachholbedarf: 32 000). Dies ist nicht überraschend und dürfte sich auch künftig kaum ändern, haben sich die Ausländer doch bevorzugt in den Ballungsräumen niedergelassen und dürfte gerade in der Land- und Forstwirtschaft die familiäre Bindung eine wesentliche Rolle für die Entscheidung zur Selbstständigkeit spielen.

Auch im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft sind 1992 erst vergleichsweise wenige selbständige Ausländer zu verzeichnen: Rechnerisch ergibt sich hier ein

Nachholbedarf von jeweils rund 9 000 Selbständigen. Wesentliche Gründe für die relativ geringe Anzahl von ausländischen Selbständigen dürften vor allem der Mangel an finanziellen Mitteln und der notwendigen Kenntnisse über Managementtechniken und die Besonderheiten des deutschen Marktes sein; im Vollhandwerk tritt das Fehlen des Meisterbriefs hinzu.

Im Dienstleistungssektor insgesamt sind ausländische Selbständige bereits in deutschen Verhältnissen entsprechender Zahl vertreten. Weitgehend angeglichen haben sich die Relationen insbesondere in den Wirtschaftsbereichen Handel, Verkehr- und Nachrichtenübermittlung sowie im Bereich Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport. Eine Unterbesetzung ergibt sich in den vergleichsweise ausbildungintensiven Bereichen Kreditinstitute und Versicherungen, Gesundheits- und Veterinärwesen sowie Dienstleistungen für Unternehmen; darin schlägt sich die relativ geringe berufliche Qualifikation weiter Teile der ersten Ausländergeneration und die immer noch weit unter deutschen Verhältnissen liegende Ausbildungsbeteiligung im Bereich der 15- bis 20-jährigen ausländischen Jugendlichen der zweiten und dritten Generation nieder.

Prognosen über die künftige Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland und damit auch Schätzungen über die künftige Zahl ausländischer Selbständiger sind mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Dies gilt insbesondere für die Außenwanderungen, die die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung entscheidend determinieren und ihrerseits von zahlreichen sog. push- und pull-Faktoren abhängig sind<sup>59</sup>. Derartige Prognosen haben daher nur den Charakter von Szenarien. Nach einem jüngst vorgelegten Szenario des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wächst die ausländische Bevölkerung in Westdeutschland bis zum Jahr 2000 von derzeit 6,5 Mill. auf 9,2 Mill. Personen<sup>60</sup>. Unterstellt man den trendmäßig zu erwartenden potentiellen Besatz von rund 40, korrigiert diesen indes mit Blick auf die Entwicklung in der Landwirtschaft auf 35, so ergibt sich für das Jahr 2000 eine Zahl von etwa 300 000 selbständigen Ausländern in Westdeutschland, die dann etwa 2,35 Mill. selbständigen Deutschen gegenüberstehen. Im Vergleich zum Jahr 1992 wird somit die Zahl der Selbständigen insgesamt konstant bleiben, jedoch verschiebt sich die Struktur merklich zugunsten der ausländischen Selbständigen.

- 
- 59 Vgl. dazu u.a. A. Kruse, Wanderungen (II): Internationale Wanderungen. In: E. von Beckerath u.a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 11. Stuttgart u.a. 1961, S. 504ff. Korrelationsrechnungen kommen für die Bundesrepublik für den Zeitraum von 1960 bis 1991 zu einem engen positiven Zusammenhang zwischen dem (jährlichen) Wachstum des BIP und der Zuwanderung von Ausländern ( $r = 0,72$ ), was freilich nicht zuletzt durch die deutsche Einwanderungspolitik beeinflusst wurde. Vgl. dazu G. Barabas u.a., Gesamtwirtschaftliche Effekte der Zuwanderung 1988 bis 1991. „RWI-Mitteilungen“, Jg. 43 (1992), S. 135f.
- 60 Dabei sind vergleichsweise günstige wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen in Ost-europa und eine relativ restriktive Zuwanderungspolitik in Deutschland unterstellt; bei ungünstigen Rahmenbedingungen in den Heimatländern würde die Zahl der Ausländer auf 10 Mill. steigen. Vgl. dazu Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [II], Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 mit Ausblick auf 2040. (Bearb.: E. Schulz.) „DIW-Wochenbericht“, Jg. 60 (1993), S. 393ff. Insgesamt schätzt das DIW die Bevölkerung in Westdeutschland für das Jahr 2000 auf rund 68 Mill. Personen und damit um 2,5 Mill. Personen höher ein als eine etwas frühere Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; vgl. dazu B. Sommer, Entwicklung der Bevölkerung bis 2030. „Wirtschaft und Statistik“, Stuttgart, Jg. 1992, S. 217ff.

## Zweites Kapitel

# Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der ausländischen Selbständigen in Westdeutschland

### 1. Produktion, Investitionen und Wertschöpfung der ausländischen Selbständigen

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht von Interesse ist der von den ausländischen Selbständigen erwirtschaftete Beitrag zu den makroökonomischen Aggregaten, wie Bruttoproduktion (Umsätze) und Brutto- und Nettowertschöpfung. Darüber hinaus interessieren die getätigten Investitionen sowie die Finanzierungsbeiträge zu den öffentlichen Haushalten. Im folgenden werden ausgehend von differenzierten Umsatzschätzungen nach einzelnen Wirtschaftsabteilungen die Wertschöpfungsbeiträge der ausländischen Selbständigen untersucht. Anschließend wird ihre Bedeutung als Investoren sowie als Arbeitgeber beleuchtet, bevor abgeschätzt wird, welche Relevanz ihnen in fiskalischer Hinsicht zukommt.

#### 1.1. Umsätze

In der Bundesrepublik waren im Jahre 1992 – wie erwähnt – 208 000 ausländische Selbständige tätig. In sektoraler Hinsicht sind sie am stärksten in den „Übrigen Wirtschaftsbereichen“, und hier speziell in der Untergruppe „Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht“ vertreten. Auf diese entfällt mit 100 000 Personen fast die Hälfte aller ausländischen Selbständigen. Zu dieser Wirtschaftsabteilung gehört u.a. das Gastgewerbe, in dem die Zahl der ausländischen Selbständigen auf 55 000 geschätzt wird<sup>1</sup>. Des weiteren zählen z.B. das Reinigungsgewerbe, der Bereich Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung, das Gesundheitswesen sowie der Sektor Rechts- und Steuerberatung dazu.

##### 1.1.1. Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen

Tabelle 15 zeigt die auf die jeweiligen Wirtschaftszweige entfallenden Selbständigen und die von ihnen erwirtschafteten Umsätze. Dem Gastgewerbe mit 55 000 ausländi-

---

1 Vgl. im einzelnen Abschnitt 3.3.4. im ersten Kapitel.

Tabelle 15

<b>Ausländische Selbständige im Wirtschaftszweig „Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen“</b>		
Wirtschaftsgliederung	Zahl der ausländischen Selbständigen	Umsatz
	in 1 000	in Mrd. DM
Gastgewerbe, Heime	55	17,8
Wäscherei, Körperpflege u.a. persönliche Dienstleistungen	3,5	0,6
Gebäudereinigung, Abfallbes. u.a. hygienische Einrichtungen	1	0,15
Bildung, Wissenschaft, Kultur., Sport und Unterhaltung	16	3,5
Gesundheits- und Veterinärwesen	9	2,15
Dienstleistungen für Unternehmen	15,5	5,8
Insgesamt	100	30

Eigene Berechnungen.



schen Selbständigen und einem Jahresumsatz von knapp 18 Mrd. DM (1992) folgt mit 16 000 Personen der Bereich Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport. Zu dieser Abteilung gehören u.a. das Film- und Videoverleihgewerbe, das Aufstellen von Spielautomaten, das Schaustellergewerbe, selbständige Lehrer und Künstler. Der Umsatz dieser Erwerbstätigengruppe wird auf etwa 3,5 Mrd. DM geschätzt.

Ein höherer Umsatz (5,8 Mrd. DM) wird trotz einer geringeren Zahl an Selbständigen (15 500) im Sektor Dienstleistungen für Unternehmen erwirtschaftet; dies ergibt sich daraus, daß der Anteil der ausländischen Selbständigen, die über bezahlte Beschäftigte verfügen, hier über dem Durchschnittswert von 48 vH (vgl. Tabelle 16) liegt. So beschäftigte z.B. die Berufsgruppe Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer, zu der sich bei der Volkszählung 1987 immerhin 7 165 ausländische Selbständige zählten, zu 70 vH abhängig Tätige.

Eine nicht unerhebliche Zahl von Ausländern ist als Arzt oder Apotheker tätig; oftmals kamen diese Personen im Rahmen eines Studiums in die Bundesrepublik. Die Zahl der im Gesundheits- und Veterinärwesen tätigen ausländischen Selbständigen wird auf etwa 9 000 veranschlagt, der Jahresumsatz auf 2,15 Mrd. DM.

Von eher untergeordneter Bedeutung<sup>2</sup> sind die beiden restlichen Sektoren Wäscherei, Körperpflege u.a. persönliche Dienstleistungen mit 3 500 Selbständigen und 0,6 Mrd. DM Umsatz (hierzu zählen z.B. die ca. 2 000 ausländischen Friseure) sowie der Bereich Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u.a. hygienische Einrichtungen; der

2 Für die Bereiche „Verlagsgewerbe“ und „Anderweitige Dienstleistungsberufe“, die ebenfalls zu dieser Wirtschaftsgruppe gehören, konnten keine Hinweise gefunden werden, die auf eine bedeutende Zahl von ausländischen Selbständigen hindeuten.

Umsatz der etwa 1 000 hier tätigen Ausländer dürfte sich auf etwa 0,15 Mrd. DM belaufen.

Insgesamt dürften die 100 000 ausländischen Selbständigen im untersuchten Wirtschaftszweig einen Jahresumsatz von ca. 30 Mrd. DM erwirtschaften; das entspricht knapp 5 vH des Gesamtumsatzes in diesem Sektor<sup>3</sup>. Aussagekräftiger ist freilich der Anteil am Umsatz der für Selbständige relevanten Rechtsformen. Wenn man unterstellt, daß alle 100 000 ausländischen Selbständigen in der Rechtsform eines Einzelunternehmens tätig sind, so beträgt ihr Anteil an allen steuerpflichtigen Einzelunternehmen in diesem Sektor etwa 15 vH. Der auf Ausländer entfallende Umsatzanteil ist mit 14,7 vH nur unwesentlich geringer.

### 1.1.2. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

In diesem Sektor sind 7 000 ausländische Selbständige tätig; die Selbständigenquote liegt mit knapp 15 vH – wie für diesen Sektor typisch – über dem Durchschnitt. Ein nicht unbeträchtlicher Teil von ihnen dürfte aus den Niederlanden stammen. Dabei haben sich mehrere niederländische Landwirte in den neuen Bundesländern niedergelassen, die die großen Betriebseinheiten der ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften als ökonomische Chance nutzen wollen, da in den Niederlanden die landwirtschaftlichen Kapazitäten weitgehend erschöpft sind.

In der Volkszählung 1987 gaben reichlich 2 000 Ausländer an, in Berufen tätig zu sein, die diesem Sektor zuzurechnen sind. Dominierend waren die Berufe Landwirt und Gartenbauer. Knapp zwei Drittel dieser Selbständigen gaben an, über keine bezahlten Beschäftigten zu verfügen. Bei einem aus der Umsatzsteuerstatistik abgeleiteten durchschnittlichen Jahresumsatz von 300 000 DM pro Betrieb, wäre der Gesamtumsatz der ausländischen Selbständigen in diesem Sektor auf etwa 2,1 Mrd. DM zu veranschlagen.

### 1.1.3. Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Auf diesen Wirtschaftszweig entfallen grob geschätzt rund 10 000 ausländische Selbständige; die Selbständigenquote liegt mit 7,5 vH nur unwesentlich über dem Durchschnitt. Die in diesem Wirtschaftszweig von ausländischen Selbständigen bevorzugten Branchen sind das Taxigewerbe und die Reisevermittlung (Reisebüros). Auf beide Bereiche dürften jeweils etwa 4 000 ausländische Unternehmer entfallen, die restlichen 2 000 verteilen sich u.a. auf das Speditions- und Lagereigewerbe oder den Omnibusverkehr. Die Schätzungen beruhen auf Volkszählungsdaten von 1987; 1 869 ausländische Selbständige gaben als Berufsbereich „Berufe des Landverkehrs“ an – hier dürfte es sich in erster Linie um das Taxigewerbe handeln. Weitere 2 066 rechneten sich zu den „Anderen Dienstleistungskaufleuten“; da Bank- und Versicherungsberufe sowie der Handel explizit aufgeführt sind, dürfte ein Großteil von

3 Die Umsatzzahlen beziehen sich auf den Beginn der neunziger Jahre; sie dürften in dieser Größenordnung indes auch am aktuellen Rand gelten.

Tabelle 16

## Ausländische Erwerbstätige nach Berufsgruppen und Stellung im Beruf

1987

	Erwerbstätige insgesamt	Selbstständige				Angestellte	Arbeiter	in gesamt darunter: Facharbeiter			
		bezahlte Beschäftigte		Mithilfende Familienangehörige	in gesamt						
		mit	ohne								
Pflanzenbauer, Tiefzieher, Fischzüchter	21 398	2 033	719	1 314	1 112	1 643	15 841	3 552			
Bergleute, Mineralgewinner	24 380	3	0	3	1	345	22 613	5 826			
darunter:	1 058 895	16 345	8 426	7 919	2 652	37 350	964 561	232 853			
Steinbearbeiter	1 758	76	44	32	1	65	1 555	744			
Baustoffhersteller	1 314	14	10	4	1	28	1 257	209			
Keramiker	2 800	50	12	38	2	46	2 667	278			
Glasmacher	2 351	21	4	17	2	73	2 214	500			
Chemiearbeiter	24 067	73	45	28	9	723	22 889	5 147			
Kunststoffverarbeiter	7 837	8	5	3	4	161	7 562	938			
Papierhersteller, -verarbeiter	4 534	17	10	7	6	188	4 232	954			
Drueler	8 626	162	72	90	11	836	7 285	2 763			
Holzauflieger, Holzwarenfertiger u.ä.	4 016	64	26	38	2	103	3 808	515			
Metallauflieger, Walzer	10 639	-	-	-	-	163	10 302	1 803			
Förner, Formgießer	7 836	-	-	-	-	127	7 607	1 135			
Metallverformer (spanend)	10 337	-	-	-	-	170	10 105	1 312			
Metallverformer (spindend)	39 589	62	35	27	7	641	37 628	17 687			
Metallbearbeiter, -vergütter u.ä.	6 780	16	7	9	4	162	6 545	1 180			
Schmiede	35 405	180	59	121	12	735	33 873	15 247			
Peinblecher, Installatoren	2 162	46	20	26	4	48	1 966	532			
Schlosser	17 285	411	275	136	8	675	13 606	9 941			
Mechaniker	57 717	348	187	161	26	1 814	48 366	31 704			
Werkzeugmacher	32 340	975	560	415	48	2 130	21 814	14 379			
Metallfertiger u.ä.	4 689	37	22	15	3	189	3 760	3 147			
Elektriker	4 406	506	296	210	20	1 251	2 068	1 368			
Modellierer, Metallberufe, a.ang.	31 075	522	313	209	15	2 422	23 290	15 739			
Spannberufe	78 947	93	45	48	14	1 325	77 367	7 619			
Textilberbeiter	5 673	9	6	3	2	101	5 452	776			
Textilverarbeiter	6 060	60	18	42	5	188	5 615	1 526			
Terrilwerdler	27 836	3 747	701	3 046	317	1 410	20 599	5 626			
Leichtmetallhersteller, u.ä.	2 568	1	1	-	4	99	2 427	419			
Back-, Konditorwarenhersteller	7 211	820	329	491	52	428	5 729	1 771			
Fleisch-, Fischverarbeiter	8 112	743	540	203	74	1 166	5 072	2 048			
Speisenberbeiter	6 241	346	195	151	42	582	4 842	1 701			
Getränke-, Gemüsemitthandels	56 427	3 020	2 080	940	1 723	11 461	39 072	6 941			
	555	8	5	3	1	49	39 473	136			

noch Tabelle 16

	Erwerbstätige insgesamt	Selbständige				Angestellte Mithilfende- Familien- angehörige	Arbeiter insgesamt	Arbeiter davon: Facharbeiter			
		mit bezahlte Beschäftigte		ohne bezahlte Beschäftigte							
		insgesamt	mit								
Übrige Ernährungsberufe	3.801	1.410	1.148	262	113	571	1.657	512			
Mauerer, Betonbauer	39.441	497	273	224	35	1.077	36.609	21.031			
Zimmerer, Dachdecker, Gerüstbauer	19.155	209	152	57	10	495	18.130	11.379			
Straßen-, Tiefbaubar	12.701	90	42	48	—	304	12.026	4.414			
Bauhilfsarbeiter	23.299	—	—	—	—	—	23.299	—			
Bauausstatter, Polsterer	11.481	483	244	239	13	381	10.109	5.400			
Rautamässetter, Polsterer	2.818	209	85	124	19	158	2.266	832			
Tischler, Modellbauer	14.374	540	275	265	20	730	11.864	7.790			
Maler, Lackierer u. verw. Berufe	23.060	448	278	170	21	884	19.514	8.507			
Warenprüfer, Versand	44.801	—	—	—	—	2.160	42.477	4.962			
Hilfsarbeiter	308.487	—	—	—	—	—	308.487	—			
Maschinisten und zugehörige Berufe	38.264	24	7	17	2	1.011	37.076	12.241			
davon:	55.720	3.969	1.534	2.415	0	43.122	6.280	5.320			
Ingenieure	22.685	2.884	1.168	1.716	—	19.141	—	—			
Techniker	22.182	800	297	503	—	16.491	4.278	4.278			
Dienstleistungsberufe	654.816	74.935	36.952	37.983	7.650	289.401	233.376	32.204			
davon:	10.519	1.187	931	12.221	2.184	32.842	13.246	3.316			
Warenkaufleute	88.606	1.238	329	858	—	8.198	—	—			
Bank-, Versicherungskaufleute	12.186	126	605	633	1.815	73.426	4.989	1.386			
Blüfisch-, Bürolaufkräfte	15.034	4.723	49	77	10	3.995	7.931	320			
Dienst-, Wachbeamte	10.599	3.129	899	3.824	114	7.757	1.976	1.046			
Ärzte, Apotheker	38.396	1.047	2.827	302	61	6.903	—	—			
Künstler und zugordnete Berufe	12.110	124	466	581	406	28.538	2.835	366			
Übrige Gesundheitsdienstberufe	18.891	1.912	50	74	26	8.868	1.919	426			
Körperpfleger	68.147	20.140	1.099	813	140	3.911	4.957	3.678			
Gästebedienst.	13.666	—	12.389	7.751	1.683	21.805	22.516	5.614			
Hauswirtschaftliche Berufe	77.561	662	—	—	104	3.836	9.134	5.563			
Reinigungskräfte	38.674	8.070	3.364	3.277	266	5.506	70.597	3.375			
Insgesamt	1.853.883	105.355	51.015	54.340	15.289	373.012	1.250.366	293.644			

Nach Angaben der Volkszählung 1987.

ihnen auf das Reisegewerbe entfallen, welches insbesondere in den siebziger Jahren zu den bevorzugten Tätigkeiten ausländischer Selbständiger gehörte.

Nach Angaben des Zentralverbandes der Deutschen Personenverkehrsunternehmer mit Pkw lag der Umsatz eines durchschnittlichen Ein-Mann-Taxibetriebes 1993 bei 62 800 DM, woraus sich ein monatliches Nettoeinkommen von 1 525 DM ergibt. Diese Zahlen werden jedoch von anderer Seite als zu niedrig angesehen<sup>4</sup>. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß ca. 30 vH der ausländischen Unternehmer in diesem Sektor über bezahlte Beschäftigte verfügen, dürfte der durchschnittliche Jahresumsatz 100 000 DM pro ausländischen Taxiunternehmer betragen. Insgesamt würde auf die hier tätigen 4 000 Ausländer ein Jahresumsatz von 0,4 Mrd. DM entfallen.

Für die ausländischen Selbständigen im Reisevermittlungsgewerbe sowie für die restlichen 2 000 nicht näher zuzuordnenden Unternehmer wird ein durchschnittlicher Jahresumsatz von 300 000 DM unterstellt. Dabei ist der überdurchschnittliche Umsatz der Reisebüros berücksichtigt. Gleichzeitig gaben zwei Drittel der Dienstleistungskaufleute an, keine bezahlten Mitarbeiter zu beschäftigen. Der durchschnittliche Jahresumsatz, den Einzelunternehmen laut Umsatzsteuerstatistik in diesem Wirtschaftszweig erwirtschaften, wurde entsprechend nach unten korrigiert.

Das Umsatzvolumen der 10 000 ausländischen Unternehmer im Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung beläuft sich demnach zusammen auf etwa 2 Mrd. DM.

#### 1.1.4. Produzierendes Gewerbe

Im Produzierenden Gewerbe waren 1992 45 000 ausländische Selbständige tätig. Zu diesem Wirtschaftszweig gehören der Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, der für ausländische Selbständige nahezu keine Bedeutung hat, das Verarbeitende Gewerbe mit 32 000 ausländischen Unternehmern sowie das Baugewerbe, auf das etwa 12 000 selbständige Ausländer entfallen.

Ein Großteil dieser Selbständigen ist in Berufen tätig, die zum Handwerk bzw. zum handwerksähnlichen Gewerbe zählen<sup>5</sup>. Wenn auch nicht alle ausländischen Selbständigen im Handwerk dem Produzierenden Gewerbe zuzurechnen sind – beispielsweise die Speiseeishersteller, die eine Eisdielen betreiben und damit zum Gastgewerbe zählen –, so trifft dieses doch für die meisten der geschätzten 25 000 ausländischen Unternehmer im Handwerk zu. Weitergehende Angaben sind aufgrund der Datenlage allerdings nicht möglich, lediglich die Volkszählung 1987 kann einige Tendenzen aufzeigen: Danach waren 16 345 Ausländer in Fertigungsberufen selbständig tätig; etwas mehr als die Hälfte von ihnen beschäftigte Mitarbeiter gegen Entgelt (vgl. Tabelle 16).

4 Vgl. T. Fischermann, Taxen stecken immer häufiger im Preis-Stau. „Süddeutsche Zeitung“, München, Ausgabe vom 4. Januar 1994, S. 20.

5 Vgl. Abschnitt 3.3.2. im ersten Kapitel.

Tabelle 17

<b>Umsätze der ausländischen Selbständigen nach Wirtschaftsabteilungen</b>		
1992		
	Ausländische Selbständige	Umsatz
	in 1 000	in Mrd. DM
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7	2,1
Produzierendes Gewerbe	45	18,0
Einzelhandel	31	12,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	9	2,0
Dienstleistungen <sup>1</sup>	100	30,0
Übrige	16	5,4
Insgesamt	208	70,0

Eigene Berechnungen nach amtlichen Angaben. – <sup>1</sup>Soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht.



Für die Umsatzschätzung der selbständigen Ausländer im Produzierenden Gewerbe wird mangels anderweitiger Informationen eine Hochrechnung der Handwerksdaten herangezogen. Im Durchschnitt wurde dort ein Jahresumsatz von 400 000 DM angesetzt; damit beläuft sich der Umsatz auf etwa 18 Mrd. DM.

### 1.1.5. Umsätze insgesamt

Die ausländischen Selbständigen erwirtschafteten 1992 einen Umsatz von zusammen etwa 70 Mrd. DM (vgl. Tabelle 17)<sup>6</sup>; dies macht gut 1 vH des Gesamtumsatzes aus. In bezug auf Einzelunternehmen beträgt der Anteil der ausländischen Selbständigen 9,4 vH – bei einem Anteil an allen steuerpflichtigen Einzelunternehmern von 13,5 vH<sup>7</sup>. Die vergleichsweise geringe Höhe des Umsatzes ist Folge der Tatsache, daß ein nicht unerheblicher Teil der ausländischen Kleinunternehmer in eher umsatzschwachen Branchen (z.B. Änderungsschneidereien, „Tante-Emma-Läden“) tätig ist.

Das Zentrum für Türkeistudien veranschlagt die Umsätze der 30 000 bis 35 000 türkischen Selbständigen – knapp ein Siebtel aller ausländischen Selbständigen in der Bundesrepublik – auf 25 Mrd. DM; dies entspräche mehr als einem Drittel des Gesamtumsatzes. Rein rechnerisch ergäbe sich somit pro (türkischen) Betrieb ein Jahresumsatz von etwa 750 000 DM, während der durchschnittliche Umsatz der Einzelunternehmer insgesamt laut Umsatzsteuerstatistik bei nur etwa 485 000 DM (1990) liegt. Berücksichtigt man zusätzlich, daß gerade bei den türkischen Selbständigen eine gewisse Präferenz für eher umsatzschwache Branchen festzustellen ist, so dürften die genannten 25 Mrd. DM wesentlich überschätzt sein. Ein auf türkische

- 
- 6 Insgesamt 16 000 selbständige Ausländer wurden in den partiellen Schätzungen nicht berücksichtigt; diese entfallen u.a. auf den Großhandel oder auf sonstige Wirtschaftsbereiche. Für diese wird der durchschnittliche Umsatz von 340 000 DM pro Selbständigen angesetzt.
  - 7 Ein Selbständiger kann durchaus in anderen Rechtsformen, insbesondere in einer OHG oder KG, tätig sein. Einzelunternehmen dürfen jedoch vorherrschen.

Gewerbetreibende entfallender Jahresumsatz von etwa 9 Mrd. DM dürfte der Realität wesentlich näher kommen.

## 1.2. Investitionen

Für die Gründung und den Betrieb eines Unternehmens sind in der Regel beachtliche Investitionen zu tätigen. Diese spielen insofern eine wichtige Rolle, als durch eine Nettoinvestition über den Kapazitätseffekt ein Wachstumsimpuls ausgelöst wird. Daneben ist der Einkommenseffekt zu berücksichtigen: Als Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage erhöht eine Investition das Einkommen; wird durch die Einkommenserhöhung zusätzliche Konsumnachfrage induziert, können die Einkommensänderungen ein Mehrfaches der ursprünglichen Investitionssumme betragen (Multiplikator).

Das Investitionsvolumen der 208 000 ausländischen Selbständigen beläuft sich auf schätzungsweise 2 Mrd. DM (1992); auf jeden Betrieb entfällt somit eine durchschnittliche Investitionssumme von knapp 10 000 DM. Diese Schätzung basiert auf verschiedenen Informationen und Annahmen: So kommen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes z.B. auf 1 000 DM Umsatz im Einzelhandel etwa 15 DM Investitionen; mithin dürften von den 31 000 ausländischen Einzelhändlern, deren Jahresumsatz mit etwa 12,5 Mrd. DM veranschlagt wurde, Investitionen in Höhe von knapp 200 Mill. DM pro Jahr vorgenommen werden<sup>8</sup>. Im Gastgewerbe werden im Durchschnitt 40 DM je 1 000 DM Umsatz investiert<sup>9</sup>; damit entfällt auf die von Ausländern geführten Gaststätten eine jährliche Investitionssumme von etwa 715 Mill. DM, was gut 20 vH der 1992 auf den Bereich Gastgewerbe und Heime entfallenden Anlageinvestitionen entspricht.

Die Investitionen sind bei vielen der von Ausländern geführten Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe als äußerst gering zu veranschlagen – die Flickschneidereien seien hier als Beispiel genannt. Das verfügbare Kapital ist bei Existenzgründungen oftmals der limitierende Faktor; daraus erklärt sich u.a. die Präferenz der ausländischen Selbständigen für eine Geschäftsaufnahme in weniger kapitalintensiven Bereichen. Ähnliche Überlegungen gelten auch für die anderen Branchen; an dieser Stelle seien abschließend die für die etwa 4 000 im Taxigewerbe tätigen selbständigen Ausländer erwähnt: Ein Großteil von ihnen wirtschaftet als Ein-Mann-Betrieb, entsprechend dürfte in den meisten Fällen nur ein gewerblich genutztes Fahrzeug, das Investitionen von etwa 40 000 bis 50 000 DM erfordert, vorhanden sein. Kauft je Jahr etwa ein Sechstel der Taxiunternehmer ein neues Fahrzeug, entspricht dies einer Investitionssumme von etwa 30 Mill. DM.

- 
- 8 Das Zentrum für Türkeistudien hat eine modellhafte Investitionsplanung für einen Supermarkt veröffentlicht, in dem der langfristige Bedarf an Sachkapital mit 150 000 DM veranschlagt wird. Vgl. Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) [I], S. 109. Wenn man berücksichtigt, daß die unterstellte Geschäftgröße für einen „typischen“ ausländischen Einzelhändler eher die Obergrenze darstellen dürfte, so steht diese Rechnung durchaus im Einklang mit der obigen Schätzung.
  - 9 Alle Angaben gesamtwirtschaftlicher Größen sind mangels detaillierter Daten mit erheblichen Schätzrisiken verbunden. Beispielsweise wurde hier die Investitionen für den Einzelhandel zugrundegelegt, in deren Berechnung z.B. auch die (vermutlich) erheblich höheren Investitionsquoten großer Warenhäuser eingehen.

Die Investitionen der ausländischen Selbständigen erscheinen mit 2 Mrd. DM im Vergleich zur Gesamtsumme der 1992 von Unternehmen im früheren Bundesgebiet getätigten Anlageinvestitionen (533 Mrd. DM) als sehr gering. Der größte Anteil der Investitionen entfällt auf die Industrie und darunter auf Kapitalgesellschaften. Bei Berücksichtigung der sektoralen Struktur der ausländischen Unternehmer erscheint die Schätzung plausibel. Die Investitionen machen einen Anteil von knapp 3 vH der erwirtschafteten Bruttoumsätze aus – eine für Einzelunternehmen durchaus nicht ungewöhnliche Quote. Das Gros der Investitionen dürfte aufgrund der Branchenstruktur vorwiegend auf die Erhöhung der Selbständigenzahl und der damit verbundenen notwendigen Gründungsinvestitionen und weniger auf Rationalisierungs- bzw. Erweiterungsinvestitionen zurückzuführen sein. Aufgrund der relativ geringen Höhe sind die ausgelösten gesamtwirtschaftlichen Wachstumsimpulse vernachlässigbar.

### 1.3. Brutto- und Nettowertschöpfung

Die Schätzung der Brutto- und Nettowertschöpfung (vgl. Tabelle 18) basiert auf den Umsatzschätzungen; der Jahresumsatz (ohne Umsatzsteuer) wird dabei mit dem Produktionswert im Sinne der VGR gleichgesetzt. Den wesentlichen Unterschied zwischen diesen beiden Größen bilden die Bestandsveränderungen; diese spielen in den Sektoren, in denen die ausländischen Gewerbetreibenden hauptsächlich tätig sind, nur eine untergeordnete Rolle. Die Vorleistungen werden mit 37 Mrd. DM angesetzt, so daß sich eine Bruttowertschöpfung von 29 Mrd. DM ergibt. Für alle Unternehmen zusammen liegt der Anteil der Vorleistungen am Produktionswert bei gut 62 vH; bei Betrieben der ausländischen Selbständigen wird aufgrund der sektoralen Gliederung von einem Anteil von knapp 57 vH ausgegangen. Die Abschreibungen werden mit 1 Mrd. DM berücksichtigt. Um auf die Nettowertschöpfung zu kommen, sind zusätzlich die Produktionssteuern abzüglich der erhaltenen Subventionen zu berücksichtigen, die in der Summe allenfalls 1 Mrd. DM betragen dürften.

Tabelle 18

Produktionswert und Wertschöpfung bei ausländischen Selbständigen		
	1992; in Mrd. DM	
/.	Produktionswert	66,0
/.	Vorleistungen	37,0
=	Bruttowertschöpfung	29,0
/.	Abschreibungen	1,0
/.	Produktionssteuern abzüglich Subventionen	1,0
=	Nettowertschöpfung	27,0
	entstandene Einkommen	
	– aus unselbständiger Arbeit	18,5
	– aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,5
Eigene Berechnungen.		RWI Bonn

Tabelle 19

<b>Durchschnittliche Bruttoeinkommen der ausländischen und deutschen Erwerbstätigen</b>						
1984 bis 1992; in DM pro Monat						
	<b>Ausländer</b>			<b>Deutsche</b>		
	1984	1989	1992	1984	1989	1992
<b>Stellung im Beruf</b>						
Ungelernte Arbeiter	2 111	2 237	2 512	1 427	1 394	1 501
Angelernte Arbeiter	2 303	2 721	3 056	2 140	2 526	2 724
Facharbeiter und Meister	2 793	3 074	3 672	2 850	3 189	3 690
Angestellte	3 296	3 624	4 139	2 909	3 406	3 890
Selbständige	3 240	3 600	3 089	2 775	3 795	4 136
Insgesamt	2 592	2 962	3 416	2 771	3 273	3 752
<b>Sektor</b>						
Industrie	2 455	2 993	3 545	3 090	3 597	4 231
Baugewerbe	3 092	3 063	3 805	2 977	3 503	4 148
Distributiver Sektor	2 754	2 601	3 120	2 420	2 793	3 197
Sonst. tertiärer Sektor	2 836	3 016	3 532	2 938	3 442	3 827
Insgesamt	2 637	2 980	3 530	2 905	3 397	3 837

Eigene Berechnungen nach Angaben des SOEP, erste, sechste und neunte Welle.



Die von den ausländischen Gewerbetreibenden 1992 erwirtschaftete Nettowertschöpfung beläuft sich somit auf ca. 27 Mrd. DM; dies entspricht knapp 1,3 vH der gesamten 1992 im früheren Bundesgebiet erwirtschafteten Nettowertschöpfung. Jeder Betrieb ist mit (durchschnittlich) 130 000 DM an der Entstehung des Volkseinkommens beteiligt. Das erwirtschaftete Einkommen verteilt sich dabei zu etwa 18,5 Mrd. DM auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit, 8,5 Mrd. DM entfallen auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Daraus ergibt sich ein durchschnittlicher monatlicher Bruttoverdienst der Selbständigen von etwa 3 400 DM. Stellt man auf die im Mikrozensus ermittelte Zahl ausländischer Selbständiger in Höhe von 228 000, die 20 000 mithelfende Familienangehörigen einschließt, ab, so erhält man pro Person ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von gut 3 100 DM. Zu einer vergleichbaren Einkommenshöhe für die ausländischen Selbständigen einschließlich der bei ihnen beschäftigten mithelfenden Familienangehörigen gelangt das SOEP; dort ergab sich ein monatlicher Bruttoverdienst im Jahr 1992 von 3 089 DM (vgl. Tabelle 19).

Für die Konsistenz dieser Schätzung spricht auch eine Überschlagsrechnung unter Verwendung der vom Statistischen Bundesamt für die Bereiche Handel und Gaststättengewerbe veröffentlichten Rohertragsquoten, die als Anteil des Rohertrags (Differenz zwischen Bruttoumsatz inkl. Umsatzsteuer und Wareneinsatz) am Umsatz definiert sind. Für den Einzelhandel lag dieser Anteil 1990 bei 34 vH, so daß sich bei

einem Gesamtumsatz in diesem Sektor von 12,5 Mrd. DM ein Rohertrag der ausländischen Einzelhändler von etwa 4,3 Mrd. DM ergibt. Im Gastgewerbe ist die entsprechende Quote 66 vH, so daß sich für die ausländischen Gastronomen der Rohertrag auf knapp 12 Mrd. DM beläuft. Wenn man für die anderen Wirtschaftsbereiche unterstellt, daß etwa die Hälfte des Umsatzes auf den Rohertrag entfällt, so dürfte dieser für die 208 000 ausländischen Selbständigen bei insgesamt knapp 36 Mrd. DM liegen. Um vom Rohertrag auf die Bruttowertschöpfung zu gelangen, sind die neben den Warenlieferungen die sonst bezogenen Vorleistungen wie Energie u.ä. (3 Mrd. DM) zu subtrahieren; darüber hinaus ist die Umsatzsteuer (ebenfalls etwa 3 Mrd. DM) abzuziehen, so daß die genannte Höhe der Bruttowertschöpfung (29 Mrd. DM) als durchaus plausibel erscheint.

## 2. Beschäftigte bei ausländischen Selbständigen

Die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der ausländischen Selbständigen erschöpft sich nicht allein darin, daß sie für sich selbst Arbeitsplätze geschaffen haben; es ist auch zu fragen, inwieweit sie für ihre Familienangehörigen und für andere Personengruppen Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen und sich als Ausbilder für ausländische und deutsche Jugendliche engagieren.

### 2.1. Ausländische Selbständige als Arbeitgeber

Amtliche Zahlen oder repräsentative Umfragen zur arbeitsmarktpolitischen Bedeutung ausländischer Selbständiger liegen nicht vor; es kann daher nur eine Abschätzung der Beschäftigungseffekte erfolgen, die hier mittels einer Gegenüberstellung der sektoralen bzw. beruflichen Gliederung dieser Betriebe mit den entsprechenden Merkmalen westdeutscher Betriebe insgesamt vorgenommen wird. Den folgenden Berechnungen liegen Ergebnisse der Volkszählung 1987, insbesondere der Arbeitsstättenzählung, und der Mikrozensus vom April 1986 sowie vom Mai 1992, zugrunde:

- Die Arbeitsstättenzählung enthält Angaben über Unternehmen und Beschäftigte nach Rechtsformen, Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen; die Grundgesamtheit der Selbständigen in Westdeutschland wurde als Summe der tätigen Inhaber in Personengesellschaften mit einem oder mehreren Inhabern ermittelt. Die tätigen Inhaber von Kapitalgesellschaften werden in der Abgrenzung VGR als abhängig Beschäftigte geführt und hier daher – wie erwähnt – ausgeklammert. Die so berechnete Zahl von rund 1,9 Mill. Selbständigen unterscheidet sich von der für 1987 in der VGR ausgewiesenen Selbständigenzahl (2,3 Mill.) im wesentlichen dadurch, daß in der Land- und Forstwirtschaft nur die Betriebe erfaßt werden, die bei der Besteuerung als Gewerbebetrieb gelten<sup>10</sup>.
  - Die Arbeitsstättenzählung enthält darüber hinaus Angaben über die Zahl der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen in den einzelnen Wirtschafts-
- 
- 10 Zu den methodischen Unterschieden vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [III], Unternehmen und Beschäftigte nach Rechtsformen. (Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten, Heft 8.) Stuttgart 1990, S. 6ff.

zweigen; hier wurde unterstellt, daß diese knapp 500 000 Personen umfassende Gruppe ausschließlich in Personengesellschaften von Bedeutung ist bzw. daß mitarbeitende Familienangehörige von Inhabern von Kapitalgesellschaften als bezahlte abhängig Beschäftigte erfaßt werden.

- Die Zahl der abhängig Beschäftigten in den Betrieben Selbständiger (4,5 Mill.) ergibt sich dann rechnerisch als Differenz aus den hier Erwerbstätigen einerseits (6,9 Mill.) und den Selbständigen bzw. mithelfenden Familienangehörigen andererseits.
- Die Zahl der ausländischen Selbständigen in Westdeutschland ist – untergliedert nach Wirtschaftszweigen – den Mikrozensen entnommen worden. Mangels anderer Informationen wurde für die Berechnung der hier Beschäftigten angenommen, daß ausländische Selbständige in ähnlichem Ausmaß Arbeitsplätze bereitstellen wie westdeutsche: 100 Selbständige bieten durchschnittlich 235 Arbeitsplätze für abhängig Beschäftigte, unentgeltlich arbeiten 25 Familienangehörige in diesen Betrieben mit.
- Mögliche Differenzen in den Beschäftigungseffekten deutscher und ausländischer Selbständiger wurden mit Hilfe der Angaben aus der Volkszählung zu Selbständigen mit und ohne bezahlten Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen bzw. Berufsgruppen und den Ergebnissen aus Fallstudien und Umfragen in einzelnen Sektoren berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Schätzung sind in Tabelle 20 zusammengefaßt. Demnach haben die 208 000 selbständigen Ausländer im Jahr 1992 insgesamt rund 700 000 Arbeitsplätze bzw. 3,3 je Betrieb bereitgestellt<sup>11</sup>; das entspricht rund 10 vH aller von Selbständigen geschaffenen Arbeitsplätze und etwa 2,4 vH aller Erwerbstätigen in Westdeutschland. Von diesen Arbeitsplätzen wurden 62 000 durch mithelfende Familienangehörige und 435 000 durch bezahlte Arbeitskräfte besetzt. Offen bleiben muß hier, inwieweit diese Arbeitsplätze von ausländischen oder deutschen Arbeitnehmern eingenommen wurden<sup>12</sup>; festzuhalten ist aber, daß die von ausländischen Selbständigen realisierte Arbeitsnachfrage rechnerisch etwa einem Viertel des von Ausländern in Westdeutschland offerierten Arbeitsangebots (2,2 Mill.) entspricht. Die Beschäftigungsintensität, gemessen als bezahlte abhängig Beschäftigte je 100 Selbständige, weicht bei ausländischen Selbständigen (209) und Selbständigen insgesamt (234) in Westdeutschland nur geringfügig voneinander ab; die ausgewiesene Relation entspricht etwa den Ergebnissen der Volkszählung: Dabei gaben 54 vH der Selbständigen in Westdeutsch-

---

11 Eine Umfrage unter 63 ausländischen Betrieben in Gelsenkirchen kam zu vergleichbaren Relationen: Danach beschäftigten die Betriebe insgesamt 203 Personen. Vgl. dazu H. Korte und K. Calisgan, S. 32. Diese Relation wird auch für die türkischen Unternehmen in Westdeutschland von A. Goldberg und F. Sen, S. 163ff., ausgewiesen.

12 Eine Untersuchung über türkische Betriebe in Berlin kam zu dem Ergebnis, daß etwa die Hälfte der offiziell Beschäftigten Familienangehörige sind; die sonstigen Angestellten wurden durchweg durch die Empfehlung von Verwandten und Bekannten vermittelt, so daß Deutsche hier kaum beschäftigt waren. Vgl. dazu J. Blaschke und A. Ersöz [II], S. 63. Dagegen kam eine Umfrage unter den ausländischen Selbständigen in Nordrhein-Westfalen zu dem Schluß, daß – vor allem in den Bereichen Marketing, Kundenberatung und Verwaltung – (auch) deutsches Personal beschäftigt ist. Vgl. dazu A. Goldberg und F. Sen, S. 171.

Tabelle 20

<b>Arbeitsmarktpolitische Bedeutung ausländischer Selbständiger in Westdeutschland</b>					
	1992; in 1 000				
	Selbständige	Mithelfende Familienangehörige	Abhängig Beschäftigte	Erwerbstätige	Abhängig Beschäftigte je 100 Selbständige
Land- und Forstwirtschaft	7	3	15	25	218
Produzierendes Gewerbe	45	10	143	198	322
Handel	43	11	75	129	174
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	10	2	12	24	126
Sonstige Dienstleistungen	104	35	190	329	183
Gastgewerbe	55	27	100	182	182
Wäscherei, Körperpflege	3	1	6	10	177
Gebäudereinigung, Abfallbe seitigung	1	0,2	4	5	384
Bildung, Wissenschaft, Kultur	16	4	18	38	113
Gesundheits-, Veterinärwesen	9	1	29	39	327
Dienstleistungen für Unternehmen	16	2	29	47	188
Insgesamt	208	62	435	705	209
nachrichtlich:					
Selbständige insgesamt	1 925	475	4 500	6 900	234

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.



land und 49 vH der ausländischen Selbständigen an, bezahlte Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Im primären Sektor beschäftigten die 7 000 ausländischen Selbständigen 1992 insgesamt 15 000 abhängige Arbeitskräfte; die Beschäftigungsintensität (218) entsprach dabei der entsprechenden Relation der westdeutschen Selbständigen insgesamt. Dagegen dürfte sich im Produzierenden Gewerbe der sehr hohe Anteil von ausländischen Selbständigen im vergleichsweise weniger beschäftigungsintensiven handwerksähnlichen Gewerbe (2,3 Erwerbstätige je Unternehmen) und der geringe Anteil im Vollhandwerk (8,3) bemerkbar machen<sup>13</sup>. Auch gab nur jeder zweite in Fertigungsberufen tätige ausländische Selbständige an, überhaupt bezahlte Arbeitskräfte zu beschäftigen, während dies für 70 vH aller Selbständigen im Produzierenden Gewerbe galt. Dementsprechend unterschreitet die Beschäftigungsintensität das allgemeine Niveau in der westdeutschen Industrie um knapp ein Fünftel und entspricht die Zahl

13 Eigene Berechnungen nach Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

von 143 000 abhängig Beschäftigten nur etwa einem Achtel aller im sekundären Sektor sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer.

Ein vergleichsweise großer Anteil der ausländischen Selbständigen ist – wie erwähnt – im Handel und hier vor allem im Bereich Einzelhandel tätig. Die Zahl der Beschäftigten ist im Handel im wesentlichen von der Geschäftsgröße abhängig. Da kaum jeder zweite ausländische Warenkaufmann in der Volkszählung angab, bezahlte Arbeitskräfte zu beschäftigen, dürften die ausländischen Händler im großen und ganzen in die Klassen „bis zu 100 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche“ (mit durchschnittlich 2,7 Beschäftigten pro Betrieb<sup>14</sup>) und „100 bis 199 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche“ (mit knapp 5 Beschäftigten pro Betrieb) fallen<sup>15</sup>. Dies dürfte auch für die selbständigen Händler insgesamt zutreffen; jedenfalls beschäftigten reichlich 80 vH aller Personenunternehmen im Handel zwischen 1 und 4 Personen. Dementsprechend kann die Zahl der von den ausländischen Händlern bereitgestellten bezahlten Arbeitsplätze mit der durchschnittlichen Beschäftigungsintensität (174) hochgerechnet werden; freilich dürfte entsprechend der Beschäftigtenstruktur im Handel insgesamt zumindest jeder vierte der bereitgestellten 75 000 Arbeitsplätze auf Teilzeitbeschäftigung entfallen.

Rund 10 000 ausländische Selbständige sind im Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung engagiert; dabei sind den Angaben der Volkszählung entsprechend das Taxigewerbe und die Reisevermittlung mit jeweils etwa 4 000 ausländischen Selbständigen die bevorzugten Tätigkeitsfelder. Etwa zwei Drittel dieser Unternehmen sind „Ein-Mann-Unternehmen“, die allenfalls mithelfende Familienangehörigen Arbeitsplätze bieten; unterstellt man für die verbleibenden 5 000 Verkehrsbetriebe die durchschnittliche Beschäftigungsintensität in diesem Wirtschaftszweig (228), so errechnet sich eine Zahl von etwa 12 000 bezahlten Arbeitskräften.

Am stärksten vertreten sind die ausländischen Selbständigen im Sonstigen Dienstleistungsbereich; traditioneller Schwerpunkt ist dabei das Gaststättengewerbe, in dem allein 55 000 selbständige Ausländer verzeichnet werden. Schon aufgrund des Anteils von etwa einem Viertel an allen Selbständigen in diesem Bereich erscheint die Annahme einer etwa äquivalenten Beschäftigungsintensität (182) plausibel; demnach dürften die ausländischen Gastwirte rund 100 000 bezahlte Arbeitskräfte und zusätzlich etwa 27 000 mithelfende Familienangehörige beschäftigen. Dagegen ist die Beschäftigungsintensität im Bereich Wäscherei, Körperpflege und andere persönliche Dienstleistungen relativ gering; dies gilt auch für den Bereich Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung und andere hygienische Einrichtungen, in dem rund 50 vH aller ausländischen Selbständigen ohne bezahlte Beschäftigte auskommen, aber nur ein Viertel aller westdeutschen Betriebe. In den übrigen Bereichen des Dienstleistungsgewerbes lassen die Angaben keine Rückschlüsse auf abweichende Beschäftigungsintensitäten zu; insgesamt errechnen sich im Sonstigen Dienstleistungsbereich 190 000

- 
- 14 Vgl. zu diesen Angaben H. Schrumpf [II], Zur Konzentrationsentwicklung im Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln. „RWI-Mitteilungen“, Jg. 39 (1988), S. 338ff.
- 15 Daß es sich bei den von Ausländern betriebenen Einzelhandelsgeschäften vornehmlich um kleinere Ladengeschäfte handelt, zeigen auch die Untersuchungen von W.-D. Bukow, Leben in der multikulturellen Gesellschaft – Die Entstehung kleiner Unternehmer und der Umgang mit ethnischen Minderheiten. Opladen 1993, S. 138, sowie D. Wiebe, S. 69ff.

von ausländischen Selbständigen geschaffene Arbeitsplätze; dies entspricht reichlich 10 vH aller in Personenunternehmen dieses Wirtschaftsbereichs abhängig Beschäftigten.

Insgesamt ist festzuhalten, daß sich die ausländischen Selbständigen aus der ökonomischen Nische, die sie anfänglich mit der Gründung von Einzelhandelsgeschäften besetzt hatten, heute weitgehend gelöst haben. Insbesondere sind dabei aus ehemaligen Arbeitsplatznachfragern bedeutende Anbieter von Arbeits- (und Ausbildungs-) Plätzen geworden, die mit der zunehmenden Ausrichtung auf die deutsche Kundenschaft und ihre Einbindung in die westdeutschen Liefernetze einen erheblichen Beitrag zur ökonomischen und sozialen Integration der ausländischen Bevölkerung in Westdeutschland leisten.

## 2.2. Ausländische Selbständige als Ausbilder

Die Ausbildungssituation ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik erscheint durchaus als problematisch; der Anteil ausländischer Auszubildender an der relevanten Altersgruppe ist nur halb so hoch wie bei den Deutschen<sup>16</sup>. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Ausländer an weiterführenden Schulen bzw. an Hochschulen unterproportional vertreten sind. Im Rahmen eines im Jahre 1986 begonnenen und u.a. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und der EG geförderten Modellvorhabens „Beratung und Weiterbildung ausländischer Kleinunternehmer und Betreuung ihrer Auszubildenden“<sup>17</sup> soll das Potential ausländischer Selbständiger genutzt werden, um eine Anpassung der Ausbildungssituation ausländischer an die deutscher Jugendlicher zu unterstützen.

Aus einer Untersuchung des Zentrums für Türkeistudien geht hervor, daß die Ausbildungsbereitschaft unter ausländischen Betrieben als recht hoch eingestuft werden kann; demnach waren knapp zwei Drittel der befragten Betriebsinhaber grundsätzlich bereit, Auszubildende zu beschäftigen; allerdings war dies nur in knapp 9 vH der Betriebe bereits tatsächlich der Fall<sup>18</sup>.

Hauptproblem der Betriebsinhaber ist dabei in den meisten Fällen die fehlende formale Voraussetzung zur Ausbildung von Jugendlichen. Neben der Eignung des Betriebes als Ausbildungsstätte muß der Ausbilder über die im Berufsbildungsgesetz und der Ausbilder-Eignungsverordnung festgelegten persönlichen und fachlichen Voraussetzungen verfügen; hierzu zählen u.a. eine dem Ausbildungsbereich entsprechende Betriebsstruktur, eine Abschlußprüfung des Ausbilders in der entsprechenden Fachrichtung sowie dessen erfolgreiche Teilnahme an einer Ausbildungseignungsprüfung.

Ziel des genannten Modellvorhabens war es, die ausländischen Kleinunternehmen als Ausbildungsstätten zuzulassen und die ausländischen Jugendlichen sowie die Ausbil-

16 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [III], Schul- und Berufsausbildung junger Ausländer. (Bearb.: W. Jeschek.), „DIW-Wochenbericht“, Jg. 60 (1993), S. 297.

17 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.) [I], Ausländische Selbständige bilden aus. Bonn 1992.

18 Vgl. Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) [I], S. 87f.

der während der Lehre zu unterstützen. Um die Zeit bis zur rechtlichen Eignung des Ausbilders zu überbrücken, wurden mit anderen Betrieben und Institutionen sog. Ausbildungsverbunde installiert, die es ermöglichten, daß die Beschäftigung von Auszubildenden sofort beginnen konnte. Die Maßnahmen des Projektes erstrecken sich z.B. auf rechtliche und betriebswirtschaftliche Beratungen der Betriebsinhaber, Informationen über Institutionen, Vermittlung zwischen Berufsschule, Eltern und Betrieb, Unterstützung der Auszubildenden in fachlicher und sozialer Hinsicht, Unterricht für die Ausbilder zur Vorbereitung auf die Ausbilder-Eignungsprüfung.

Insgesamt waren 52 ausländische Betriebe in das Modellvorhaben einbezogen, 87 Jugendliche haben im Rahmen des Projektes eine Berufsausbildung begonnen. Diese Zahlen sind in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht zwar von untergeordneter Bedeutung, jedoch sind die gemachten Erfahrungen bzw. die Analyse der Probleme zu beachten, die von verschiedenen Institutionen und Beratungsstellen genutzt werden können.

### **3. Finanzwirtschaftliche Implikationen und infrastrukturelle Aspekte der Selbständigkeit von Ausländern**

Zu unterscheiden sind im folgenden zunächst die (direkten) Steuern, die die ausländischen Selbständigen im Zuge der Realisierung von bei ihnen relevanten Steuertatbeständen, wie Einkommen aus selbständiger Arbeit und aus Gewerbebetrieb sowie Vermögen, bezahlen, von denjenigen (indirekten<sup>19</sup>) Steuern, die, wie die Mehrwertsteuer oder spezielle Verbrauchssteuern (Mineralöl-, Branntwein- oder Tabaksteuer), von ausländischen Selbständigen im Zuge ihrer Produktion gezahlt werden. Anschließend erfolgt eine Schätzung der Abgaben (Steuern und Sozialbeiträge), die für die bei den ausländischen Selbständigen angestellten Arbeitnehmer und deren Einkommen aus unselbständiger Arbeit abgeführt werden müssen. Unter diese Abzüge werden auch die Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen subsumiert; diese Beitragsteile sind ebenso wie die Arbeitnehmeranteile als Lohnbestandteile zu betrachten<sup>20</sup>.

Im Gegensatz zu den Arbeitgeberbeiträgen steht bei den angesprochenen Steuern jeweils die gesetzliche Zahllast im Vordergrund der Betrachtung (formale Inzidenz); wer die Steuern nach Abschluß aller Überwälzungsvorgänge schließlich tatsächlich trägt (effektive Inzidenz<sup>21</sup>), interessiert im vorliegenden Zusammenhang nicht. Tendenziell kann man unterstellen, daß die direkten Steuern von den Steuerpflichtigen selbst getragen werden, die indirekten von den Verbrauchern der angebotenen Waren und Dienste.

- 
- 19 Die Abgrenzung der direkten von den indirekten Steuern orientiert sich – mit Ausnahme der Gewerbesteuer, die im folgenden als direkte Steuer aufgefaßt wird – an den Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [IV], Konten und Standardtabellen, Hauptbericht 1991. (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3.) Stuttgart 1992, S. 55ff.
  - 20 Vgl. H.D. von Loeffelholz [II], Die personale Inzidenz des Sozialhaushalts. Eine theoretische und empirische Analyse. (Abhandlungen zu den Wirtschaftlichen Staatswissenschaften, Band 15.) Göttingen 1979, S. 41ff.
  - 21 Vgl. H.D. von Loeffelholz [II], S. 32ff., wo das Begriffspaar „gesetzliche“ und „tatsächliche“ Inzidenz verwendet wird.

Den Steuer- und Abgabenzahlungen der ausländischen Selbständigen und der bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer gegenübergestellt werden staatliche Aufwendungen in Gestalt monetärer Transfers und die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienste (Realtransfers); hier sind sog. gruppenspezifische Realtransfers im Bildungs-, Verkehrs-, Wohnungs- und Gesundheitsbereich von sog. dominant kollektiven Gütern zu unterscheiden<sup>22</sup>, von denen, wie von der Allgemeinen Verwaltung oder der Äußeren und Inneren Sicherheit, mehr oder weniger alle Einwohner profitieren.

### 3.1. Steuerzahlungen ausländischer Selbständiger

#### 3.1.1. Direkte Steuern

Die Analyse kann nicht nur aus Mangel an ausreichenden Daten, sondern auch wegen a priori vernachlässigbarer Größenordnungen nur eine eher pauschale Untersuchung etwa der Gewerbesteuer, der Vermögensteuer und der Grundsteuer (A und B) bieten; von deren jeweiliger Steuerpflicht können zwar ausländische ebenso wie deutsche Selbständige bei Erfüllung der entsprechenden steuerrechtlichen Tatbestände, wie unbeschränkte Steuerpflicht bei Steuerpflichtigen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland, erfaßt werden; zu dem Aufkommen, das im früheren Bundesgebiet 1993 insgesamt 56 Mrd. DM betrug, dürften indes die ausländischen Selbständigen nur mit relativ geringen Beträgen beitragen. Größere Relevanz kommt der Einkommensteuer zu; ihre Bedeutung wird weiter unten untersucht. Die verfügbaren Unterlagen beziehen sich zwar auf das Jahr 1986 (Einkommensteuerstatistik 1986<sup>23</sup>), die damaligen Strukturen können gleichwohl mit den üblichen Vorbehalten für Tendenzaussagen am aktuellen Rand verwendet werden.

##### 3.1.1.1. Gewerbe-, Vermögen- und Grundsteuer

Für die Gewerbesteuer, deren Aufkommen in Westdeutschland etwa 40 Mrd. DM beträgt (1993), gilt die relativ geringe Relevanz für die hier betrachtete Erwerbsgruppe vor allem deshalb, weil von dieser Abgabe nach den vorliegenden Informationen de facto nur größere Personen- und Kapitalgesellschaften im Sinne des Einkommen- bzw. des Gewerbesteuergesetzes erfaßt werden; Einzelunternehmen, wie sie die ausländischen Selbständigen in der Regel darstellen, werden in den seltensten Fällen zur Gewerbesteuer veranlagt. Sind diese in den sog. Katalogberufen als Freiberufler (Arzt, Rechtsanwalt, Notar, Ingenieur, Architekt, Steuerberater usw.) tätig, scheidet eine Veranlagung zur Gewerbesteuer von vornherein aus.

Die Vermögensteuer (Aufkommen reichlich 6 Mrd. DM 1993) entfällt (als betriebliche Vermögensteuer) zu schätzungsweise knapp der Hälfte auf nichtnatürliche Perso-

- 
- 22 Vgl. zur Begriffsbildung K.-D. Grüske, Die personale Budgetinzidenz. Eine Analyse für die Bundesrepublik. (Abhandlungen zu den Wirtschaftlichen Staatswissenschaften, Band 14.) Göttingen 1978, S. 141ff., und Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [I], Die Umverteilungswirkungen der Staatstätigkeit bei den wichtigsten Haushaltstypen. Dritter Untersuchungsteil: Eine empirische Analyse gruppenspezifischer Realtransfers. Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. (Bearb.: A. Obersteller.) Essen 1982, S. 6ff.
- 23 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [V], Einkommensteuer 1986. (Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 7.1.) Stuttgart 1991.

nen, d.h. auf Kapitalgesellschaften; die restlichen 3,2 Mrd. DM entfallen auf natürliche Personen<sup>24</sup>. Nur letztere interessieren im vorliegenden Zusammenhang, sofern sich unter ihnen ausländische Selbständige befinden. Inwieweit dies der Fall ist, kann aus Mangel an Daten nur sehr grob geschätzt werden. Orientiert man sich am aktuellen Anteil der ausländischen Selbständigen an allen Selbständigen in der alten Bundesrepublik in Höhe von etwa 7 vH und bezieht diesen Anteil auf den Teil des steuerpflichtigen Vermögens, das der Besteuerung unterworfen wird (knapp 60 vH<sup>25</sup>), erhält man ein Aufkommen von etwa 4 vH der genannten 3,2 Mrd. DM bzw. reichlich 100 Mill. DM, das pro Jahr von den ausländischen Selbständigen aufgebracht werden könnte. Vermutlich weicht indes das tatsächliche Aufkommen nach unten ab, weil die betrachtete Gruppe nur geringes steuerlich relevanten Vermögen besitzt, bei denen die vermögensteuerlichen Freibeträge wesentlich größere Bedeutung haben dürften als bei deutschen Selbständigen; in einer Vielzahl der Fälle dürfte dies letztlich zu keinen oder nur sehr geringen steuerpflichtigen Vermögen führen.

In bezug auf die Grundsteuer gelten entsprechende Überlegungen. Berücksichtigt man darüber hinaus, daß zum einen mit rd. 7000 nur sehr wenige ausländische Selbständige in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind – und insoweit potentiell der Grundsteuer A unterliegen – und zum anderen der Anteil der ausländischen Selbständigen mit grundsteuerlich relevantem Wohneigentum an allen ausländischen Selbständigen („Eigentumsquote“) nur knapp 25 vH (1992) beträgt, der vergleichbare Anteil bei den deutschen Selbständigen indes über 70 vH, kann man vermuten, daß ebenfalls nur geringe Aufkommensanteile an der Grundsteuer auf die ausländischen Selbständigen entfallen. Eine überschlägige Abschätzung muß in Rechnung stellen, daß der größte Teil der auf die privaten Eigentümerhaushalte entfallenden Grundsteuer, der mit rund 5 Mrd. DM p.a. bzw. der Hälfte des Gesamtaufkommens anzusetzen ist, zu 95 vH von Haushalten mit deutschem Vorstand aufgebracht wird; dies ergibt sich dadurch, daß die Eigentumsquote unter den 26,6 Mill. deutschen Privathaushalten in der alten Bundesrepublik etwa 45 vH beträgt (1991), aber lediglich 25 vH unter den 2 Mill. Haushalten mit einem ausländischen Haushaltvorstand. An den 250 Mill. DM Grundsteuer, die diesen Überlegungen zufolge jährlich auf alle ausländischen Eigentümerhaushalte entfallen, dürften die ausländischen Selbständigenhaushalte mit etwa einem Zehntel beteiligt sein.

### 3.1.1.2. Einkommensteuer

In einkommensteuerlicher Hinsicht beziehen die ausländischen Selbständigen in der Bundesrepublik bei nachhaltiger Gewinnerzielungsabsicht und bei einer Tätigkeit auf eigene Rechnung und Verantwortung (überwiegend) Einkünfte aus Gewerbebetrieb oder aus selbständiger Arbeit (§ 15 bzw. § 18 EStG), wobei im konkreten Fall zu entscheiden ist, welche Einkunftsart jeweils vorliegt. Einkünfte aus selbständiger

24 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [VI], Vermögensteuer. Hauptveranlagung 1989. (Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 7.4.) Stuttgart 1993, S. 22.

25 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [VI], S. 28; der Anteil des Vermögens von Selbständigen in der Bundesrepublik am steuerlich relevanten Gesamtvermögen wird für das Veranlagungsjahr 1989 mit 53 vH ausgewiesen.

Arbeit sind in der Regel dann anzunehmen, wenn es sich um Einkünfte aus freiberuflicher, d.h. aus wissenschaftlicher, künstlerischer, schriftstellerischer, unterrichtender oder erzieherischer Tätigkeit oder aus einer selbständigen Berufstätigkeit in den sog. Katalogberufen (Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Steuer- und Unternehmensberater usw.) handelt oder wenn Einkünfte aus sonstiger selbständiger Arbeit bezogen werden. Vorwiegend um letztere dürfte es sich bei den Einkommen der ausländischen Selbständigen in der Bundesrepublik mit den sektoralen Schwerpunkten Verarbeitendes Gewerbe, Einzelhandel, Gastgewerbe, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport sowie Dienstleistungen für Unternehmen handeln.

Bei der Abschätzung der bei ausländischen Selbständigen in der Bundesrepublik der Einkommensbesteuerung unterliegenden Einkünfte aus Gewerbetrieb bzw. aus selbständiger Arbeit ist zunächst aus Mangel an speziellen steuerstatistischen Daten die Frage zu beantworten, in welchem Ausmaß die genannte Gruppe mit ihren Einkommen aus Unternehmertätigkeit (und Vermögen) zum Volkseinkommen beiträgt. Die von den ausländischen Gewerbetreibenden insgesamt erwirtschaftete Nettowertschöpfung wurde auf ca. 27 Mrd. DM (1992) geschätzt, so daß jeder dieser Betriebe im Durchschnitt mit 130 000 DM an der Entstehung des Volkseinkommens beteiligt ist. Die Einkommen verteilen sich zu reichlich zwei Dritteln (18,5 Mrd. DM) auf Einkünfte aus unselbständiger Arbeit, das restliche knappe Drittel (8,5 Mrd. DM) stellt Einkommen aus Unternehmertätigkeit (und Vermögen) dar. Im Durchschnitt ergeben sich für die 208 000 ausländischen Selbständigen – ohne mithelfende Familienangehörige – monatliche Einkünfte in Höhe von etwa 3 400 DM. Bezieht man die 20 000 statistisch ausgewiesenen mithelfenden Familienangehörigen mit ein, so erhält man wie erwähnt einen Durchschnittswert von gut 3 100 DM.

Nimmt man mit Blick auf die genannten Einkommensgrößen an, daß im Durchschnitt ein jährlicher Gesamtbetrag der Einkünfte im Sinne des EStG bei den hier interessierenden Steuerpflichtigen in Höhe von 35 000 DM bis 40 000 DM vorliegt, werden nach den letztverfügbaren Strukturangaben der amtlichen Einkommensteuerstatistik 1986 davon etwa drei Viertel der Besteuerung unterworfen. Unterstellt man diesen Anteil bei den ausländischen Selbständigen auch für das Untersuchungsjahr 1992, bewegt sich das zu versteuernde Einkommen im Durchschnitt zwischen 25 000 DM und 29 000 DM. Die daraus resultierende Einkommensteuer beträgt pro Steuerpflichtigen zwischen 2 750 DM und reichlich 4 500 DM (bei Unterstellung des Durchschnittssteuersatzes der Einkommensteuerstatistik 1986). In den hier interessierenden Einkommensbereichen betragen die durchschnittlichen Steuersätze im Erhebungs- und Veranlagungsjahr 1986 zwischen 11 vH und 16 vH. Der zuerst genannten Quote bzw. der durchschnittlichen Steuer in Höhe von jährlich 2 750 DM entspricht ein Gesamtaufkommen an Einkommensteuer auf die Einkünfte bei den ausländischen Selbständigen in Höhe von 570 Mill. DM, der zuletzt genannten Quote bzw. dem Betrag von reichlich 4 500 DM ein Gesamtaufkommen von fast 1 Mrd. DM. Die skizzierten Größenordnungen dürften selbst unter Berücksichtigung des sog. Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer, wie er 1991 und 1992 mit 3,75 vH auf die jährliche Einkommensteuerschuld erhoben wurde, nicht wesentlich mehr als 1 vH der 1992 bei allen Steuerpflichtigen in den alten Bundesländern mit Einkünften überwiegend aus Gewerbetrieb und aus selbständiger Arbeit insgesamt veranlagten Einkommensteuer ausmachen. Damit bleibt das Aufkommen ebenso wie im Fall der Gewerbe-, Vermögen- und Grundsteuer

weit hinter dem zurück, das sich dann ergeben würde, wenn die ausländischen Selbständigen in Höhe ihres Anteil an allen Selbständigen, d.h. mit 6 vH bis 7 vH, zu den jeweiligen Steuern beitragen würden.

Die Gründe für diese starke Diskrepanz wurden schon angedeutet, in bezug auf die Einkommensteuer liegen sie auf der Hand: Die deutschen Selbständigen erwirtschaften als Gewerbetreibende mit vielfach mittleren und größeren Betrieben oder als Freiberufler in den sog. Katalogberufen nicht nur etwa in bezug auf die unselbständigen Beschäftigten, sondern gerade auch in bezug auf die ausländischen Selbständigen über alle Sektoren, Professionen und Einkunftsarten gesehen wesentlich höhere Einkommen. Aufgrund der progressiven Einkommensbesteuerung steigt die durchschnittliche Steuerbelastung dieser Einkommen etwa im Bereich von jährlich 100 000 DM bis 500 000 DM von 30 vH auf 40 vH bis 45 vH (Gesamtbetrag der Einkünfte) an, so daß diese Steuerpflichtigen mit einem Anteil von 7 vH an allen Steuerpflichtigen reichlich 40 vH des gesamten Aufkommens an Einkommensteuer leisten.

### 3.1.2. Indirekte Steuern

#### 3.1.2.1. Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist in Deutschland seit 1968 als Mehrwertsteuer mit Vorsteuerabzug ausgestaltet; ihr Aufkommen betrug (einschließlich Einfuhrumsatzsteuer) 1992 knapp 198 Mrd DM, davon in Westdeutschland 191 Mrd. DM und in den neuen Bundesländern 7 Mrd. DM. Welcher Anteil in der alten Bundesrepublik auf die umsatzsteuerpflichtige Produktion und Einfuhr von Waren und Diensten durch ausländische Selbständige entfällt, ist wiederum wegen fehlender steuerstatistischer Angaben nur mittels Schätzung auf der Basis ihres Beitrags zur volkswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung von 29 Mrd. DM (1992) festzustellen. Die Umsatzsteuer ist nach den Konventionen der VGR nicht in der BWS enthalten; beide Aggregate ergeben zusammen den Beitrag der ausländischen Selbständigen zum BIP.

Der Beitrag der ausländischen Gewerbetreibenden zur gesamtwirtschaftlichen BWS im früheren Bundesgebiet entspricht mit 29 Mrd. (1992) – bei einer Gesamtgröße in Höhe von 2,7 Bill. DM – reichlich 1 vH. Es erscheint durchaus plausibel anzunehmen, daß die ausländischen Selbständigen auch einen entsprechenden Anteil am Umsatzsteueraufkommen an den Fiskus abführen; dies bedeutet Steuerzahlungen in Höhe von 2 Mrd. DM (nach Vorsteuerabzug). In Relation zur BWS einschließlich Umsatzsteuer der ausländischen Selbständigen (31 Mrd. DM 1992) sind dies etwa 7 vH. Daß der genannte (durchschnittliche) Anteilswert wesentlich unter dem allgemeinen Durchschnittswert liegt, ist Folge davon, daß das BSP nur zu etwa der Hälfte überhaupt der Umsatzbesteuerung unterworfen ist<sup>26</sup>. Was auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene gilt,

26 Der Anteil beträgt 13 vH und resultiert aus der Struktur der umsatzsteuerpflichtigen Umsätze (85 vH zum 1992 gegebenen vollen Mehrwertsteuersatz von 14 vH und 15 vH der Umsätze zum halben Satz von 7 vH). Im BSP sind z.B. auch vorsteuerabzugsberechtigte, d.h. letztlich steuerfreie Bau- und Ausrüstungsinvestitionen und andere steuerfreie Umsätze wie Geschäftsvorfälle im Geld- und Kapitalverkehr, grunderwerb- und versicherungsteuerlich relevante Transaktionen, Vermietung und

dürfte in etwa auch in bezug auf die ausländischen Selbständigen in der Bundesrepublik zutreffen. Daraus folgt, daß die Schätzung der Umsatzsteuerzahlungen dieser Erwerbstätigen in Höhe von 2 Mrd. DM auch durch die skizzierten makroökonomischen Überlegungen gestützt wird.

### 3.1.2.2. Spezielle Verbrauchssteuern

Bezüglich der speziellen Verbrauchssteuern, wie Mineralölsteuer (Gesamtaufkommen 1992: 55,2 Mrd. DM), Tabaksteuer (19,3 Mrd. DM), Branntweinsteuer (5,5 Mrd. DM), Biersteuer (1,6 Mrd. DM), kann im vorliegenden Untersuchungszusammenhang von einer differenzierten Analyse abgesehen werden. Es gibt nämlich keine empirischen Hinweise darauf, daß die ausländischen Selbständigen in der Bundesrepublik überhaupt als Produzenten der besteuerten Waren tätig sind; dies läßt jedenfalls die sektorale Verteilung der betrachteten Gruppe mit den Schwerpunkten Verarbeitendes Gewerbe, Handel und – vor allem – Sonstige Dienstleistungen nicht erwarten. Dies schließt freilich nicht aus, daß in Einzelfällen Steuerpflicht besteht.

In bezug auf die übrigen fiskalisch besonders wichtigen Steuern, wie die Kfz-Steuer (Gesamtaufkommen 1992: 13,3 Mrd. DM) oder die Versicherungssteuer (8,1 Mrd. DM), spricht nichts dagegen, die jeweiligen Beiträge der ausländischen Selbständigen wie im Falle der Mehrwertsteuer mit etwa 1 vH des jeweiligen Aufkommens, d.h. mit 200 Mill. DM, anzusetzen.

Zusammen mit den vorstehend erwähnten Beträgen an indirekten Steuern erreichen somit die Zahlungen dieser Erwerbstätigen an den Fiskus 2,5 Mrd. DM pro Jahr. Addiert man dazu noch die direkten Steuern (in erster Linie die Einkommensteuer), resultiert daraus ein Beitrag der ausländischen Selbständigen zum Gesamtsteueraufkommen in der Bundesrepublik von 3,5 Mrd. DM (1992); bei einem Gesamtaufkommen von 732 Mrd. DM entspricht dies 0,5 vH. Bei den genannten Beträgen handelt es sich – dies sei noch einmal unterstrichen – um die Zahlungen der ausländischen Selbständigen als Steuerschuldner im Sinne der formalen Inzidenz. Während die direkten Steuern, insbesondere die Einkommensteuer, auch tatsächlich das Einkommen der ausländischen Gewerbetreibenden schmälern dürften, ist anzunehmen, daß die indirekten Steuern, in erster Linie die Mehrwertsteuer, im Wege der Überwälzung über die Preise der verkauften Güter und Dienste letztendlich von anderen Teilnehmern am Wirtschaftsprozeß in Gestalt geringeren (Real-)Einkommens getragen werden müssen. Daran schließt sich die Frage an, inwieweit die ausländischen Selbständigen bzw. die entsprechenden Haushalte als Nachfrager und Konsumenten selbst Betroffene des gesamtwirtschaftlichen Überwälzungsprozesses bei indirekten Steuern sind. Darauf kann es wiederum nur eine recht pauschale Antwort bzw. quantitative Abschätzung geben: Die interessierende Gruppe dürfte tatsächlich mit höheren indirekten als direkten Steuern belastet sein, weil bei letzteren u.a. die individuelle steuerliche Leistungsfähigkeit oder auch diverse Steuervergünstigungen bzw. -freibe-

---

Verpachtung sowie bestimmte Leistungen des Gesundheits- und Sozialwesens enthalten. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [VII], Umsatzsteuer 1990. (Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 8.) Stuttgart 1992, S. 27.

träge eine größere Rolle spielen. Wollte man trotz erheblicher Schätzrisiken eine Größenordnung der von den ausländischen Selbständigenhaushalten getragenen indirekten Steuern nennen, sollte man sie nicht höher als zusammen etwa 1,5 Mrd. DM veranschlagen.

### **3.2. Bezug monetärer und Beanspruchung realer staatlicher Leistungen durch ausländische Selbständige**

Die ausländischen Selbständigen leisten nicht nur Finanzierungsbeiträge zu den auch von ihnen bezogenen monetären Transfers, wie Kindergeld, Wohngeld oder Sozialhilfe, sondern beteiligen sich auch an der Finanzierung der von ihnen in Anspruch genommenen Infrastruktureinrichtungen im Wohnungs-, Ausbildungs-, Verkehrs- und Gesundheitsbereich (gruppenspezifische Realtransfers). Sie entlasten darüber hinaus tendenziell die übrigen Steuerzahler von solchen staatlichen Kosten (dominant kollektive Realtransfers), die, wie die Aufwendungen für die Allgemeine Verwaltung, Verteidigung, Auswärtige Angelegenheiten, den staatlichen Schuldendienst oder die deutsche Einigung, von ihrem Zuzug und Aufenthalt weitgehend unabhängig sind. Solche Aufwendungen können mit reichlich einem Drittel aller Staatsausgaben angesetzt werden.

Es wird hier darauf verzichtet, die einzelnen Ausgabenkategorien von den Geldleistungen über die gruppenspezifischen Realtransfers bis hin zu den allgemeinen Staatsleistungen im Hinblick auf die Anteile der betrachteten Erwerbsgruppe zu quantifizieren – dies um so mehr, als keine empirischen Hinweise darauf vorliegen, daß die Ausländer in der Bundesrepublik im allgemeinen und die ausländischen Selbständigen im besonderen das jeweilige Leistungsangebot des Staates stärker in Anspruch nehmen als vergleichbare deutsche Gruppen. Gerade in bezug auf die Geldleistungen und die gruppenspezifischen Realtransfers ist eher das Gegenteil zu vermuten; persönliche und sozioökonomische Bedingungen einer potentiellen Inanspruchnahme sowie die geringere Vertrautheit, ja vielfach die Unkenntnis bezüglich der gesetzlichen und verwaltungsrechtlichen Anspruchsgrundlagen oder administrative Barrieren und subjektiv begründete Hemmnisse dürften zu erheblicher Zurückhaltung führen. Gleichwohl könnte beispielsweise das an die ausländischen Selbständigen p.a. gezahlte Kindergeld etwa 0,5 Mrd. DM erreichen, wenn man davon ausgeht, daß pro Haushalt von ausländischen Selbständigen zwei kindergeldberechtigte Kinder vorhanden sind. Demgegenüber erscheinen z.B. die Transfers nach dem Wohngeldgesetz (Miet- und Lastenzuschuß) vernachlässigbar, weil sich unter den 1,8 Mill. Transferempfängern (1990) mit 16 500 weniger als 1 vH (deutsche und ausländische) Selbständige befinden und an diese zusammen nur reichlich 30 Mill. DM fließen<sup>27</sup>. Selbst wenn die ausländischen Selbständigen daran mit einem Fünftel und damit dreimal so stark beteiligt wären, wie es ihrem Anteil an allen Selbständigen entspricht, überschritte dies kaum 10 Mill. DM. Ähnlich geringe Beträge wären bei weiteren staatlichen Geldleistungen, z.B. Erziehungsgeld, zur Vermögensbildung, im Rahmen der Sozialhilfe oder nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG), anzusetzen. Zusammengenom-

27 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [VIII], Wohngeld 1990. (Fachserie 13: Sozialleistungen, Reihe 4.) Stuttgart 1991, S. 14.

men könnten die genannten staatlichen Geldleistungen an die ausländischen Selbständigen im Jahr etwa 500 bis 600 Mill. DM erreichen. Zieht man diese von den insgesamt gezahlten Steuern ab, kann der „Überschuß“ von knapp 2 Mrd. DM zur Finanzierung der gruppenspezifischen und der dominant kollektiven Realtransfers verwendet werden.

### **3.3. Fiskalische Gesichtspunkte der Beschäftigung von Arbeitnehmern durch ausländische Selbständige**

#### **3.3.1. Steuern und Beiträge**

Ausländische Selbständige beschäftigen nach den oben vorgestellten Schätzungen ca. 435 000 Arbeitnehmer (1992), darunter schätzungsweise 80 bis 90 vH Ausländer<sup>28</sup>. Dies ist nicht nur unter arbeitsmarktpolitischen, sondern auch unter fiskalischen Aspekten von beachtlicher Relevanz. Die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen betreffen Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssalden der staatlichen Haushalte. Es gilt für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden, die einerseits laufende Transfers, wie Kindergeld, Wohngeld oder Sozialhilfe, leisten müssen, andererseits nach Maßgabe der Beteiligung dieser Arbeitnehmer (und ihrer Haushalte) an der Einkommensentstehung und -verwendung mit zusätzlichen Einnahmen an Einkommensteuern und Verbrauchsabgaben rechnen können. Knapp 1 Mrd. DM p.a. betragen rein rechnerisch die unmittelbaren steuerlichen (Zusatz-)Einnahmen bei 100 000 (zusätzlichen) zu Durchschnittslöhnen beschäftigten Arbeitnehmern. Soweit dies auf die genannte Gruppe zutrifft, leistet auch sie damit nicht nur Finanzierungsbeiträge zu den von ihnen bezogenen Transfers, sondern beteiligt sich auch an der Finanzierung der von ihr in Anspruch genommenen Infrastruktureinrichtungen im Wohnungs-, Ausbildungs-, Verkehrs- und Gesundheitsbereich. Wie „ihre“ Arbeitgeber entlasten die Beschäftigten darüber hinaus die Bevölkerung von solchen staatlichen Kosten, die von ihrem Zuzug und Aufenthalt in der Bundesrepublik weitgehend unabhängig sind.

Auch die Etats der Sozialversicherungsträger (gesetzliche Renten- und Krankenversicherung sowie Arbeitslosenversicherung) stehen unter dem Einfluß der Beschäftigung von Arbeitnehmern bei den ausländischen Selbständigen. So bedeuten z.B. 100 000 (zusätzliche) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Westdeutschland für sie (Mehr-) Einnahmen in Höhe von reichlich 1,3 Mrd. DM p.a.<sup>29</sup>. Freilich stehen dem Ansprüche auf Leistungen etwa bei Arbeitslosigkeit, im Krankheitsfall oder bei Erreichen der Altersgrenze (Rentenanwartschaften) gegenüber.

Zusammengekommen dürften die 1992 bei ausländischen Selbständigen 350 000 bis 400 000 sozialversicherungspflichtigen Erwerbspersonen (80 bis 90 vH der dort

- 
- 28 Vgl. o.V., Ein Dach für türkische Unternehmer, „Süddeutsche Zeitung“, Ausgabe vom 28. Februar 1994, S. 20, wo ein Anteilswert von 15 vH deutsche Arbeitnehmer bei türkischen Unternehmen genannt wird.
  - 29 Hinzu kommen die Minderausgaben der Arbeitsverwaltung, wenn die neu eingestellten Arbeitnehmer vorher arbeitslos waren und entsprechende Transfers bezogen oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Anspruch genommen haben. In gesamtwirtschaftlich orientierten Analysen wird davon ausgegangen, daß 100 000 weniger Arbeitslose staatliche Mehreinnahmen und Minderausgaben von 3 bis 4 Mrd. DM bedeuten.

abhängig beschäftigten Arbeitnehmer<sup>30</sup>) etwa 9 Mrd. DM an (direkten und indirekten) Steuern (3,5 Mrd. DM) und an Beiträgen zur Sozialversicherung (5,5 Mrd. DM) aufgebracht haben. Nach den vorliegenden Informationen über die Nationalitätenstruktur der bei ausländischen Selbständigen angestellten Erwerbspersonen dürften acht bis neun Zehntel der genannten Beträge wiederum auf ausländische Staatsbürger entfallen.

Nach Wirtschaftsbereichen unterteilt entfällt jeweils ein Viertel der bei ausländischen Selbständigen beschäftigten Arbeitnehmer auf das Verarbeitende Gewerbe (darunter 40 vH auf das Baugewerbe) und auf das Gastgewerbe, die restliche Hälfte ist vor allem im Einzelhandel sowie im Bereich Bildung, Wissenschaft, Gesundheits- und Veterinärwesen und Dienstleistungen für Unternehmen tätig. Diese Struktur dürfte auch auf die „sektorale“ Verteilung der entsprechenden Steuern und Beiträge zutreffen.

### 3.3.2. Staatliche Aufwendungen

#### 3.3.2.1. Geldleistungen der öffentlichen Hand

Die Aufwendungen des Staates für die bei ausländischen Selbständigen Beschäftigten (Kinder-, Wohngeld, BAFÖG u.ä.) haben 1992 zusammen 1 bis 2 Mrd. DM betragen; darunter sind die öffentlichen Ausgaben für Kindergeld allein mit 1 Mrd. DM anzusetzen, wenn man davon ausgeht, daß pro Beschäftigten im Durchschnitt 2 kindergeldberechtigte Kinder zu berücksichtigen sind. Hinzu kommen die Ausgaben der öffentlichen Hand für das Angebot an gruppenspezifischen Güter sowie an dominant kollektiven Transfers. Diese Aufwendungen zu quantifizieren, erscheint problematisch. Gleichwohl kann davon ausgegangen werden, daß sie tendenziell geringer ausfallen als die skizzierten Zahlungen der Steuer- und Abgabenpflichtigen. Am Beispiel der Wohnungs-, Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrsinfrastruktur soll dies im folgenden deutlich gemacht werden<sup>31</sup>.

#### 3.3.2.2. Implikationen für die Wohnungsinfrastruktur

In bezug auf die Wohnungsinfrastruktur gilt es zu berücksichtigen, daß sich die ausländischen Selbständigen und die bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer wegen der dort guten Arbeitsmarktchancen bevorzugt in hochverdichteten Regionen und Ballungsgebieten mit günstiger Wirtschaftsstruktur niederlassen. Dadurch tragen sie sicherlich mit zur Anspannung auf den regionalen Wohnungsmärkten bei. Die Ursachen für die gegenwärtig sehr angespannte Situation auf diesem „Markt“ sind freilich vielfältig. Ein Grund ist etwa die erhöhte Wohnungsnachfrage der heimischen Bevölkerung aufgrund von Einkommenssteigerungen, ein anderer die in den achtziger Jahren nur sehr verhaltene Neubautätigkeit; so wurden in dieser Dekade im Durchschnitt pro Jahr nur etwas mehr als halb so viele Wohnungen fertiggestellt wie in den siebziger Jahren. Zwischen 1981 und 1990 wurden dadurch insgesamt etwa 2 Mill.

30 Bei den übrigen Arbeitnehmern handelt es sich um geringfügig oder um informell Beschäftigte.

31 Vgl. zum folgenden A. Gieseck, U. Heilemann und H.D. von Loeffelholz [I], S. 36ff.

Wohnungen weniger gebaut als zwischen 1971 und 1980<sup>32</sup>. In der damaligen Situation, die von Rückgang und Alterung der Bevölkerung gekennzeichnet war und in der man allgemein von einem Überangebot an Wohnungen und hohen Leerständen ausging, war diese relativ geringe Bautätigkeit plausibel. Schließlich ist von Bedeutung, daß z.B. die Anzahl der Ein-Personen-Haushalte in den letzten zehn Jahren um ein Drittel auf 10 Mill. gestiegen ist. Fast die Hälfte aller privaten Haushalte in den (westdeutschen) Großstädten besteht heute nur noch aus einer Person. Dies macht die Wohnungssuche nicht nur für die ausländischen Selbständigen und ihre Arbeitnehmer, sondern auch für jüngere Familien mit Kindern schwierig und treibt die Mieten, aber auch die Ausgaben des Staates für Wohngeld, nach oben. Im übrigen ist damit zu rechnen, daß längerfristig die zusätzlichen Wohnungsbauinvestitionen – schätzungsweise 5 bis 7,5 Mrd. DM pro 100 000 Personen nach heutigen Preisen<sup>33</sup> – direkt und indirekt mit aus dem (steigenden) Sparaufkommen der Ausländer finanziert werden.

### 3.3.2.3. Bildungsbereich

Zuzug und Aufenthalt von Ausländern beeinflussen auch andere öffentliche Infrastrukturbereiche<sup>34</sup>. Anzusprechen sind dabei zunächst der Bildungs- und der Verkehrsbereich, die beide aufgrund ihres Charakters als das Leistungssangebot des Staates, das vorrangig von bestimmten Teilen der Bevölkerung genutzt wird (gruppenspezifische öffentliche Güter), in erheblichem Ausmaß vom Bevölkerungsstand und der altersspezifischen Bevölkerungsstruktur beeinflußt wird. Davon besonders betroffen ist der allgemeinbildende Bildungsbereich (Grund-, Haupt- und Realschulen), unter dessen Schülern sich auch die Kinder der hier interessierenden Bevölkerungsgruppen befinden. Nimmt man zur Illustration der entsprechenden Größenordnungen pauschal an, die ausländischen Selbständigen (208 000) und die bei ihnen beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer (etwa 370 000) haben im Durchschnitt ein in den genannten Bildungsbereichen schulpflichtiges Kind, entspräche dies reichlich einem Zehntel der hier insgesamt befindlichen 5 Mill. Schüler (1992). Dies führt im allgemeinen kurzfristig zwar kaum zu zusätzlichen Ausgaben der öffentlichen Hand, aber zu einer vermehrten Anzahl von Schülern je Lehrer und eventuell zu verstärkten Disproportionalitäten in der Leistungsstruktur der Schulklassen mit geringerem Lernerfolg für die übrigen Schüler. Die Schüler-Lehrer-Relation an Grund-, Haupt- und Realschulen in Westdeutschland, die Mitte der achtziger Jahre bei 17 lag und in den letzten Jahren aufgrund der starken Zuwanderung auf rund 19 und damit auf das Niveau von Anfang der achtziger Jahre gestiegen sein dürfte<sup>35</sup>, ist aufgrund des Schulbesuchs der Kinder

32 Vgl. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) [II], Statistisches Taschenbuch 1993, Bonn 1993, Tabelle 3.2.

33 Bei dieser Schätzung wurden Baukosten in Höhe von 2 000 bis 3 000 DM je m<sup>2</sup> und ein Wohnbedarf pro Kopf von 25 m<sup>2</sup> unterstellt. Nimmt man weiter an, daß das verfügbare Einkommen pro Kopf und Monat 1 200 DM beträgt und daß davon 10 vH gespart werden, erreichte das Sparaufkommen nach etwa 35 bis 50 Jahren den genannten Investitionsaufwand.

34 Zum Zusammenhang zwischen demographischer und wirtschaftlicher Entwicklung vgl. H.D. von Loeffelholz [III], Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum und staatliche Leistungen, „RWI-Mitteilungen“, Jg. 39 (1988), S. 215ff.

35 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.) [II], Grund- und Strukturdaten 1992/93, Bad Honnef 1992, S. 104ff.

der ausländischen Selbständigen und ihrer Arbeitnehmer um durchschnittlich 2 Schüler höher als ohne diese Bildungsbeteiligung, mit entsprechenden Konsequenzen für die jeweiligen staatlichen Ausgaben für das Bildungssystem – zumindest auf längere Sicht. Überträgt man die jährlichen laufenden und investiven Ausgaben pro Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Höhe von derzeit rund 7 500 DM auf die untersuchte „Bildungsbevölkerung“, resultiert daraus ein Betrag in Höhe von knapp 4,5 Mrd. DM, den die öffentliche Hand, insbesondere die Länder und Gemeinden, längerfristig für die Ausbildung dieser Kinder und Jugendlichen (nach heutigen Preisen) ausgeben muß, soll das Leistungsangebot für die übrigen Schüler auch auf längere Sicht aufrechterhalten werden.

### 3.3.2.4. Verkehrsbereich

Im Verkehrsbereich führen Zuzug und Aufenthalt der Ausländer tendenziell zu einer erhöhten Beanspruchung des derzeit mit reichlich 600 Mrd. DM zu beziffernden Kapitalstocks (netto, in Preisen von 1985). Hier hat es zur Zeit aber nicht den Anschein, daß Kapazitätsgrenzen erreicht oder gar überschritten und damit volkswirtschaftliche Kosten schon auf kurze Sicht verursacht würden. Da sich die Beschäftigung von Arbeitnehmern durch ausländische Selbständige nicht zuletzt auf den öffentlichen Personen(nah-)verkehr auswirkt, dürfte dort eher die vielfach vorhandene Unterauslastung der Kapazitäten verminder und so die Effizienz dieses Bereiches gesteigert werden. Längerfristig scheinen aber auch bei den Verkehrswegen insgesamt Anpassungen an die erhöhte Verkehrsnachfrage erforderlich. Rechnete man die Verkehrsausgaben des Staates von gegenwärtig jährlich rund 50 Mrd. DM im ehemaligen Bundesgebiet anteilmäßig den Arbeitnehmer bei ausländischen Selbständigen zu, resultierte daraus ein Betrag in Höhe von 250 Mill. DM.

### 3.3.2.5. Gesundheitswesen

Im Gesundheitsbereich und hier insbesondere bei der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nehmen im Zuge der Erwerbstätigkeit der bei ausländischen Selbständigen beschäftigten Arbeitnehmern nicht nur die entsprechenden Einnahmen zu – um 1,5 Mrd. DM –, sondern auch die Ausgaben für Leistungen im Krankheitsfall. Welche Kosten durch krankheitsbedingte Inanspruchnahme ambulanter und stationärer Einrichtungen durch die bei Ausländern Beschäftigten (einschl. ihrer mitversicherten Familienangehörigen) pro Jahr anfallen, ist aus Mangel an Daten nur grob abzuschätzen. Immerhin sind die Ausländer in der Bundesrepublik insgesamt bisher im Durchschnitt 10 Jahre jünger als die einheimische Bevölkerung, unter der etwa die über 60 Jahre alten Personen („Altersbevölkerung“) bei einem Bevölkerungsanteil von einem Fünftel über zwei Fünftel der Leistungsausgaben und damit auch der Beitragseinnahmen der GKV (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil<sup>36</sup>) beanspruchen. Sieht man von unterschiedlichen alters- und geschlechtsspezifischen Morbiditätsrisiken

36 Im Jahr 1992 betrug der durchschnittliche Beitragssatz der GKV in Westdeutschland für Mitglieder mit Entgeltfortzahlungsanspruch von mindestens 6 Wochen 12,7 vH der beitragspflichtigen Entgelte. Vgl. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) [II], Tabelle 7.7.

und von Unterschieden in den Inanspruchnahme- und Ausgabenprofilen zwischen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung ab, könnten sich die entsprechenden Ausgaben der GKV für die bei ausländischen Selbständigen beschäftigten Arbeitnehmer auf einiges weniger belaufen als die entsprechenden Einnahmen. Ein solcher Überschuß ist schon deshalb anzunehmen, weil der Beitragssatz der GKV grob gerechnet etwa 3 vH-Punkte (von 12 bis 13 vH) zur Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner enthält<sup>37</sup>. So gesehen finanzieren diese Arbeitnehmer die Ausgaben der GKV für die Altersbevölkerung mit und entlasten dadurch tendenziell die Erwerbsbevölkerung.

### 3.4. Zusammenfassung und finanzpolitische Bewertung

Die vorliegende Analyse kommt zu dem Ergebnis, daß die ausländischen Selbständigen und die bei ihnen sozialversicherungspflichtig, geringfügig oder auch informell beschäftigten Arbeitnehmer trotz der eher kleinen Anzahl von 650 000 Personen bzw. reichlich 2 vH aller Erwerbstätigen in Westdeutschland (1992)<sup>38</sup> durchaus beachtliche finanzwirtschaftliche Bedeutung haben. Immerhin leisten sie mit Steuer- und Beitragszahlungen von zusammen – grob gerechnet – 12 bis 15 Mrd. DM p.a. reichlich 1 vH aller Steuern und Abgaben. Die an diese Erwerbsgruppen fließenden öffentlichen Geldleistungen und Realtransfers dürften tendenziell niedrigere Größenordnungen annehmen. Eine exakte Quantifizierung, in welchem Ausmaß die staatlichen Aufwendungen die Abgaben unterschreiten, erscheint im gegebenen Rahmen nicht möglich.

## 4. Integrative Wirkungen ausländischer Selbständiger

Die Bedeutung der ausländischen Selbständigen erstreckt sich nicht nur auf rein wirtschaftliche Aspekte, neben diesen ist auch auf die soziologischen Auswirkungen zu verweisen<sup>39</sup>. Auf diese kann im Rahmen dieser Arbeit aufgrund der ökonomischen Schwerpunktsetzung zwar nicht detailliert eingegangen werden, die beiden grundlegenden Thesen – Integrations- und Marginalisierungseffekte – sollen aber dennoch vorgestellt werden, da sie qua externer Effekte auch in einer ökonomischen Betrachtung von Bedeutung sind.

37 Dies ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Beitragseinnahmen der (aktiven) Versicherten und der Leistungsausgaben an diese Gruppe; es verbleibt ein Überschuß von etwa einem Viertel, der vor allem zur Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner verwendet werden kann. Zu den jährlichen Beitragseinnahmen und Leistungsausgaben vgl. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) [III], Übersicht über die Soziale Sicherung. 2. Auflage, Bonn 1992, S. 119.

38 1992 waren im Jahresschnitt 29,1 Mill. Personen (Inländer) erwerbstätig. Vgl. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) [II], Tabelle 2.4.

39 Es wird hier zwar von „den ausländischen Selbständigen“ gesprochen, aufgrund der Heterogenität dieser Gruppe besitzt die Integrationsproblematik aber je nach Nationalität unterschiedliches Gewicht. So dürfen beispielsweise Existenzgründer aus Österreich oder den Niederlanden weit weniger Probleme haben als Türken oder Griechen. Die folgende Betrachtung bezieht sich hauptsächlich auf die Personen, die im Rahmen von Anwerbevereinbarungen als abhängig Beschäftigte in die Bundesrepublik kamen und nach einiger Zeit den Weg in die Selbständigkeit gingen.

#### **4.1. Integrationseffekte durch ausländische Selbständige**

Die erste These sieht durch die wachsende Zahl ausländischer Selbständiger einen integrativen Schub für die ausländische Bevölkerung in der Bundesrepublik ausgelöst. Die Entwicklung wird als Teil eines emanzipatorischen Prozesses angesehen. Der Schritt in die Unabhängigkeit, verbunden mit sozialem Aufstieg und dem Entstehen eines ausländischen Mittelstandes, sorgt nach diesem Ansatz für eine Stärkung des Selbstbewußtseins innerhalb der ethnischen Gruppe<sup>40</sup>. Zusammen mit anderen Entwicklungen, z.B. der Angleichung der Erwerbsquoten ausländischer Frauen an die der Deutschen<sup>41</sup> und dem steigenden Anteil ausländischer Facharbeiter und Angestellter<sup>42</sup>, wird der verstärkte Trend in die Selbständigkeit als eine Konvergenz an die Beschäftigungsstrukturen der deutschen Bevölkerung gedeutet.

Darüber hinaus bekundet das Aufnahmeland durch die entsprechende Ausgestaltung des Rechtssystems eine integrationsfördernde Haltung, da es Ausländern den Zugang zu diesem Teil des Arbeitsmarktes ermöglicht<sup>43</sup>.

Der Schritt in die Selbständigkeit kann als ein Indikator für veränderte Rückkehrabsichten angesehen werden – eine hiesige Existenzgründung spricht für eine mittel- bis langfristige Zukunftsplanung in der Bundesrepublik. Infolge dessen wird sich das Interesse dieser Ausländergruppe zunehmend von den Geschehnissen des Herkunftslandes hin zu denen des Aufnahmelandes verlagern, nicht zuletzt auch deshalb, weil hiesige Marktkenntnisse und Geschäftsgepflogenheiten von Bedeutung sind. Diese geänderte Sichtweise fördert somit eine Integration in die heimische Gesellschaft.

Durch die Geschäftstätigkeit entstehen persönliche Kontakte zwischen der einheimischen Bevölkerung und Kundschaft und den ausländischen Gewerbetreibenden. Diese sozialen Beziehungen können zu einem besseren Verständnis zwischen beiden Gruppen beitragen und ein Zusammenleben erleichtern<sup>44</sup>.

#### **4.2. Zur Marginalisierungsthese**

Der eher positiven Sichtweise ausländischer Selbständigkeit steht eine gegensätzliche Auffassung gegenüber; Kern dieser Denkrichtung ist die Frage, welche Umstände zur Geschäftsgründung führten und welcher Art die betriebenen Unternehmen sind. In diesem Zusammenhang werden u.a. die Überlebensfähigkeit der Betriebe, die daraus resultierenden Einkommen der Selbständigen und die Beschäftigungssituation der ausländischen Bevölkerung betrachtet. Als Fazit dieses Ansatzes werden in der

40 Vgl. A. Goldberg und F. Sen, S. 170.

41 Vgl. B. Veldhues, Erwerbstätigkeit von Ausländern 1988. „Wirtschaft und Statistik“, Jg. 1990, S. 87.

42 Dieses Ergebnis zeigt sich auch bei der Sonderauswertung des SOEP.

43 Vgl. auch H. Werner, S. 358.

44 Auch das Zentrum für Türkeistudien kommt in seinen Untersuchungen zu einer positiven Gesamtbewertung der Integrationswirkung. Als Argumente werden u.a. die Berücksichtigung deutscher Kulturelemente (z.B. des Rechtssystems), der Kontakt mit einheimischer Kundschaft sowie die Geschäftsbeziehungen mit deutschen Handelspartnern angeführt. Vgl. Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) [III], Türkische Unternehmensgründungen. Von der Nische zum Markt? Bonn 1989, S. 33ff.

Selbständigkeit von Ausländern keine positiven Auswirkungen auf den Integrationsprozeß gesehen: Die Betriebsgründung ist meist nicht mit einem sozialen Aufstieg verbunden; vielmehr ist dies als Rückzug zu sehen. Dieser Rückzug, der mit Diskriminierung, Ablehnung und Verdrängung von Seiten der einheimischen Bevölkerung begründet wird, ist Teil einer strukturellen Verfestigung der ethnischen Minderheit, die letztlich in einer Ghettobildung endet<sup>45</sup>. Dieser Prozeß ist mit einer wechselseitigen Distanzierung zwischen Einheimischen und Zugewanderten verbunden.

Der Schritt, der die vormals abhängig Beschäftigten Ausländer in die Selbständigkeit gehen läßt, wird hauptsächlich mit der überdurchschnittlichen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit begründet und ist von daher als Flucht aus einer sozialen Notlage zu interpretieren. Dies gilt auch deshalb, weil der Bezug von Sozialhilfe einen Ausweisungstatbestand darstellen kann. Hinzu kommt, daß der Anteil derjenigen, die keinen Anspruch auf Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung besitzen, unter ausländischen Arbeitslosen wesentlich höher ist (1988: 40,3 vH) als unter deutschen (30,1)<sup>46</sup>.

Neben evtl. vorhandenen speziellen Fähigkeiten und der eigenen Familien als „Resource“ bildet die Hinnahme der Selbstausbeutung eine Chance für die Ausländer, sich als selbständiger Kleinunternehmer zu behaupten. Dieses Lohn- bzw. Preisdumping ermöglicht es den Betrieben, sich über Wasser zu halten. Unterstützend wirkt dabei die Nachfrage aus der eigenen Ethnie.

In einer Untersuchung von türkischen Kleinunternehmern sprechen Blaschke und Ersöz von einer „Lumpenbourgeoisie“ innerhalb der türkischen Kolonie, lediglich einige wenige türkische Unternehmer bilden eine einflußreiche gehobene Mittelschicht<sup>47</sup>. Die Autoren sehen die Entstehung der türkischen Ökonomie als Teil eines Prozesses an, der in erster Linie den Bedürfnissen der eigenen Ethnie dient<sup>48</sup>. Für die Betriebsinhaber dieser sog. türkischen Armutsoökonomie wurde neben einer geringen Qualifikation vor allem ein hoher Arbeitseinsatz diagnostiziert; die geringe Risikoabsicherung infolge mangelnder Kapitalausstattung und die hohe Fluktuationsrate lassen die Autoren zu dem Schluß kommen, daß es sich bei der türkischen Ökonomie in Berlin bislang um ein Übergangsphänomen handelt.

Als Fazit dieser Überlegungen bleibt festzuhalten, daß die Selbständigkeit ausländischer Minderheitenangehöriger nicht mit einem sozialen Aufstieg dieser Gruppe gleichgesetzt wird, sondern daß es sich hier vielmehr um eine Marginalisierung auf einer neuen Ebene handelt. Eine Marginalisierung bestand zunächst nur bei den abhängig Beschäftigten; ihre Tätigkeit konzentriert sich auf konjunkturabhängige Beschäftigungen, die mit hohen körperlichen Anforderungen verbunden sind. Die Marginalisierung auf der Ebene der Selbständigkeit zeigt sich in einer Konzentration auf Branchen bzw. Berufe, in denen Deutsche ihr Angebot – sei es aus Gründen mangelnder Rentabilität oder aufgrund unattraktiver Arbeitsbedingungen – zuneh-

---

45 Vgl. W.-D. Bukow, S. 112 ff.

46 Vgl. R. Ulrich, Der Einfluß der Zuwanderung auf die staatlichen Einnahmen und Ausgaben in Deutschland. „Acta Demographica“, Heidelberg, Jg. 1992, S. 196.

47 Vgl. J. Blaschke und A. Ersöz [II], S. 66.

48 Vgl. J. Blaschke und A. Ersöz [II], S. 58.

mend zurückziehen. Die Akzeptanz dieser Bedingungen, verbunden mit einem erhöhten Arbeitseinsatz, eröffnet den ausländischen Anbietern eine Chance als Selbständige, ein sozialer Aufstieg ist jedoch, so die These, nur in den seltensten Fällen möglich. Es findet lediglich ein Wechsel vom marginalen Arbeiter zum marginalen Unternehmer statt<sup>49</sup>.

In einer abschließenden Bewertung seiner Feldstudie über das Entstehen kleiner Unternehmen durch Vertreter ethnischer Minderheiten stellt Bukow fest, daß er den z.B. vom Zentrum für Türkeistudien verbreiteten Optimismus bezüglich der ausländischen Selbständigkeit nicht teilen kann; er sieht in dieser Entwicklung vielmehr einen Rückzug in die ausländische Bevölkerungsgruppe<sup>50</sup>.

Weitere Aufschlüsse über die Relevanz der jeweiligen Thesen liefert eine genauere Analyse der Klientel ausländischer Selbständiger; darauf soll im folgenden eingegangen werden.

#### **4.3. Kundschaft der ausländischen Gewerbetreibenden**

Ein Kundenstamm, der sich im wesentlichen aus Einheimischen zusammensetzt, würde tendenziell für die erste These sprechen; rekrutiert sich die Klientel dagegen hauptsächlich aus der eigenen Ethnie, würde dies tendenziell den Ansatz der Nischenökonomie und damit die Marginalisierungsthese bestätigen. Das Zentrum für Türkeistudien meint, in bezug auf den Kundenstamm einen dynamischen Prozeß feststellen zu können; viele ausländische Unternehmer hätten sich demnach zunächst auf die eigene ethnische Nische konzentriert, im Laufe der Zeit erfolgte aber eine zunehmende Markttöffnung. Dieses hat zur Folge, daß auch kleinere Betriebe nach einiger Zeit einen aus Deutschen und Ausländern gemischten Kundenstamm aufweisen<sup>51</sup>. Ergebnisse einer Stichprobenuntersuchung zeigen, daß bei knapp einem Fünftel der Betriebe die Kundschaft nur aus Ausländern besteht<sup>52</sup>. Daraus ist jedoch nicht der Schluß zu ziehen, daß die verbleibenden 80 vH eine der Region entsprechende Kundenstruktur aufweisen; es ist lediglich zu folgern, daß diese auch Deutsche unter ihren Kunden haben. Das Ergebnis falsifiziert damit keineswegs den Ansatz der Nischenökonomie.

Andere Studien kommen zu weit weniger optimistischen Resultaten in bezug auf die Bedeutung deutscher Kundschaft für ausländische Selbständige. Die Ambivalenz dieses Sachverhaltes scheint typisch zu sein; so stellt Bukow fest, daß die befragten ausländischen Gewerbetreibenden versuchten, die Ethnisierung der Kundschaft so weit wie möglich zu verdrängen bzw. zu bagatellisieren<sup>53</sup>.

49 Vgl. H. Aldrich, T.P. Jones and D. McEvoy, *Ethnic Advantage and Minority Business Development*. In R. Ward and R. Jenkins (Eds.), *Ethnic Communities in Business*. Cambridge 1984, S. 209ff.

50 Vgl. W.-D. Bukow, S. 159f.

51 Vgl. R. Erichsen and F. Sen, Hinwendung zur Selbständigkeit bei Gastarbeitern mit besonderer Berücksichtigung von Türken. (*Arbeitsdokument des International Labour Office*.) Genf 1987, S. 56.

52 Vgl. Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) [III], S. 80.

53 Vgl. W.-D. Bukow, S. 142.

Neben den Ausnahmen für einzelne Branchen (Gastronomie, Änderungsschneidereien) konnten bestimmte Standortbedingungen, z.B. die Lage in Studentenvierteln und in Wohnsiedlungen des Bildungsbürgertums, die Konzentration der ethnischen Kundschaft durchbrechen<sup>54</sup>.

Blaschke und Ersöz kommen in ihrer Untersuchung über die türkische Ökonomie in Berlin zu dem Fazit, daß sich diese selten an deutsche Kunden wendet<sup>55</sup>. Ähnliches diagnostizieren Korte und Calisgan für die türkischen Selbständigen in Gelsenkirchen, bei denen im Vergleich zu den anderen Nationalitäten der Anteil der ausländischen Kundschaft am größten ist<sup>56</sup>.

#### 4.4. Zusammenfassende Bewertung

Aus der Tatsache, daß sich die Kundschaft bestimmter Gewerbebetriebe hauptsächlich aus Personen der eigenen Ethnie zusammensetzt, kann nicht ohne weiteres auf eine Ausgrenzung bzw. Diskriminierung geschlossen werden; ebensowenig ist der Erfolg eines ausländischen Spezialitätenrestaurants bei der einheimischen Bevölkerung ein Indiz für eine erfolgreiche Integration. Für eine Nichtannahme von ausländischen Betrieben durch die einheimische Bevölkerung können auch andere Gründe verantwortlich sein. So sind z.B. kleine Lebensmittelgeschäfte zunehmend vom Markt verdrängt worden. Dieser Strukturwandel, der zu Beginn der sechziger Jahre einsetzte, wurde hauptsächlich durch die Einführung des Selbstbedienungsprinzips ausgelöst<sup>57</sup>. Wenn jetzt ausländische Selbständige versuchen, diese Vertriebsform wieder zum Leben zu erwecken, so ist das Ausbleiben deutscher Kundschaft dadurch zu erklären, daß diese den Supermarkt präferieren, sei es aus Gründen der größeren Auswahl oder eventueller Preisvorteile. Auch könnten die von einheimischen Kunden vermuteten Sprachschwierigkeiten zu einer Schwellenangst gegenüber ausländischen Betrieben führen; dieses Argument gilt bei ausländischen Kunden als durchaus legitim, wenn sie damit ihre Präferenz des Einkaufens in von Landsleuten betriebenen Geschäften begründen. Ebenso wenig reicht die Tatsache zur Unterstützung der Marginalisierungsthese aus, daß ausländische Selbständige vornehmlich in weniger attraktiven Berufen bzw. Branchen ihr Auskommen suchen – und dort teilweise mit selbstausbeuterischen Methoden operieren, um überhaupt existieren zu können. Notwendige Bedingung wäre hier der Nachweis, daß Unternehmensgründern aufgrund ihrer Nationalität der Zugang bzw. die Chance auf bestimmten Märkten verwehrt oder erschwert wird. Der Grund für eine Konzentration ausländischer Unternehmen in sog. marginalen Bereichen kann vielmehr auch in mangelnden Fähigkeiten begründet sein. Korte und Calisgan stellen fest, daß bei 25 vH der befragten ausländischen Unternehmer die Branchenwahl eher zufällig erfolgte; der Gedanke „Verkaufen kann jeder!“ spielte demnach bei vielen Betriebsgründungen eine Rolle<sup>58</sup>.

54 Vgl. W.-D. Bukow, S. 148.

55 Vgl. J. Blaschke und A. Ersöz [II], S. 64.

56 Vgl. H. Korte und K. Calisgan, S. 30.

57 Vgl. H. Schrumpf [III], S. 338ff.

58 H. Korte und K. Calisgan, S. 29

Die Möglichkeiten der Branchenwahl für potentielle ausländische Selbständige<sup>59</sup>, die im Zuge der Anwerbemaßnahmen in die Bundesrepublik kamen und dann lange einer abhängigen Beschäftigung nachgingen, werden also u.a. durch die Qualifikation limitiert. Ebenso schränkt eine geringere Ausbildungsbeteiligung der ausländischen Jugendlichen auch der zweiten oder dritten Generation die Chancen ein, später einer selbständigen Tätigkeit in bestimmten Sektoren nachzugehen. Aus dieser Sicht ist eine evtl. zu beobachtende Marginalisierung kein eigenständiges Problem. Eine die ausländische Selbständigkeit fördernde Politik müßte demnach auf ganz anderen Ebenen ansetzen; eine verbesserte Schul- bzw. Berufsausbildung würde die soziale Mobilität der ausländischen Erwerbspersonen entscheidend verbessern – ausländische Unternehmer würden dann auch verstärkt Unternehmen in innovativen Bereichen gründen.

Das Zentrum für Türkeistudien betont zwar immer wieder, daß sich die Tätigkeit der ausländischen Selbständigen auf eine große Zahl von Sektoren verteilt<sup>60</sup>; diese Aussage sollte indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei den ausländischen Gewerbetreibenden eine Konzentration auf die Berufe Gastwirt, Flick- und Änderungsschneider sowie Lebensmitteleinzelhändler erfolgt. Die Volkszählungsdaten von 1987 zeigen, daß etwa die Hälfte aller ausländischen Selbständigen auf diese vier Berufe entfällt.

- 
- 59 Für potentielle Unternehmensgründer besteht in der Bundesrepublik eine Reihe von Möglichkeiten, Beratungs- und Finanzierungshilfen in Anspruch zu nehmen, die von staatlichen bzw. halbstaatlichen Institutionen angeboten werden. Das Spektrum reicht dabei von zinsgünstigen Krediten bis zu Gründungsberatungen, die sich sowohl auf wirtschaftliche als auch auf personelle, organisatorisch-administrative und technische Fragen konzentrieren. Ziel dieser Programme und Maßnahmen ist es, die Chancen für einen erfolgreichen Start in die Selbständigkeit zu erhöhen. Die vielfältigen Beratungshilfen werden erfahrungsgemäß unterschiedlich stark in Anspruch genommen. Gerade bei ausländischen Betriebsgründern besteht aufgrund der sprachlichen und kulturellen Probleme eine Hemmschwelle, oftmals ist aber auch Unwissenheit über die Existenz der Programme die Ursache für die Nichtinanspruchnahme. Um den ausländischen Existenzgründern den Zugang zu den Beratungs- und Finanzierungsmöglichkeiten zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, hat das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 1992 die Gründung einer Vermittlungsstelle für ausländische Existenzgründer gefördert. Diese Vermittlungsstelle, deren Aufgabe darin besteht, die Verbindung zwischen den Institutionen, die entsprechende Beratungsprojekte anbieten, und den ausländischen Existenzgründern herzustellen, wird vom Zentrum für Türkeistudien betrieben. Sie soll also kein zusätzlicher Anbieter für Gründungsberatungen sein, vielmehr soll sie den potentiellen ausländischen Selbständigen die vorhandenen Möglichkeiten von Existenzgründungshilfen aufzeigen und evtl. Barrieren überwinden helfen. Konkret geht es beispielsweise darum, Defizite der Betriebsgründer frühzeitig zu erkennen, Informationsstränge aufzuzeigen, Hilfestellung durch die Veröffentlichung mehrsprachiger Wegweiser zu leisten und eventuelle Ausbildungsabsichten ausländischer Selbständiger zu unterstützen. Das Projekt ist zunächst bis Ende 1994 befristet. Inwieweit durch ein solches Modell das zweifelsohne vorhandene Informations- und Beratungsdefizit unter den ausländischen Selbständigen – darauf deuten nicht zuletzt die hohen Fluktionsraten hin – vermindert werden kann, muß hier offen bleiben. Das Ziel, das Potential ausländischer Existenzgründungen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und integrativen Bedeutung zu nutzen, läßt einen solchen Versuch durchaus als sinnvoll erscheinen.
- 60 Vgl. A. Goldberg und F. Sen, S. 167.

## Drittes Kapitel

### Ausländische Selbständige in den neuen Bundesländern: Stand und Perspektiven

Der Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen in den neuen Bundesländern setzt die Entfaltung eines klein- und mittelständischen Sektors und damit selbständiger Erwerbstätigkeit voraus, die dauerhaft und mit der Region verbunden die wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt. Am Aufbau selbständiger Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland werden in Abhängigkeit von der Entwicklung der Bevölkerung (Nischenmodell), der Neigung zur Selbständigkeit (Kulturmodell) und den Erwerbschancen (Reaktionsmodell) auch die dort ansässigen und neu zuziehenden Ausländer partizipieren. Zur Abschätzung der Perspektiven ausländischer Selbständigkeit in den neuen Bundesländern ist es zunächst notwendig, die Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre zu untersuchen, die bereits erfolgte Anpassung der Strukturen an marktwirtschaftliche Verhältnisse zu beleuchten und davon ausgehend die künftige Entwicklung zu skizzieren. Nach einer Bestandsaufnahme der demographischen und ökonomischen Situation der Ausländer in Ostdeutschland können anschließend die Entwicklungschancen ausländischer Selbständigkeit aufgezeigt werden.

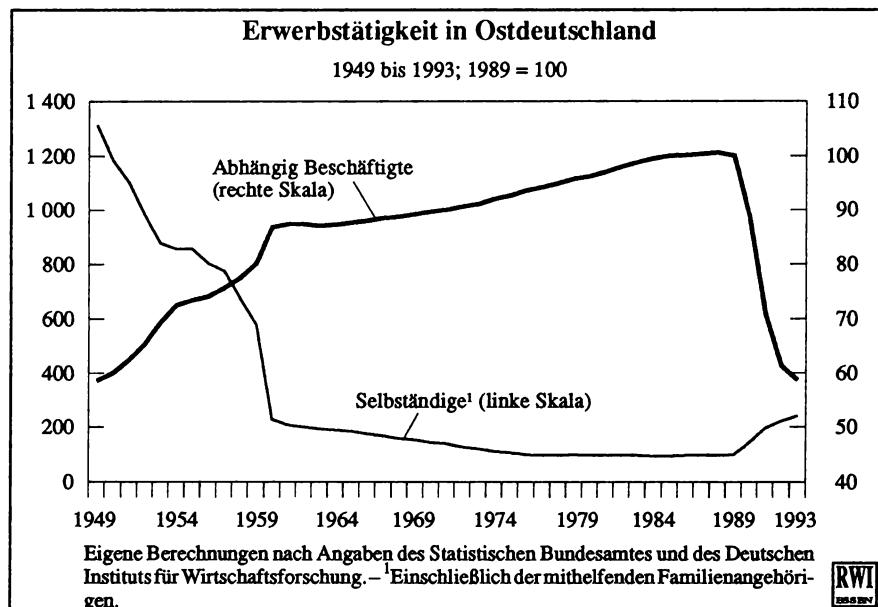
#### 1. Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern

Der mit der Übernahme des marktwirtschaftlichen Systems im Gefolge der Vereinigung einsetzende Strukturwandel in den neuen Bundesländern hat auf dem Arbeitsmarkt tiefe Spuren hinterlassen<sup>1</sup>. Die Zahl der abhängig Beschäftigten ist zwischen 1989 und 1993 um rund 40 vH auf 5,7 Mill. gesunken; dies entspricht etwa dem Stand zur Zeit der Gründung der DDR (vgl. Schaubild 11). Zwar ist die Zahl der Selbständigen in den neuen Bundesländern schnell gestiegen, jedoch hat dies den Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt (3,7 Mill. bzw. 37 vH) kaum gemildert.

Die Beschäftigung hat damit nahezu ohne Verzögerung auf den Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Produktion reagiert, der wiederum vor allem eine Folge der drastischen Aufwertung infolge der Währungsunion und des Wegbrechens der traditionellen

<sup>1</sup> Zu den folgenden Ausführungen vgl. auch die halbjährliche Berichterstattung zur Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern in Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [II], „RWI-Konjunkturberichte“. Berlin, lfd. Jg.

Schaubild 11



Absatzmärkte in Osteuropa, aber auch der zunächst in erster Linie an Verteilungsaspekten orientierten Lohnpolitik war. Auch die Erholung der Produktion seit 1992 findet ihr Spiegelbild in der Beschäftigung: So ist die Zahl der „regulär“ Erwerbstägigen, d.h. der nicht kurzarbeitenden und nicht in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen befindlichen Erwerbstägigen, 1993 auch unter Berücksichtigung von Saisonfaktoren nicht mehr gesunken, sie dürfte 1994 bereits tendenziell zulegen. Dagegen ist die Zahl der kurzarbeitenden und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Beschäftigten kräftig zurückgeführt worden, so daß die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland insgesamt 1993 noch leicht rückläufig war.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen hat sich die Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern sehr unterschiedlich entwickelt (vgl. Schaubild 12). Die mit dem Übergang zu einer Marktwirtschaft verbundenen Anpassungserfordernisse zeigen sich deutlich in den divergierenden Entwicklungen von Warenproduzierendem und Dienstleistungsproduzierendem Gewerbe. So sind besonders starke Beschäftigungsrückgänge im – ehemals wohl überbesetzten – primären Sektor sowie in dem nun in besonderem Maße der nationalen und internationalen Konkurrenz ausgesetzten sekundären Sektor festzustellen. In der Land- und Forstwirtschaft, in der vordem jeder zehnte Erwerbstätige beschäftigt war, ist – nach einem Beschäftigungsrückgang seit 1989 um knapp 80 vH – die Angleichung an die sektorale Struktur in Westdeutschland bereits vollzogen: Der Anteil der hier Beschäftigten an den Erwerbstägigen insgesamt ist bis 1993 auf rund 3 vH gesunken, und der Besatz, d.h. die Zahl der hier Erwerbstägigen je 1000 Einwohner, ist von 59 auf nunmehr 13 Personen geschrumpft (vgl. Schaubild 13).

Schaubild 12

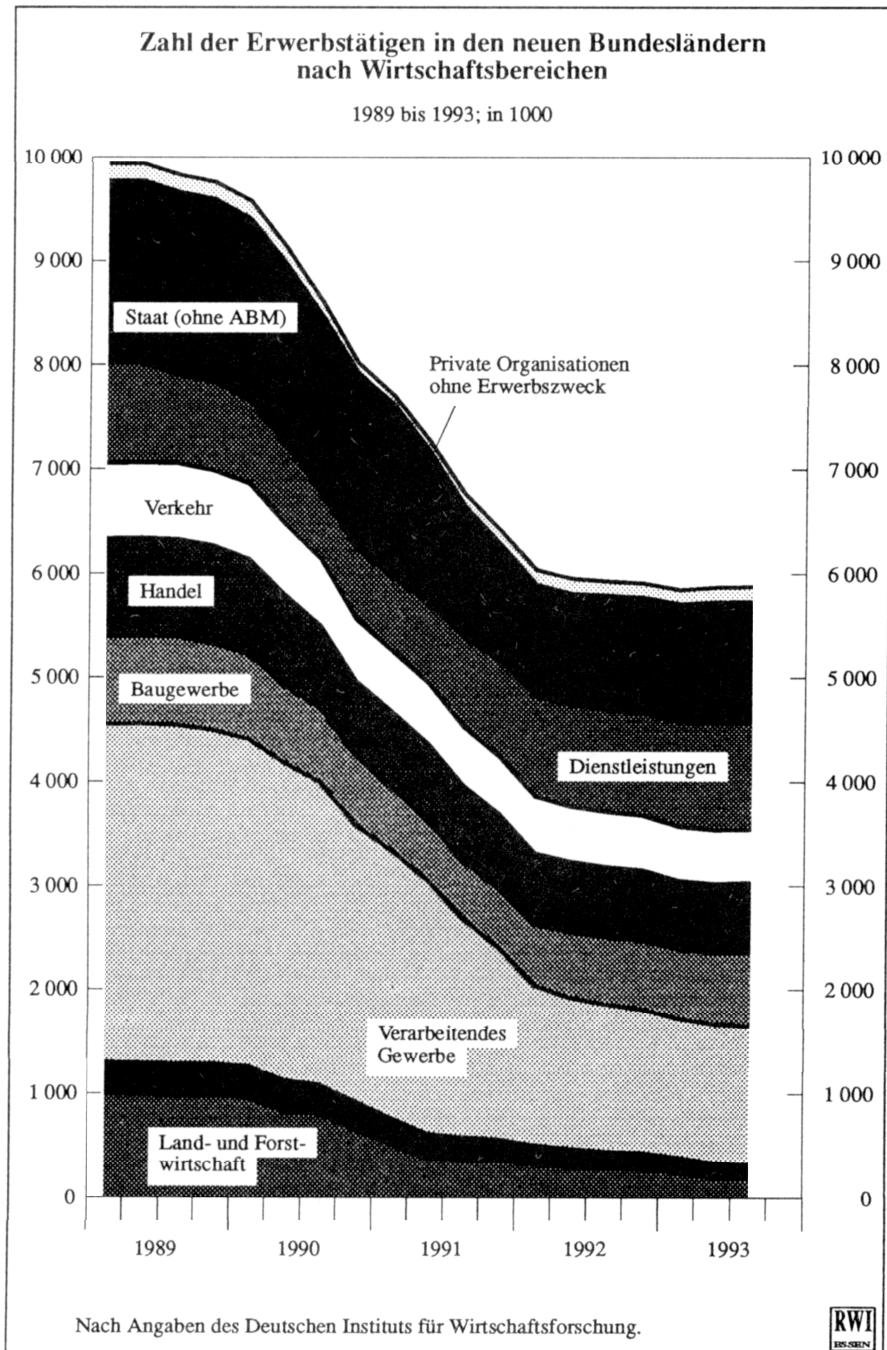
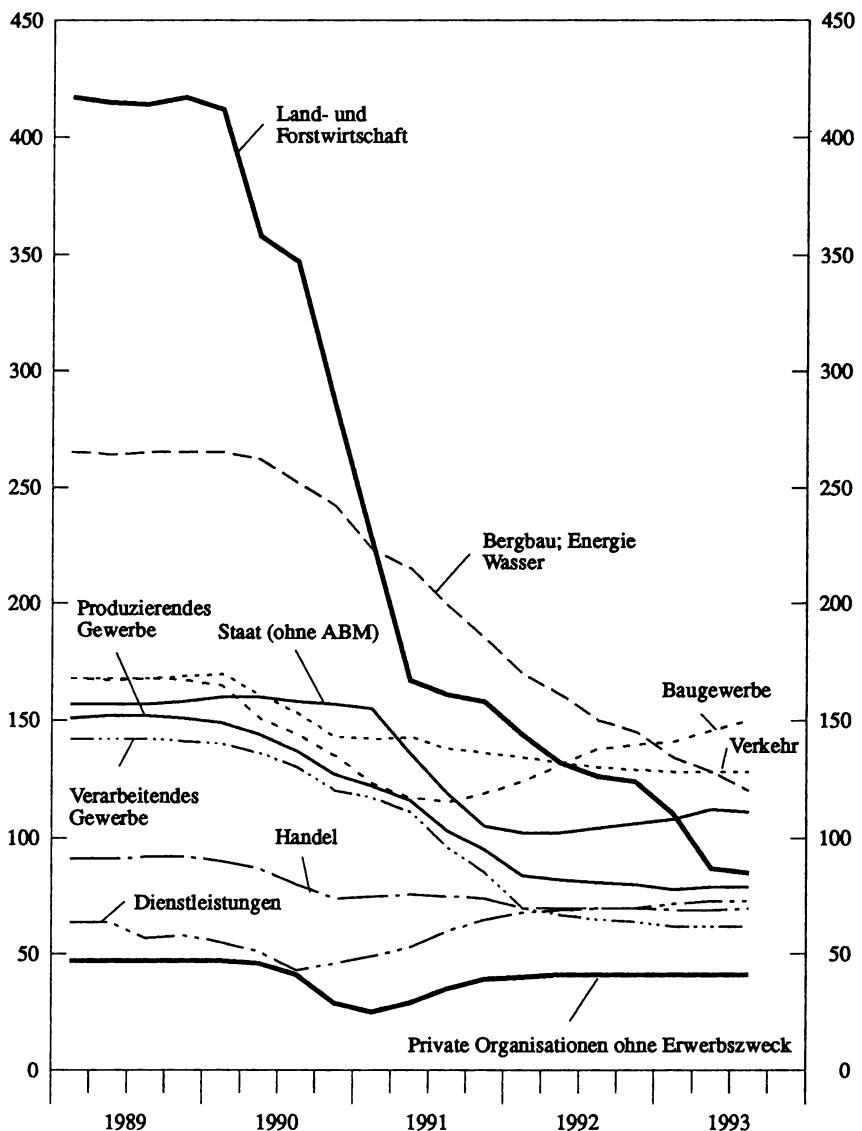


Schaubild 13

### Besatz<sup>1</sup> mit Erwerbstäigen in den neuen Bundesländern nach Wirtschaftsbereichen

1989 bis 1993; in vH des westdeutschen Niveaus



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. – <sup>1</sup>Erwerbstätige je 1 000 Einwohner.



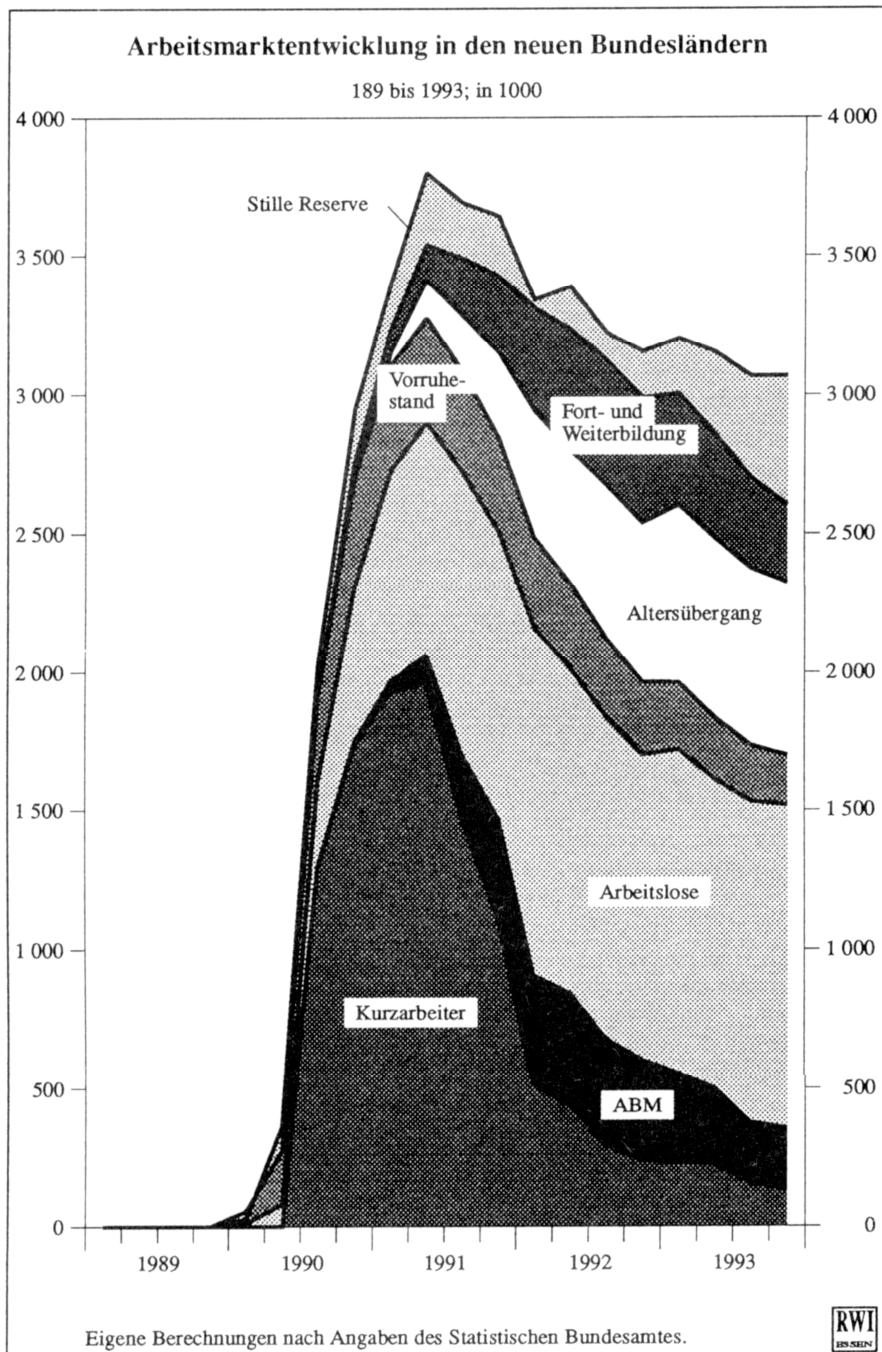
Der Strukturwandel bzw. der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit schlug sich vor allem in einer ausgeprägten De-industrialisierung nieder<sup>2</sup>: Die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe ist zwischen 1989 und 1993 um knapp 60 vH gesunken, ihr Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt ist von 33 vH auf 22 vH zurückgegangen und liegt damit deutlich unter dem entsprechenden Anteil in Westdeutschland (1991: 31 vH); entsprechend hat sich der Besatz von 195 auf 85 Personen verringert und liegt damit deutlich unter dem in Westdeutschland (136). Überdurchschnittliche Beschäftigungseinbrüche sind in der Eisenschaffenden Industrie, im Maschinenbau, bei der Feinmechanik/Optik sowie im Textil- und Bekleidungsgewerbe festzustellen. Dagegen profitieren die Bereiche Fahrzeugbau sowie Papier/Druck offenbar zunehmend von der Inbetriebnahme neuerrichteter bzw. modernisierter Betriebsstätten westdeutscher Unternehmen in den neuen Bundesländern, die Bereiche Holzbe- und -verarbeitung sowie Steine/Erden von der kräftigen Baukonjunktur und das Ernährungsgewerbe von der neuerlichen Hinwendung der ostdeutschen Verbraucher zu heimischen Produkten.

Auch im Baugewerbe ist die Beschäftigung bis Mitte 1991 um ein Drittel zurückgeführt worden; im Gefolge der kräftigen Ausdehnung der öffentlichen Bautätigkeit und der vor allem von westdeutschen Unternehmen eingeleiteten Wirtschaftsbauten ist sie bis 1993 wieder um 20 vH gestiegen. Insbesondere das Ausbaugewerbe profitierte von der kräftigen staatlichen Förderung in diesem Bereich, während das Bauhauptgewerbe aufgrund den Wohnungsneubau dämpfender rechtlicher Hemmnisse (u.a. Antragsstau bei den Grundbuchämtern) zunächst vergleichsweise geringfügig expandierte. Insgesamt liegt der Anteil der im Baugewerbe Beschäftigten 1993 mit reichlich 10 vH knapp über dem entsprechenden Anteil in Westdeutschland in den fünfziger und sechziger Jahren (rund 8 vH) und deutlich über dem derzeitigen (7 vH); auch der Besatz übersteigt mit 44 Personen bei weitem dem in Westdeutschland (30).

Anteilsgewinner im sektoralen Wandel ist der tertiäre Sektor: Die Entwicklung in diesem Bereich ist – anders als in der Industrie – nicht unmittelbar von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit abhängig, sondern vor allem mit dem Anstieg der Einkommen der privaten Haushalte verknüpft; diese wurden wiederum in hohem Maße durch Transferzahlungen aus den alten Bundesländern gestützt<sup>3</sup>. Somit konnte sich die Produktion in diesem Sektor weitgehend unbeeinträchtigt vom Niedergang des Verarbeitenden Gewerbes entwickeln. Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Bereich um rund 10 vH auf 2,2 Mill. gesunken, der sektorale Anteil an der Gesamtbeschäftigung ist aber von 25 vH (1989) auf 36 vH (1993) gestiegen und hat damit das westdeutsche Niveau der achtziger Jahre bereits erreicht; der Besatz liegt

- 
- 2 Zu einem Überblick über die aktuelle Lage im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt und ausgewählten Teilbereichen vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.), Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland – Neunter Bericht „DIW – Wochenbericht“, Jg. 60 (1993), S. 555ff.
  - 3 Dabei ist es unerheblich, ob die Einkommen der Regionen aus Faktorentgelten oder Transferzahlungen stammen. Vgl. dazu Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [III], Entwicklungsmöglichkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Gutachten im Auftrag des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. (Bearb.: W. Lamberts u.a.) Essen 1988.

Schaubild 14



allerdings mit 140 Personen noch um 20 vH unter dem Westniveau. Zugenommen hat schon bald nach der Einheit die Beschäftigung im ehemals bei weitem unterrepräsentierten Dienstleistungsbereich: Gegenüber dem Tiefpunkt im Jahr 1990 ist die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 40 vH auf über 1 Mill. Personen gestiegen und hat damit bislang den größten Beitrag zur Abmilderung der Arbeitsmarktproblematik geleistet. Der Besatz ist zwar von 44 auf mittlerweile 65 Personen gestiegen, liegt aber insgesamt wie auch in den Teilbereichen deutlich unter dem Westniveau (71).

Stabilisiert hat sich nach einem zunächst kräftigen Rückgang (um jeweils knapp ein Drittel) auch die Beschäftigung in den Bereichen Handel sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Dabei ist der Besatz in dem vordem unterrepräsentierten Bereich Handel bis auf 43 Personen bzw. 70 vH des Westniveaus gesunken, und der Besatz in dem schon ehedem überrepräsentierten Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung hat sich bei immer noch 33 Personen bzw. 30 vH über den westdeutschen Verhältnissen stabilisiert. Im staatlichen Bereich ist die Beschäftigung nach dem Auslaufen der „Warteschleifenregelung“ und ohne Einbeziehung der in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen befindlichen Personen um rund ein Drittel auf nunmehr 1,1 Mill. Personen abgebaut worden und hat bezogen auf die Bevölkerung nahezu westdeutsche Relationen erreicht.

Dem drastischen Einbruch der Arbeitsnachfrage stand keine vergleichbare Entwicklung des Arbeitsangebots gegenüber. Zwar sind nach der Öffnung der Grenzen insgesamt rund 1 Mill. Personen – und darunter 750 000 Erwerbspersonen – nach Westdeutschland übergesiedelt und haben 1993 reichlich 400 000 Pendler eine Arbeitsstelle in den alten Bundesländern innegehabt. Das Erwerbsverhalten insgesamt (bei Einrechnung der Vorruststandsregelungen) hat sich aber bislang kaum verändert, so daß die Erwerbsquoten der Männer, insbesondere aber die der Frauen nach wie vor über der westdeutschen Erwerbsbeteiligung liegen. Als Pendant zum Beschäftigungsabbau ist somit die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf knapp 1,2 Mill. gestiegen (vgl. Schaubild 14); bezogen auf die Erwerbspersonen insgesamt bedeutet dies eine Arbeitslosenquote von 15 vH (Westdeutschland 1993: 7,5 vH). Daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen nicht weitaus stärker gestiegen ist, ist vor allem auf den massiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zurückzuführen: 1993 belief sich die Zahl der frühverrenteten, in ABM sowie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen befindlichen sowie kurzarbeitenden Personen auf 1,6 Mill., und die Stille Reserve ist auf 330 000 Personen gewachsen. Insgesamt befanden sich 1993 rund 3 Mill. Personen in offener bzw. verdeckter Arbeitslosigkeit; bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen insgesamt errechnet sich eine Arbeitslosenquote von 33 vH.

## 2. Entwicklung der Selbständigkeit in den neuen Bundesländern

Die selbständige Erwerbstätigkeit hatte in der ehemaligen DDR nur eine untergeordnete Bedeutung: Die dispositiven Aufgaben wurden vom Staat bzw. seinen Repräsentanten wahrgenommen, und den Erwerbstätigen kam überwiegend die Bewältigung der Produktionsaufgaben zu. Überdies war in der zuletzt gültigen Verfassung der DDR das Eigentum an Produktionsmitteln im industriellen Bereich explizit verboten, und private Betriebe wurden nur – mehr notgedrungen und unter z.T. sehr restriktiven

Tabelle 21

Selbständigkeit <sup>1</sup> in der DDR nach Wirtschaftsbereichen									
1955 bis 1989									
	Insge- samt	Land- und Forstwirt- schaft	Industrie	Produzie- rendes Hand- werk (ohne Bau)	Bau- wirt- schaft	Verkehr, Post- und Fernmel- dewesen	Handel	Sonstige produ- zierende Zweige	Nicht- produzie- rende Bereiche
in 1 000									
1955	1 579,2	1 029,5	15,9	245,0	44,2	20,0	148,3	-	-
1960	423,7	34,8	13,1	177,0	26,7	16,9	99,7	4,2	51,3
1970	268,2	9,3	9,1	122,2	18,9	11,4	58,8	3,2	35,4
1980	180,0	6,2	0,2	84,6	15,4	8,4	37,9	1,9	25,4
1985	176,8	5,9	0,3	81,2	16,3	7,9	37,8	1,4	26,1
1989	184,6	5,8	0,4	82,5	18,6	8,2	39,9	1,3	28,0
Selbständigenquote in vH									
1955	20,4	59,8	0,6	48,5	10,1	4,0	17,6	-	-
1960	5,5	2,7	0,5	42,8	5,7	3,0	11,2	4,4	4,3
1970	3,5	0,9	0,3	30,3	3,5	2,0	6,8	1,8	2,6
1980	2,2	0,7	0,0	32,8	2,6	1,4	4,5	0,7	1,5
1985	2,1	0,6	0,0	30,8	2,8	1,3	4,3	0,6	1,5
1989	2,1	0,6	0,0	31,0	3,3	1,3	4,6	0,5	1,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Amtes der DDR. – <sup>1</sup>Selbständige und mithelfende Familienangehörige; inklusive Kommissionsvertrag oder staatliche Beteiligung.



Auflagen – in den Bereichen Handwerk, Gaststätten und Einzelhandel geduldet<sup>4</sup>. Infolge dessen war die Zahl der Selbständigen in der ehemaligen DDR, die nach 1945 im Vergleich zum restlichen Gebiet des Deutschen Reichs zunächst überproportional hoch gewesen war, über knapp 270 000 im Jahr 1970 bis 1989 auf nur noch 185 000 gesunken (vgl. Tabelle 21).

Mit der deutschen Einigung und der damit verbundenen Übernahme des marktwirtschaftlichen Systems war zum einen für jedermann prinzipiell die Ausübung einer selbständigen Tätigkeit möglich geworden, und zum anderen wurden große Hoffnungen einer Entlastung des ostdeutschen Arbeitsmarktes durch die Entfaltung selbständiger Erwerbstätigkeit direkt und durch die Absorption abhängiger Erwerbspersonen indirekt gehegt. Dementsprechend wurde die Gründung selbständiger Existenzen durch zahlreiche staatliche Maßnahmen, namentlich das ERP-Existenzgründungspro-

4 Zu einer Übersicht über die Selbständigkeit in der ehemaligen DDR vgl. u.a. H. Schrumpf [III], „Selbständige in der DDR – ein Potential zur Lösung der aktuellen wirtschaftlichen Probleme? „RWI-Mitteilungen“, Jg. 41 (1990), S. 105ff.; M. Thomas, Private Selbständigkeit in Ostdeutschland – Erste Schritte in einem neuen Forschungsfeld. „Soziale Welt“, Göttingen, Jg. 44 (1993), S. 223ff.

gramm, das Eigenkapitalhilfeprogramm des Bundes und die vor allem auf kleine ostdeutsche Unternehmen zugeschnittene Investitionsförderung, angeregt<sup>5</sup>. Hervorzuheben sind auch die massiven Transferzahlungen aus den alten Bundesländern, die eine Größenordnung von rund zwei Dritteln des auf Ostdeutschland entfallenden Einkommens erreicht haben<sup>6</sup>. Diese Leistungen dürften vor allem die Entstehung von auf lokale und regionale Märkte orientierten Betrieben stimuliert bzw. deren Existenz gestützt haben. Die Entstehung selbständiger Existenzen dürfte schließlich auch die rasche (Re-)Privatisierung der ostdeutschen Unternehmen durch die Treuhandanstalt und die dabei vielfach günstigen Konditionen zur Übernahme von Einzelhandelsgeschäften, Hotels, Gaststätten und Werkstätten sowie von Industriebetrieben (Management Buy-Out) gefördert haben.

Allerdings standen der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit auch erhebliche Barrieren gegenüber: Besondere Probleme ergaben sich für (potentielle) Selbständige durch die veraltete bzw. vielfach immer noch gänzlich fehlende Infrastruktur. Die Erfahrung in den alten Bundesländern hat gezeigt, daß sich Selbständige, wenn man vom Handel und dem übrigen Dienstleistungsbereich absieht, vor allem aus dem Handwerk, aus dem mittleren Management größerer Unternehmen und aus Hochschulabsolventen rekrutieren; diese Basis ist bislang noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden<sup>7</sup>. Auch ist nach mehr als vier Dekaden Planwirtschaft zu vermuten, daß das Wissen über die Führung von Unternehmen, die Kenntnisse über die Wettbewerbssituation, aktuelle Produktionstrends sowie Management- und Finanzierungsmethoden bei den potentiell Selbständigen in der DDR eher unzureichend gewesen sind. Auch institutionelle Hemmnisse standen einer zügigen Entwicklung der Selbständigkeit in den neuen Bundesländern entgegen: So dürfte insbesondere die schleppende Übertragung von Grundstücken und anderen Vermögenswerten die Kreditwürdigkeit vieler potentiell Selbständiger beeinträchtigt und damit die Umsetzung mancher unternehmerischer Vorhaben zumindest verzögert haben.

Tatsächlich hat sich die selbständige Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern schon in den Jahren 1990 und 1991 sprunghaft entfaltet. So wurden allein zwischen Oktober 1990 und Dezember 1991 rund 380 000 Gewerbebetriebe angemeldet, denen allerdings 115 000 Abmeldungen gegenüberstanden (vgl. Tabelle 22). Freilich vermittelt der Saldo zwischen Gewerbean- und abmeldungen insofern kein realistisches Bild vom tatsächlichen Gründungsgeschehen, als diese Betriebe in vielen Fällen ihre Tätigkeit nicht aufgenommen oder wieder eingestellt haben, ohne dies anzugeben. Entsprechend dürften hinter der Nettoanmeldung von 265 000 Gewerben tatsächlich knapp 150 000 Gründungen selbständiger Existenzen stehen<sup>8</sup>. In den Folgejahren hat sich die Zahl der Gewerbeabmeldungen stark an die der Gewerbeanmeldungen

5 Vgl. dazu u.a. K. Lichtblau, Investitionsförderung in den neuen Bundesländern „IW-Trends“, Köln, Jg. 1993, S. 17ff.

6 Vgl. dazu Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [II], (1993), S. 39.

7 Vgl. dazu Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [IV], „RWI-Handwerksberichte – Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1992/93.“ Essen, Jg. 39 (1992), S. 22ff.

8 Vgl. B. Lagemann, Mittelstandsentwicklung und industrieller Schrumpfungsprozeß in den neuen Bundesländern. In: U. Heilemann, u.a. (Hrsg.), Empirische Wirtschaftsforschung und wirtschaftspolitische Beratung. Willi Lamberts zum 60. Geburtstag. (Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 8.) Essen 1993, S. 239ff.

Tabelle 22

Gewerbeanzeigen in den neuen Bundesländern						
1991 bis 1993						
	Nettozugang <sup>1</sup>			Abmeldehäufigkeit <sup>2</sup>		
	1991	1992	1993 <sup>a</sup>	1991	1992	1993 <sup>a</sup>
Insgesamt	193	94	76	35	57	61
davon:						
nach Bundesländern						
Brandenburg	32	15	12	38	59	61
Mecklenburg-Vorpommern	21	11	9	35	54	58
Sachsen	61	27	22	35	58	62
Sachsen-Anhalt	29	17	12	36	54	64
Thüringen	33	15	11	37	60	68
Berlin (Ost)	16	9	10	28	52	47
darunter:						
nach Wirtschaftsbereichen						
Industrie	—	6	6	—	35	32
Handwerk	15	11	11	45	50	52
Handel/Gastgewerbe	90	36	27	36	64	70

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. –<sup>1</sup>Anmeldungen abzüglich Abmeldungen in 1 000. –<sup>2</sup>Abmeldungen je 100 Anmeldungen. –<sup>a</sup>Zum Teil geschätzt.



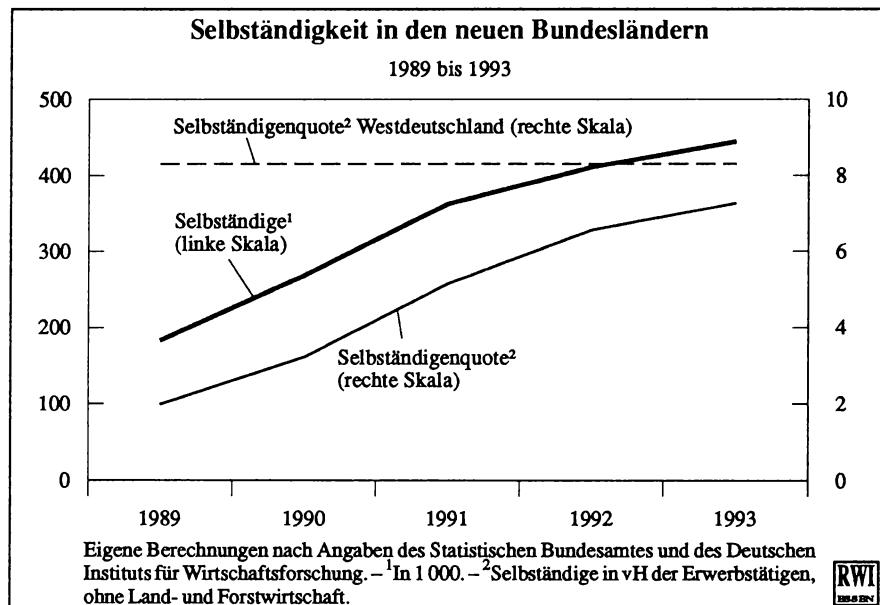
angenähert: Die Abmeldehäufigkeit ist von 35 (1991) auf über 60 vH der Anmeldungen gestiegen.

Dementsprechend hat sich die Zahl der Selbständigen in den neuen Bundesländern 1992 und 1993 nur noch mit geringerem Tempo erhöht; Ende 1993 wurden rund 445 000 Selbständige und damit fast dreimal so viele wie vor der Einheit gezählt. Die Selbständigenquote ist dabei im gleichen Zeitraum von 2 vH auf 7 vH gestiegen, liegt aber gleichwohl weiter deutlich unter der entsprechenden Quote in Westdeutschland (rund 11 vH). Klammert man allerdings den Agrarsektor aus diesem Vergleich aus, so haben sich die Selbständigenquoten in West- und Ostdeutschland weitgehend angeglichen (vgl. Schaubild 15). Diese doch überraschend schnelle Expansion mag zwar zum Teil Ausdruck des Jahrzehntelang unterdrückten Wunsches nach beruflicher Unabhängigkeit sein; in erster Linie ist sie aber wohl eine Folge der objektiv schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt und der sich bietenden Betätigungschancen<sup>9</sup>. Die Zahl der abhängig Beschäftigten verringerte sich bis 1993 wie erwähnt um rund 4 Mill., so daß sich der Anstieg der Selbständigkeit in Anlehnung an das Reaktionsmodell zu einem bedeutenden Teil als „Flucht vor bzw. aus der Arbeitslosigkeit“ deuten läßt<sup>10</sup>:

9 Vgl. dazu auch B. Lageman, S. 248ff.

10 Zu den Determinanten der Selbständigkeit vgl. u.a. H. Schrumpf [I], S. 475ff., sowie O. Hübler [II], „Selbständige in Ostdeutschland – Eine theoretische und mikroökonomische Analyse. „Vierteljahrsschriften zur Wirtschaftsforschung“, Berlin, Jg. 1992, S. 107ff. Ökonometrische Untersuchungen

Schaubild 15



Vor die Wahl gestellt, eine längere Zeit der Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen oder das Risiko der Selbständigkeit zu tragen, gaben viele angesichts der bestehenden Versorgungsdefizite – und auch dank der großzügigen öffentlichen Förderung – der Selbständigkeit den Vorrang.

In den einzelnen ostdeutschen Bundesländern hat sich die Existenzgründung in der Anfangsphase recht unterschiedlich, dann aber eher synchron entwickelt: Entsprechend der Bevölkerungszahl war die absolut höchste Zahl der Gewerbeanmeldungen (netto) stets in Sachsen zu verzeichnen, die geringste zumeist in Ostberlin bzw. in Mecklenburg-Vorpommern. Die „Überlebenschancen“ der neuangemeldeten Gewerbebetriebe waren – offenbar aufgrund der Bevölkerungsdichte und der Anbindung an Westberlin – in Ostberlin am größten; jedenfalls war hier die Abmeldehäufigkeit deutlich geringer als in den anderen neuen Bundesländern. Dementsprechend dürfte auch der Besatz gegenwärtig in Ostberlin am höchsten sein, am geringsten ist er wohl in dem ländlich geprägten Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt.

---

stellen für die neuen Bundesländer die schlechten Arbeitsmarktaussichten als Faktor heraus, der die Erwerbspersonen zu dem Schritt in die Selbständigkeit erwogen hat. Vgl. dazu M. Lechner und F. Pfeiffer, *Der Weg in die selbständige Erwerbstätigkeit am Beginn der Marktwirtschaft*. „ZEW Wirtschaftsanalysen“, Mannheim, Jg. 1993, Heft 1, S. 45ff. Es zeigt sich aber auch, daß von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer überdurchschnittlich oft bei der Umsetzung des Vorhabens, sich selbstständig zu machen, scheitern. F. Büchel und M. Pannenberg, „Neue Selbständige“ in Ostdeutschland. Statusentwicklung, Realisierungschancen und materielle Zufriedenheit. „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, Jg. 25 (1992), S. 544ff.

Private Unternehmen entstanden zunächst besonders rasch in den ehemals unterbesetzten Bereichen Handel und Gastgewerbe. Beide Bereiche hatten in der ehemaligen DDR einen weitgehenden Bedeutungsverlust hinzunehmen; so erzielten private Einzelhändler, die zudem nur einen sehr eingeschränkten selbständigen Status inne hatten, zuletzt nur noch 6 vH des gesamten Einzelhandelumsatzes, und es befanden sich nur noch 9 vH der Betriebe im Gaststättengewerbe uneingeschränkt in Privatbesitz<sup>11</sup>. Dementsprechend wurden in diesen Bereichen schon im ersten Jahr nach der Einigung rund 110 000 Betriebe (netto) angemeldet, wobei hier sicher in vielen Fällen schon bestehende staatliche Betriebe privat weitergeführt wurden. In der Folgezeit allerdings hat die Abmeldehäufigkeit von 20 auf 70 Abmeldungen je 100 Gewerbeanmeldungen zugenommen; darin dürften sich wohl Finanzierungsprobleme aufgrund von Eigenkapitalmangel und schleppender Vermögensüberschreibung, im Einzelhandel aber auch die zunehmende Konkurrenz durch die von westdeutschen Konzernen übernommenen und modernisierten Kaufhäuser widerspiegeln.

Kräftig zugelegt hat auch die Zahl der niedergelassenen Ärzte; oblag in der ehemaligen DDR die ambulante Versorgung der Bevölkerung Krankenhäusern und Betriebsärzten, dürften viele ehemalige Mitarbeiter des staatlichen Gesundheitswesens, möglicherweise aber auch junge Ärzte aus Westdeutschland, die sich plötzlich bietende Option auf eine selbständige Tätigkeit wahrgenommen haben. Spürbar gestiegen ist auch die Zahl der Selbständigen in den Dienstleistungsbereichen Wäschereien, Körperpflege und Gebäudereinigung, im Bereich Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie in der Rechts- und Unternehmensberatung; während in ersteren Bereichen die niedrigen Markteintrittsbarrieren – geringe Kapitalintensität und Qualifikationsanforderungen – die Gründung selbständiger Existenzenten erleichtert haben dürften, hat die Übernahme eines vollständig neuen Wirtschafts-, Steuer- und Rechtssystems ein hohes Nachfragepotential in der Beratung eröffnet. Insgesamt ist die Zahl der selbständigen Dienstleistungsproduzenten laut Mikrozensus zwischen November 1990 und Mai 1992 um 134 vH auf 267 000 gestiegen und dürfte gegenwärtig bei etwa 330 000 liegen.

In den der internationalen Konkurrenz ausgesetzten Bereichen (Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe) hat sich die selbständige Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern dagegen bislang eher zögerlich entwickelt. Zwar ist die Zahl der Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft im Zuge der Privatisierung der ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften auf rund 15 000 gestiegen, im Produzierenden Gewerbe hat die Zahl der Selbständigen jedoch weitgehend stagniert: 100 000 Selbständigen in den Bereichen Industrie, Handwerk und Bauwirtschaft zu Zeiten der DDR (1980 bis 1988) standen zwei Jahre nach der Einheit erst 107 000 Selbständige (und mithelfende Familienangehörige) im Produzierenden Gewerbe gegenüber. Aufgrund der in diesem Bereich notwendigen Anpassung der Effizienz an die aus Sicht des einzelnen Unternehmens weitgehend nicht beeinflußbaren Preise dürften sich hier die oben angesprochenen strukturellen Defizite besonders deutlich bemerkbar gemacht haben. Problematisch war insbesondere auch, daß den Industriemeistern, deren Eintragung in die Handwerksrolle die Bundesregierung

---

11 Vgl. H. Schrumpf [III], S. 109ff.

Tabelle 23

<b>Sektorale Struktur der Selbständigkeit in den neuen und den alten Bundesländern</b>				
1992				
	<b>Neue Bundesländer</b>		<b>Alte Bundesländer</b>	
	Anteil in vH	Besatz	Anteil in vH	Besatz
Land- und Forstwirtschaft	4	1	14	6
Verarbeitendes Gewerbe	16	4	16	7
Baugewerbe	11	3	8	3
Handel	24	6	18	8
darunter:				
Einzelhandel	21	5	14	6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5	1	4	2
Kreditinstitute und Versicherungen	5	1	3	1
Sonstige Dienstleistungen	34	8	36	15
darunter:				
Gastgewerbe	8	2	7	3
Wäscherei, Körperpflege	4	1	3	1
Bildung, Kultur, Wissenschaft und Sport	4	1	5	2
Gesundheits- und Veterinärwesen	9	2	6	3
Insgesamt	100	25	100	42
davon:				
Warenproduzenten	32	8	38	16
Dienstleistungsproduzenten	68	17	62	26

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.



zugelassen hat, in ihrer Ausbildung kein ausreichendes Wissen über die Führung eines selbständigen Betriebes vermittelt worden war<sup>12</sup>.

Eine ungünstige Entwicklung dürfte die Selbständigkeit vor allem in Bereichen genommen haben, die der Industrie als Zulieferer dienen; diese sind durch den Einbruch der Industrieproduktion stark in Mitleidenschaft gezogen worden, zumal es wohl nur einem Teil der neugegründeten Existenzen gelungen sein dürfte, Zuliefererverbindungen zu westdeutschen Abnehmern aufzubauen<sup>13</sup>. Gestiegen sein dürfte dagegen die Zahl der Selbständigen in Handwerkszweigen, die auf lokalen Märkten konsumnahe Güter erstellen bzw. für die Industrie verteilen und dabei von den massiven Transferzahlungen an die privaten Haushalte profitieren. Von den dadurch induzierten Investitionen im Wohnungsbau, vor allem aber von der kräftigen Bautätigkeit der öffentlichen Hand sowie der Unternehmen wurde die Lage der selbständigen Betriebe

12 Vgl. dazu Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [IV], S. 24ff.

13 Vgl. B. Lageman, S. 247ff.

in der Bauwirtschaft begünstigt; deren Zahl dürfte sich seit der Einheit etwa verdoppelt haben.

Insgesamt entspricht die sektorale Struktur der Selbständigkeit in den neuen Bundesländern derzeit weitgehend der entsprechenden Struktur in Westdeutschland (vgl. Tabelle 23): reichlich zwei Drittel aller Selbständigen sind als Dienstleistungsproduzenten tätig, so daß sich diese Relation gegenüber der Zeit vor der Einigung umgekehrt hat. Die selbständige Erwerbstätigkeit hat sich damit vor allem in den Bereichen zügig entwickelt, deren Angebot auf lokale Märkte ausgerichtet ist und nicht durch Importe (in erster Linie aus Westdeutschland) substituiert werden kann; dabei wurden insbesondere offensichtliche Mangelsituationen aus der planwirtschaftlichen Ära schnell behoben<sup>14</sup>.

### 3. Perspektiven der Selbständigkeit in den neuen Bundesländern

Überlegungen zur weiteren Entwicklung der Selbständigkeit können – auch angesichts des bislang unzureichenden Datenstandes – nur skizzenhaften Charakter haben. In Anbetracht der geschilderten Annäherung von Selbständigenquote und Selbständigenstruktur an westdeutsche Relationen scheint es jedoch plausibel, die Strukturen in den alten Bundesländern als Maßstab heranzuziehen. Zudem sind einerseits das westdeutsche Rechts-, Wettbewerbs-, Steuer- und Bildungssystem auf die neuen Bundesländer übertragen und so gesehen äquivalente Angebotsbedingungen geschaffen worden, andererseits ist die Vermutung gerechtfertigt, daß mit der angestrebten Einkommensangleichung auch die Präferenzen der ostdeutschen Haushalte im Hinblick auf Einkommensverwendung und -erzielung nicht grundlegend von den westdeutschen Strukturen abweichen werden. Im folgenden wird daher als Hilfsgröße unterstellt, daß sich der Besatz insgesamt und nach Wirtschaftsbereichen den westdeutschen Relationen angleichen wird. Aus dem Vergleich von aktuellem und erwartetem Besatz läßt sich bei gegebener Annahme über die Bevölkerungsentwicklung der weitere Anpassungsbedarf ermitteln. Dieser Rechnung liegen Angaben des Mikrozensus zugrunde, die im Mai 1992 erhoben worden sind.

Der Vergleich von tatsächlicher und potentieller Zahl der Selbständigen in den neuen Bundesländern zeigt auf den ersten Blick wie zu erwarten in fast allen Wirtschaftsbereichen einen deutlichen Nachholbedarf (vgl. Tabelle 24); lediglich bei Kreditinstituten und Versicherungen waren die Bedingungen für die Eröffnung einer selbständigen Tätigkeit offenbar so günstig, daß die Versorgung in diesem Bereich bereits im Mai 1992 ausreichend war. Weitgehend ausreichend war nicht zuletzt als Folge der „Niederlassungsschwemme“ im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform auch schon die Versorgung im Gesundheits- und Veterinärwesen. Im Dienstleistungssektor insgesamt war im Mai 1992 jedoch ein „angemessener“ Besatz bei weitem nicht erreicht: Die Zahl der Selbständigen unterschritt die erwartete Zahl um rund 80 vH bzw. reichlich 100 000. Besonders eklatant war die Unterversorgung im Bereich der Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung mit nur einem Drittel des westdeutschen

---

14 Vgl. B. Lageman, S. 245ff.

Tabelle 24

	Perspektiven der Selbständigkeit in den neuen Bundesländern		
	1992; in 1 000		
	Tatsächliche	Potentielle	Zusätzlicher Bedarf
	Selbständige		
Land- und Forstwirtschaft	16	93	77
Verarbeitendes Gewerbe	63	103	40
Baugewerbe	44	54	10
Handel	93	120	27
darunter:			
Einzelhandel	82	91	9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	21	24	3
Kreditinstitute und Versicherungen	21	22	1
Sonstige Dienstleistungen	132	236	104
darunter:			
Gastgewerbe	30	48	18
Wäscherei und Körperpflege	14	22	8
Bildung, Kultur, Wissenschaft und Sport	17	33	16
Gesundheits- und Veterinärwesen	35	41	6
Dienstleistungen für Unternehmen	24	71	47
Insgesamt	392	655	263
nachrichtlich:			
Warenproduzenten	123	250	127
Dienstleistungsproduzenten	267	403	136
Eigene Berechnungen.			



Besatzes, aber auch in Gastgewerbe, Wäscherei und Körperpflege, Gebäudereinigung sowie Bildung, Wissenschaft und Kultur klafften noch erhebliche Lücken. Insgesamt gesehen dürften in den bislang aufgezählten Bereichen einer weiteren Angleichung an westdeutsche Relationen jedoch kaum größere Hindernisse entgegenstehen.

Ein Unterbesetzung ist trotz des kräftigen Zuwachses auch in den Bereichen Handel und Baugewerbe zu verzeichnen. Zwar ist die Zahl der selbständigen Einzelhändler in Ostdeutschland kräftig gestiegen, doch macht sich im Großhandelsbereich offenbar die Konkurrenz aus Westdeutschland bemerkbar: So verfolgten die größeren Handelsunternehmen aus den alten Bundesländern eine Strategie der Marktpräsenz und dehnten dazu ihr Filialnetz flächendeckend nach Osten aus<sup>15</sup>, dies hat sicher den Markteintritt für Neueinsteiger zusätzlich erschwert. Ähnliches gilt für die Bauwirt-

15 Vgl. dazu Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [IV], S. 22f.

schaft: Während in dem eher lokal orientierten Ausbaugewerbe mit der Nachfrage auch die Zahl selbständiger Betriebe zugenommen hat und weitgehend der westdeutsche Besatz erreicht ist, stieg die Zahl der Selbständigen im Bauhauptgewerbe nur geringfügig und wird die erwartete Zahl noch um 40 vH unterschritten. Darin haben sich zum einen die – aufgrund der schleppenden Grundstücksübertragung und der erst 1993 gemilderten Altschuldenbelastung der Wohnungsbauunternehmen – zunächst noch zögerlichen Neubauaktivitäten, zum anderen aber auch die Konkurrenz aus Westdeutschland niedergeschlagen. Insgesamt scheint daher in den Teilbereichen Einzelhandel und Ausbaugewerbe eine Angleichung an westdeutsche Verhältnisse schon kurzfristig möglich, in den Teilbereichen Großhandel und Bauhauptgewerbe dagegen zumindest kurzfristig eher unwahrscheinlich.

Die Konkurrenz aus Westdeutschland und der Einbruch der industriellen Produktion hat auch die Angleichung der Selbständigkeit im Verarbeitenden Gewerbe bislang verhindert; insgesamt „fehlten“ hier im Mai 1992 immerhin 40 000 Selbständige (66 vH). Vor allem in der besonders kapitalintensiven Grundstoffindustrie (Chemie, Kunststoffe, Steine und Erden) standen bislang offenbar unüberwindliche Hindernisse einer Gründung selbständiger Existenzen entgegen. Eine besonders hohe Lücke zeigt sich auch in der Landwirtschaft: Hier stehen 16 000 Selbständige einer nach westdeutschen Verhältnissen zu erwartenden Zahl von über 90 000 (zuzüglich 80 000 mithelfender Familienangehöriger) gegenüber. In Industrie und Landwirtschaft scheint – entgegen der oben getroffenen Annahme – eine Angleichung an den heutigen westdeutschen Besatz wenig wahrscheinlich: So sinkt der Besatz in der westdeutschen Industrie beständig und ist eine Umkehr nicht abzusehen; in der Landwirtschaft dürfte angesichts der bisher großflächigen Betriebe und der Situation auf dem EU-Agrarmarkt die Gründung kleiner Betriebe kaum in großer Zahl angestrebt werden.

Insgesamt fehlen derzeit in Ostdeutschland rein rechnerisch rund 260 000 Selbständige, davon jeweils zur Hälfte Waren- und Dienstleistungsproduzenten. Diese Lücke dürfte vor dem Hintergrund der derzeit und wohl auch in den kommenden Jahren hohen Arbeitslosigkeit in wenigen Jahren geschlossen werden und wohl eher eine Untergrenze des mittelfristig zu erwartenden Selbständigenbesatzes in Ostdeutschland darstellen. Da nach den gegenwärtig vorliegenden Bevölkerungsprognosen die Wohnbevölkerung in Ostdeutschland zumindest bis zum Jahr 2000 kaum spürbar zurückgehen wird<sup>16</sup>, erscheint auch ein absoluter Anstieg der Selbständigenzahl in der genannten Größenordnung durchaus möglich. Die angesprochenen Faktoren lassen – wie auch die weiter steigende Zahl der Dienstleistungsproduzenten in Westdeutschland – jedoch darauf schließen, daß sich die sektorale Struktur zugunsten der letzteren verschieben wird. Es könnte daher zu einer um 200 000 steigenden Anzahl selbständiger Dienstleistungsproduzenten und etwa 60 000 zusätzlichen Warenproduzenten kommen.

---

16 Die Prognosen für das Jahr 2000 liegen zwischen knapp 15,4 Mill. (DIW) und 15,2 Mill. (Sommer). Vgl. dazu Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [II], S. 393ff., und B. Sommer, S. 217ff.

## **4. Ausländische Selbständigkeit in den neuen Bundesländern**

Der derzeit geringe Selbständigenbesatz und die geschilderten Perspektiven in Ostdeutschland bieten auch den hier ansässigen ausländischen Mitbürgern auf den ersten Blick Chancen und könnten zudem potentielle ausländische Selbständige aus Westdeutschland sowie aus den europäischen Nachbarländern anlocken; manches spricht allerdings gegenwärtig dafür, daß Ausländer die sich bietenden Optionen eher zögerlich wahrnehmen werden, wie sie auch bei der bisherigen Entfaltung des klein- und mittelständischen Sektors nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt haben. Dazu haben vor allem die Struktur der ausländischen Bevölkerung in der ehemaligen DDR und ihre bewußt unterbliebene soziale Integration, aber wohl auch die Welle der Ausländerfeindlichkeit nach der deutschen Einheit beigetragen. Im folgenden werden daher zunächst die Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung in der DDR, ihre Struktur und die ausländerpolitische Konzeption der ehemaligen DDR skizziert; anschließend werden die gegenwärtige Zahl und Bedeutung ausländischer Selbständiger in den neuen Bundesländern und die Perspektiven analysiert.

### **4.1. Ausländische Wohnbevölkerung in der ehemaligen DDR**

Der Aufenthalt größerer Ausländergruppen war in der DDR zunächst außen- und entwicklungspolitisch motiviert<sup>17</sup>; dementsprechend wurden seit Mitte der fünfziger Jahre Studierende aus sozialistischen Bruderländern aufgenommen. Auch die Aufnahme von Arbeitskräften seit Ende der sechziger Jahre stand zunächst unter entwicklungspolitischen Aspekten; die berufliche Qualifikation der Ausländer sollte in der DDR verbessert werden, damit sie anschließend den wirtschaftlichen Aufbau in den Heimatländern unterstützen konnten. In den achtziger Jahren allerdings veränderte sich die Interessenlage: So sollte nun der fehlende Produktionsfaktor Kapital unter anderem durch billige Arbeitskräfte aus dem Ausland ersetzt werden; zu diesem Zweck wurden Regierungsabkommen mit mehreren sozialistischen Ländern – u.a. mit Vietnam, Mosambik, Angola und China – getroffen, die die Rahmenbedingungen für den Aufenthalt und die Arbeit der delegierten Arbeitskräfte regelten. Dieser Hintergrund macht die soziodemographische Struktur der ausländischen Wohnbevölkerung in der DDR verständlich.

Zur Wohnbevölkerung der DDR – d.h. ohne Einschluß der sowjetischen Armeeangehörigen und deren Familien – gehörten Ende 1989 etwa 190 000 Ausländer, die einen Anteil von 1,2 vH an der Gesamtbevölkerung hatten. Etwa ein Viertel aller Ausländer hatte die Berechtigung für einen ständigen Aufenthalt in der DDR; dieser Kreis bestand in der Hauptsache aus Hochschulabsolventen, war zumeist durch Eheschließung mit ostdeutschen Bürgern in die DDR gekommen und hatte sich fest in die dortige Gesellschaft integriert<sup>18</sup>. Die übrigen Ausländer, die keine Berechtigung für einen ständigen Aufenthalt in der DDR hatten, waren zum größten Teil auf der Grundlage von Regierungsabkommen angeworbene Arbeitnehmer (90 000) sowie aufgrund von Studien- und Ausbildungsverträgen angeworbene Studenten und Lehrlinge (vgl.

17 Vgl. dazu und zum folgenden H. Herrmann [I], S. 6f.

18 Vgl. dazu I. Müller-Hartmann, Zuwanderungen aus Osteuropa und ihre Probleme für die neuen Länder. „Informationen zur Raumentwicklung“, Jg. 1991, S. 395ff.

Tabelle 25

<b>Ausländer<sup>1</sup> in der DDR nach Tätigkeiten und Geschlecht</b>				
1989; in 1 000				
	Insgesamt	davon		Im arbeitsfähigen Alter
		männlich	weiblich	
Berufstätige	107	82	24	106
Studenten	10	8	2	10
Lehrlinge	29	21	8	29
Übrige	46	23	23	33
Insgesamt	191	134	57	178

Nach Angaben des Statistischen Amtes der DDR. – <sup>1</sup>Zur Wohnbevölkerung gehörig.



Tabelle 25)<sup>19</sup>; sie hielten sich überwiegend nur für kurze Zeit (zu 77 vH nicht länger als 2 Jahre) in der DDR auf<sup>20</sup>. Insgesamt befanden sich etwa 93 vH der zur Wohnbevölkerung der DDR gehörenden Ausländer im arbeitsfähigen Alter, und der Anteil der männlichen Ausländer überwog mit 70 vH bei weitem.

Die nationale Struktur der ausländischen Bevölkerung unterschied sich grundlegend von der entsprechenden Struktur in Westdeutschland. Die höchsten Anteile hatten Vietnamesen (60 000 bzw. 31 vH), Polen (50 000 bzw. 27 vH) sowie Mosambikaner (15 000 bzw. 8 vH); sie stellten zusammen rund zwei Drittel aller Ausländer (vgl. Tabelle 26). Demgegenüber spielten Ausländer aus den EU-Ländern sowie Türken, die zusammen in Westdeutschland über die Hälfte aller ausländischen Mitbürger und den Großteil der ausländischen Selbstständigen stellen, in der DDR keine Rolle. Ausländer lebten vor allem in Ostberlin sowie im Süden der DDR, kaum dagegen im Norden; so entfällt der größte Teil der ausländischen Bevölkerung auf Sachsen (45 vH), wo auch der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der gesamten Bevölkerung mit rund 1 vH (Ende 1991) am größten war, unterdurchschnittlich waren Ausländer in den ländlich geprägten Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen vertreten. Die Mehrheit der Ausländer lebte nicht – wie in Westdeutschland – in den größeren Städten, sondern in kleineren Städten und Gemeinden.

Eine soziale Integration der aufgrund der Regierungsabkommen angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer hatte die Ausländerpolitik der DDR nicht zum Ziel, sogar über ihre Zahl und Herkunft gab es bis Ende 1989 keine offiziellen Angaben; auch die Einzelheiten der Regierungsabkommen unterlagen bis zum Februar 1990 der Geheimhaltung. Die Vertragsarbeitnehmer selber hatten jedenfalls keinen Einfluß auf die Vertragsgestaltung, und sie waren in der Regel in separaten Gemeinschaftsunterkünften einquartiert und wurden zumeist in den am wenigsten geschätzten Beschäftigungsfeldern im unmittelbaren Produktionsbereich unter härtesten Bedingungen eingesetzt, für die ein Mangel an einheimischen Arbeitskräften bestand. Sie standen nahezu

19 Vgl. dazu K.J. Bade, S. 38f.

20 Vgl. dazu I. Müller-Hartmann, S. 397ff.

Tabelle 26

<b>Nationalitäten der Ausländer in der DDR bzw. in den neuen Bundesländern</b>						
	1989 bis 1991					
	31. Dezember 1989		31. März 1991		31. Dezember 1991 <sup>a</sup>	
	Anzahl	Anteil <sup>1</sup> in vH	Anzahl	Anteil <sup>1</sup> in vH	Anzahl	Anteil <sup>1</sup> in vH
Insgesamt	191 190	1,2 <sup>b</sup>	119 304	0,8 <sup>b</sup>	110 500	0,75 <sup>b</sup>
darunter:						
EU-Länder	1 406	0,7	1 450	1,2	1 500	1,4
Türkei	-	-	-	-	900	0,8
Jugoslawien	2 055	1,1	2 195	1,8	2 400	2,2
Polen	51 743	27,1	31 970	26,8	23 500	21,3
Österreich	988	0,5	1 021	0,9	1 100	1,0
Vereinigte Staaten	108	0,1	224	0,2	200	0,2
Vietnam	60 607	31,4	26 474	22,2	24 500 <sup>a</sup>	22
Mosambik	15 483	8,1	4 342	3,6	3 900	4
UdSSR	14 885	7,8	16 263	13,6	15 000	13
Ungarn	13 424	7,0	12 445	10,4	11 600	10
Kuba	7 999	4,2	2 322	1,9	1 000	2
Bulgarien	4 939	2,6	5 131	4,3	4 800	4
CSSR	3 218	1,7	2 996	2,5	3 300	3
Angola	1 358	0,7	652	0,5	300	0
Rumänien	1 162	0,6	1 332	1,1	1 500	1

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer. – <sup>1</sup>Anteil an den Ausländern insgesamt. – <sup>a</sup>Ohne Berlin (Ost); teilweise geschätzt. – <sup>b</sup>Anteil an der gesamten Bevölkerung.



ausnahmslos in befristeten Arbeitsverhältnissen, hatten sämtliche Sozialabgaben zu entrichten, ohne allerdings selbst das soziale Netz in Anspruch nehmen zu können, und hatten die DDR nach dem Auslaufen der Verträge unverzüglich zu verlassen. Die Kontaktaufnahme mit der einheimischen Bevölkerung war genehmigungs- und berichtspflichtig und wurde weitgehend unterbunden. In diesem durch soziale Distanz und öffentliche Tabuisierung geprägten Klima konnten sich Toleranz und Akzeptanz anderen Völkern und Kulturen gegenüber nicht entwickeln; statt dessen wucherten unterschwellig Mißtrauen, Angst und Abneigung zwischen einheimischer und ausländischer Bevölkerung<sup>21</sup>.

Die bereits latent vorhandenen sozialen Spannungen traten nach dem Zusammenbrechen des SED-Regimes und der von diesem verordneten Zwangsdisziplinierung und verstärkt durch die schmerzlichen sozialen Veränderungen und Verunsicherungen im Zusammenhang mit dem Übergang in eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaft offen zu Tage und entluden sich vor allem auf Kosten der asiatischen und afrikanischen

21 Vgl. dazu K.J. Bade, S. 39.

Mitbürger<sup>22</sup>. Zudem wurden auch die Regierungsabkommen wesentlich verändert: Zum einen erhielten die Betriebe das Recht der vorzeitigen Beendigung des Arbeitsverhältnisses – was seit Anfang 1990 zunehmend genutzt wurde –, zum anderen erhielten die Arbeitnehmer im Fall der Kündigung die Möglichkeit der freien Arbeitsplatzwahl bzw. der vorzeitigen und in vielen Fällen finanziell unterstützten Rückkehr. Dies alles führte nach dem Auslaufen der Arbeitsverträge zu einer starken Abwanderung dieser Bevölkerungsgruppen in ihre Heimatländer, so daß die Zahl der Vertragsarbeitnehmer bis Mitte 1991 auf nur noch 6 670 sank, die ausländische Bevölkerung bis Ende 1991 auf 110 000 Personen schrumpfte und Ende 1993 ohne Asylbewerber allenfalls noch 100 000 Personen (0,6 vH der Bevölkerung) umfassen dürfte<sup>23</sup>.

#### 4.2. Stand und Perspektiven ausländischer Selbständigkeit in den neuen Bundesländern

Amtliche Angaben bzw. repräsentative Umfragen zur ausländischen Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland nach Sektoren bzw. nach der Stellung im Beruf liegen derzeit nicht vor<sup>24</sup>. Die Darstellungen zur Ausländerpolitik sowie zur Struktur der Ausländer in der ehemaligen DDR sprechen zunächst dafür, daß die Zahl der selbständigen Ausländer vor der Wende sehr gering gewesen ist. In Frage kommen hier lediglich die Ausländer mit ständiger Aufenthaltsberechtigung in der DDR; diese kamen jedoch fast ausschließlich aus sozialistischen Ländern, in denen selbständige Erwerbstätigkeit weitgehend unterdrückt wurde. Die theoretischen Überlegungen über die Gründe für die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit durch Ausländer sprechen wiederum dafür, daß auch nach der Wende nur wenige Ausländer eine selbständige Existenz in den neuen Bundesländern gegründet haben: Die dafür notwendige Größe der ethnischen Gruppen wird aufgrund der zahlreichen Abwanderungen in der Regel unterschritten, und die für die weitere Entwicklung der Betriebe wichtige Nachfrage aus der einheimischen Bevölkerung ist derzeit nicht gegeben. Zwar waren ausländische Beschäftigte überdurchschnittlich von dem einigungsbedingten Strukturwandel betroffen; ein dem Reaktionsmodell entsprechendes Verhalten der von Arbeitslosigkeit betroffenen Ausländer erscheint aber angesichts der ausländerrechtlichen Hürden sowie aufgrund der sprachlichen und kulturellen Barrieren nicht wahrscheinlich.

Insgesamt dürften sich damit die schon zu DDR-Zeiten ansässigen Ausländer nur in sehr geringem Umfang selbständig gemacht haben. Dagegen war der ehemalige DDR-Markt für in Westdeutschland ansässige ausländische Investoren interessant

- 
- 22 So hielten einer Umfrage zufolge mehr als 80 vH der Bürger der neuen Länder den Zuzug von Bürgern aus asiatischen oder afrikanischen Staaten für eher bzw. überhaupt nicht wünschenswert, wohingegen nur 45 vH der Befragten den Zuzug von Arbeitnehmern aus Westdeutschland bzw. von EU-Bürgern als eher bzw. nicht wünschenswert einschätzten. Vgl. dazu I. Müller-Hartmann, S. 402.
  - 23 Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Die Spannungen richteten sich vor allem gegen Asylbewerber und hatten zur Folge, daß der vorgesehene Anteil von in den neuen Bundesländern unterzubringenden Asylbewerbern (laut Einigungsvertrag entsprechend der Bevölkerungsdichte 20 vH) nicht eingehalten werden konnte.
  - 24 Die Mikrozensus für April 1991 und Mai 1992 enthalten keine Angaben über ausländische Erwerbstätige in Ostdeutschland, wohl aber für deutsche Erwerbstätige und Erwerbstätige insgesamt; aufgrund der statistischen Unsicherheiten bei der Erhebung des Mikrozensus erscheint die Möglichkeit, die Differenz mit ausländischen Erwerbstätigen gleichzusetzen, jedoch als sehr fragwürdig und wird daher hier nicht weiter verfolgt.

geworden: Umfragen zufolge plante z.B. mehr als die Hälfte aller befragten türkischen Firmeninhaber (mit Betrieben, in denen mindestens 4 Personen beschäftigt sind), in Ostdeutschland – und hier vor allem in den Großstädten – eine Filiale zu gründen bzw. zu investieren; viele hatten bereits konkrete Maßnahmen ergriffen<sup>25</sup>. Hinweise auf ausländische Existenzgründungen sind bislang nur vereinzelten Angaben zu entnehmen: So führt das Statistische Landesamt Berlin eine zwischen Deutschen und Ausländern differenzierte Statistik der Gewerbean- und abmeldungen; für Ostberlin liegen bislang nach Wirtschaftszweigen disaggregierte Angaben für die Jahre 1991 und 1992 vor. Schließlich kann auf eine Stichprobenuntersuchung der Gewerbean- und abmeldungen für Nordrhein-Westfalen und Sachsen aus dem Jahr 1992 zurückgegriffen werden<sup>26</sup>. Freilich kann jeweils nicht zwischen Existenzgründungen bereits längerfristig anwesender bzw. neu – zum Zweck der selbständigen Existenzgründung – zugezogener Ausländer unterschieden werden.

Vergleichsweise rege ist die Entwicklung der ausländischen Selbständigkeit in Ostberlin gewesen: In den Jahren 1991 und 1992 meldeten Ausländer hier (netto) rund 1100 Gewerbebetriebe an (4,4 vH aller Nettozugänge). Der größte Teil entfiel dabei mit 48 vH auf den Handel, gefolgt von den Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen; in diesen Bereichen hatten Ausländer auch die relativ größten Anteile an den Gewerbeanmeldungen insgesamt (vgl. Tabelle 27). Der relativ hohe Anteil des Handels mag u.a. in der notwendigen lokalen Präsenz eines Einzelhändlers begründet sein; während ein Baubetrieb oder ein Handwerker auch vom Westteil der Stadt den Markt im Ostteil bedienen kann, ist dies für den Handel oder auch für das Gastgewerbe kaum möglich. Zudem bestand gerade im Handelssektor nach der Wende eine große Angebotslücke, die möglicherweise auch von ausländischen Selbständigen genutzt wurde. Da in den östlichen Bezirken Berlins der ausländische Bevölkerungsanteil allerdings sehr gering ist, sind diese Betriebe in ihrer Mehrzahl offenbar nicht der Nischenökonomie zuzurechnen.

Vergleicht man die ausländischen Gewerbeanmeldungen in West- und Ostberlin, so fällt zunächst die ähnliche sektorale Struktur auf; wesentlich ist aber, daß der Anteil der Ausländer an den Gewerbeanmeldern insgesamt in Ostberlin mit 5 vH merklich geringer ist als in Westberlin (23 vH). Der Vergleich zeigt auch, daß erstere ebenfalls schwerpunktmäßig in den Bereichen Handel und Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen vertreten sind, kaum aber im Bereich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe.

Die Daten für Ostberlin dürfen keineswegs als Maßstab für die generelle Entwicklung ausländischer Selbständigkeit in den neuen Bundesländern herangezogen werden, da Ostberlin eine Sonderstellung einnimmt. Der Großteil der dortigen ausländischen Unternehmensgründungen dürfte derzeit von Ausländern aus dem Westteil der Stadt ausgehen. Diese haben den Vorteil, daß sie ihren vertrauten Bereich einschließlich der aufgebauten sozialen Kontakte aufgrund der geringen Entfernung nicht zu verlassen

25 Vgl. dazu A. Goldberg und F. Sen, S. 170.

26 Vgl. R. Clemens und W. Freund, Die Erfassung von Gründungen und Liquidationen in der Bundesrepublik Deutschland – Statistische Grundlagen und empirische Ergebnisse aus Nordrhein-Westfalen und Sachsen. (Schriften zur Mittelstandsforschung, Nr. 58.) Stuttgart 1993.

Tabelle 27

Ausländische Gewerbeanmeldungen <sup>1</sup> in Ostberlin 1991 und 1992								
	Absolut	Sekto- raler Anteil	Auslän- der- anteil	Abmel- de- häufig- keit <sup>2</sup>	Nachrichtlich: Westberlin 1981 bis 1992			
					Absolut	Sekto- raler Anteil	Auslän- der- anteil	Abmel- de- häufig- keit <sup>2</sup>
	in vH		in vH					
Verarbeitendes Gewerbe	31	3	3	28	410	4	—	77
Bau	77	7	4	5	632	7	24	53
Handel	532	48	6	21	3 344	37	38	66
Kreditinstitute und Versicherungen	25	2	1	29	366	4	7	34
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	400	36	5	26	3 934	43	17	69
Insgesamt	1 106	100	5	23	9 123	100	23	67

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin. – <sup>1</sup>Nach Abzug der Gewerbeabmeldungen. – <sup>2</sup>Abmeldungen je 100 Anmeldungen.



brauchen. Der daraus resultierende positive Einfluß auf ausländische Betriebsgründungen dürfte allenfalls noch für die an Brandenburg grenzenden Randlagen Berlins, insbesondere die Stadt Potsdam, sowie für das ehemalige Zonenrandgebiet relevant sein. So hatten z.B. im Jahr 1992 ausländische Gewerbeanmelder in Sachsen nur einen Anteil von 2,3 vH an allen Gewerbeanmeldungen. Dieser geringere Anteil ist u.a. darauf zurückzuführen, daß Sachsen ein Flächenstaat mit geringerer Ausländerdichte ist; der Ausländeranteil ist mit gegenwärtig schätzungsweise 1,5 vH im Vergleich etwa zu Nordrhein-Westfalen (12 vH) sehr gering<sup>27</sup>. Die sektorale Struktur der etwa 1 100 Nettoanmeldungen ähnelt hingegen der Ostberlins: Wiederum entfallen rund bzw. reichlich ein Drittel aller Anmeldungen auf die Bereiche Handel bzw. Sonstige Dienstleistungen.

Zusammenfassend sind die Perspektiven ausländischer Selbständigkeit in den neuen Bundesländern kurz- und mittelfristig eher skeptisch zu beurteilen. Dafür spricht vor allem die gegenwärtig vorsichtig eingeschätzte ausländische Bevölkerungsentwicklung: So dürfte die ausländische Wohnbevölkerung von 100 000 (1991) bis zum Jahr 2000 auf etwa 500 000 steigen und im Jahr 2010 etwa 800 000 Personen erreichen; dies entspricht Anteilen an der ostdeutschen Wohnbevölkerung von 3 vH bzw. 5 vH<sup>28</sup>. Die nach dem Nischenmodell notwendige Bevölkerungsgröße dürfte somit erst in einigen Jahren erreicht werden. Vergleichsweise gute Chancen für ausländische Selbständige bestehen im Gastgewerbe, wenn auch in den neuen Bundesländern im Zuge steigender Auslandsaufenthalte ausländische Küche besser bekannt ist.

27 Vgl. R. Clemens und W. Freund, S. 98.

28 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), [II], S. 401.

## Viertes Kapitel

### Zusammenfassende Bewertung

Die vorstehenden Ergebnisse machen deutlich, daß die Perspektiven ausländischer Selbständigkeit in Ostdeutschland auf der einen Seite und in Westdeutschland auf der anderen sehr unterschiedlich einzuschätzen sind: Die nur langsame Erhöhung des ausländischen Bevölkerungsanteils in den neuen Bundesländern auf 3 vH bis 5 vH innerhalb der nächsten ein bis zwei Dekaden stellt eine eher ungünstige Voraussetzung zur Bildung selbständiger Existenzen von Ausländern dar. Dies gilt nicht nur wegen der nach dem Nischenmodell mangelnden „kritischen“ Größe der ausländischen Bevölkerung, sondern auch wegen der vor dem Hintergrund der anhaltenden Ungleichgewichte am Arbeits- und Wohnungsmarkt wohl stärkeren Vorbehalte der einheimischen Bevölkerung in den neuen als in den alten Bundesländern gegen den Zuzug und den Aufenthalt von Fremden. Am ehesten sind ausländische Betriebsgründungen im Dienstleistungsbereich und hier wiederum – ähnlich wie in Westdeutschland – im Gaststättengewerbe zu erwarten. Inwieweit in handwerksähnlichen Berufen oder im Handwerk Möglichkeiten für Ausländer bestehen und wahrgenommen werden, ist schwer zu beurteilen. Durchaus vorstellbar erscheint es, daß mit Angleichung der ostdeutschen Markteinkommen an westdeutsche Verhältnisse und mit dem damit verbundenen sektoralen und beruflichen Strukturwandel – ebenso wie in den beiden vergangenen Jahrzehnten in Westdeutschland – von den Einheimischen Beschäftigungs- und Produktionsmöglichkeiten aufgegeben werden, die die Ausländer in Ostdeutschland als Chance begreifen und sich damit selbständig machen. Sie würden damit auch einen – allerdings sehr begrenzten – Beitrag zur Bildung eines breiteren Mittelstands in den neuen Ländern leisten.

In Westdeutschland haben sich vor allem in den achtziger Jahren die Struktur der ausländischen Selbständigen und der Anteil der ausländischen Selbständigen an den ausländischen Erwerbspersonen den entsprechenden Strukturen der deutschen Bevölkerung deutlich angenähert. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß sich diese Entwicklung fortsetzen wird: So steigt der Anteil der langfristig bzw. dauerhaft in der Bundesrepublik ansässigen Ausländer bzw. der in Deutschland geborenen Ausländer, d.h. der Anteil derer, die mehr und mehr mit der deutschen Sprache, den Besonderheiten des deutschen Marktes und des Rechtssystems vertraut sind und deren Existenzgründung nicht durch rechtliche Barrieren beeinflußt wird. Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und eher skeptisch eingeschätzte Wachstumsperspektiven für die neunziger Jahre

führen den Erfahrungen der Vergangenheit gemäß dazu, daß ausländische Erwerbstätige häufiger den Schritt zur Gründung einer selbständigen Existenz wagen. Als Folge davon könnte der ausländische Selbständigenbesatz schon zur Jahrtausendwende mit dem entsprechenden Besatz bei den deutschen Erwerbstätigen gleichgezogen haben. Nimmt man an, daß die ausländische Bevölkerung in Westdeutschland bis zum Jahr 2000 von derzeit 6,5 Mill. Personen auf reichlich 9 Mill. zunehmen wird, und unterstellt darüberhinaus den trendmäßig bei Ausländern zu erwartenden potentiellen Selbständigenbesatz, so ergibt sich für das Jahr 2000 eine Zahl von reichlich 300 000 selbständigen Ausländern in Westdeutschland.

Für Deutschland insgesamt könnte die Zahl der ausländischen Selbständigen um die Jahrtausendwende durchaus noch darüber hinausgehen. Diese Erwerbstätigen wären nicht nur in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht – als Unternehmer sowie als Arbeitgeber für gegenwärtig etwa 0,5 Mill. Ausländer und Deutsche – durchaus von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, sondern auch unter finanziellen Vorzeichen. Letzteres gilt in ihrer Funktion als Steuer- und Beitragss Zahler sowie als Empfänger staatlicher Geldleistungen und als Nutznießer staatlicher Einrichtungen, insbesondere im Verkehrs-, Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungsbereich. Dabei ist tendenziell von einem „Gewinn“ des Fiskus und der Parafisci in Gestalt eines Überschusses der insgesamt gezahlten Steuern und Abgaben über die empfangenen Leistungen auszugehen; er kann zur Finanzierung der allgemeinen Staatsaufgaben verwendet werden und entlastet insoweit die einheimische Bevölkerung von solchen Ausgaben, die auch ohne den Zuzug und Aufenthalt von Ausländern anfallen. Dazu gehören nicht nur Aufwendungen für die allgemeine staatliche Verwaltung oder für die Verteidigung, sondern auch die Mittel zur Finanzierung der deutschen Einheit, die aller Voraussicht nach auch mittel- und längerfristig erhebliche volkswirtschaftlichen Ressourcen beanspruchen werden.

Inwieweit es aufgrund der Zunahme der Selbständigkeit von Ausländern zu einer Verstärkung der Innovationstätigkeit und des Strukturwandels sowie generell zu einer Dynamisierung der deutschen Wirtschaft kommt, ist schon aufgrund der zu erwarten den, vor allem in den neuen Bundesländern noch recht geringen Größenordnungen nicht abschließend zu beurteilen. Die bisherigen Erfahrungen in Westdeutschland lassen einen eher begrenzten Einfluß und eher schwache Impulse vermuten; dies gilt um so mehr, als die ausländischen Selbständigen auch weiterhin sektorale, berufliche und regionale konzentriert sind und ihre Produktion und ihre Angebotspalette zum einen in erheblichem Maße auf die eigene Ethnie ausgerichtet ist. Auch werden sich ausländische Selbständige vor allem (weiterhin) in solchen Bereichen betätigen, die – wie im handwerksähnlichen Gewerbe – mehr und mehr deutsche Angebote substituieren. Demgegenüber werden sie im Gastgewerbe – wie in der Vergangenheit – zu einer größeren Vielfalt beitragen und so den Dienstleistungsbereich der deutschen Volkswirtschaft verbreitern.

## Literaturverzeichnis

- Abraham, K.G. and Houseman, S.N., *Job Security in America. Lessons from Germany.* Washington, D.C., 1993.
- Aldrich, H., Jones, T.P. and McEnvoy, D., *Ethnic Advantage and Minority Business Development.* In: R. Ward and R. Jenkins (Eds.), S. 209ff.
- Amt für Stadtentwicklung der Stadt Ludwigshafen am Rhein (Hrsg.), „Informationen zur Stadtentwicklung“. Ludwigshafen, Jg. 1993.
- Bade, K.J., *Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland.* Bonn 1992.
- Barabas, G., u.a., *Gesamtwirtschaftliche Effekte der Zuwanderung 1988 bis 1991.* „RWI-Mitteilungen“, Berlin, Jg. 43 (1992), S. 133ff.
- Blaschke, J. und Ersöz, A. [I], *Herkunft und Geschäftsaufnahme türkischer Kleingewerbetreibender in Berlin.* Berlin 1987.
- Blaschke, J. und Ersöz, A. [III], *Die türkische Ökonomie in Berlin.* „Forum – Zeitschrift für Ausländerfragen und Kultur“, Frankfurt a.M., Jg. 1986, Heft 1, S. 58ff.
- Bucher, H., Kocks, M. und Siedhoff, M., *Wanderungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland der achtziger Jahre.* „Informationen zur Raumentwicklung“, Bonn, Jg. 1991, S. 501ff.
- Büchel, F. und Pannenberg, M., „*Neue Selbständige*“ in Ostdeutschland. Statusentwicklung, Realisierungschancen und materielle Zufriedenheit. „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, Stuttgart, Jg. 25 (1992), S. 544ff.
- Bukow, W.-D., *Leben in der multikulturellen Gesellschaft – Die Entstehung kleiner Unternehmer und der Umgang mit ethnischen Minderheiten.* Opladen 1993.
- Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) [I], *Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativuntersuchung '85. (Gutachten des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung.)* Bonn 1986.
- Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) [II], *Statistisches Taschenbuch 1993.* Bonn 1993.
- Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) [III], *Übersicht über die Soziale Sicherung.* 2. Auflage, Bonn 1992.
- Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.) [I], *Ausländische Selbständige bilden aus.* Bonn 1992.

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.) [II], Grund- und Strukturdaten 1992/93. Bad Honnef 1992.

Clemens, R. und Freund, W., Die Erfassung von Gründungen und Liquidationen in der Bundesrepublik Deutschland – Statistische Grundlagen und empirische Ergebnisse aus Nordrhein-Westfalen und Sachsen. (Schriften zur Mittelstandsforschung, Nr. 58.) Stuttgart 1993.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.), Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland – Neunter Bericht. „DIW-Wochenbericht“, Berlin, Jg. 60 (1993), S. 555ff.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [I], Ausländerintegration und Bildungspolitik. (Bearb.: F. Behringer u.a.) „DIW-Wochenbericht“, Berlin, Jg. 61 (1994), S. 33ff.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [II], Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 mit Ausblick auf 2040. (Bearb.: E. Schulz.) „DIW-Wochenbericht“, Berlin, Jg. 60 (1993), S. 393ff.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [III], Schul- und Berufsausbildung junger Ausländer. (Bearb.: W. Jeschek.) „DIW-Wochenbericht“, Berlin, Jg. 60 (1993), S. 297ff.

Erichsen, R. und Sen, F., Hinwendung zur Selbständigkeit bei Gastarbeitern mit besonderer Berücksichtigung von Türken. (Arbeitsdokument des International Labour Office.) Genf 1987.

Fischermann, T., Taxen stecken immer häufiger im Preis-Stau. „Süddeutsche Zeitung“, München, Ausgabe vom 4. Januar 1994, S. 20.

Gieseck, A., Heilemann, U. und Loeffelholz, H.D. von [I], Wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte der Zuwanderung in die Bundesrepublik. „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, Nr. B7/93 vom 12. Februar 1993, S. 29ff.

Gieseck, A., Heilemann U. und Loeffelholz, H.D. von [II], Economic Implications of Migration into the Federal Republic of Germany 1988 – 1992. (RWI-Papiere, Nr. 35.) Essen 1993.

Goldberg A. und Sen, F., Ein neuer Mittelstand? – Unternehmensgründungen von ehemaligen türkischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland. „WSI-Mitteilungen“, Köln, Jg. 44 (1993), S. 163ff.

Goldberg, A. [I], Ausländische Selbständige auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt – Ein Beispiel für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg ehemaliger ausländischer Arbeitnehmer. „Informationen zur Raumentwicklung“, Bonn, Jg. 1991, S. 411ff.

Goldberg, A. [II], Die Spitze eines Eisberges – Selbständigkeit bei Ausländern hoch im Kurs. „KIRPI – Monatszeitschrift“, Essen, Jg. 1991, Heft 1, S. 28ff.

- Grüske, K.-D., Die personale Budgetinzidenz. Eine Analyse für die Bundesrepublik. (Abhandlungen zu den Wirtschaftlichen Staatswissenschaften, Band 14.) Göttingen 1978.
- Heilemann, U., Weniger Geld – Zu den mittelfristigen Aussichten der westdeutschen Wirtschaft. „RWI-Mitteilungen“, Berlin, Jg. 44 (1993), S. 83ff.
- Heilemann, U. u.a. (Hrsg.), Empirische Wirtschaftsforschung und wirtschaftspolitische Beratung. Willi Lamberts zum 60. Geburtstag. (Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 8.) Essen 1993.
- Herrmann, H. [I], Ursachen und Entwicklung der Ausländerbeschäftigung. (Informationen zur politischen Bildung, Nr. 237.) Bonn 1992, S. 4ff.
- Herrmann, H. [II], Aus Gastarbeitern werden Rentner. „Arbeitgeber“, Köln, Jg. 1993, S. 641ff.
- Hübler, O. [I], Was unterscheidet Freiberufler, Gewerbetreibende und abhängig Beschäftigte? Eine ökonometrische Untersuchung über Gruppenheterogenität, Einkommensdeterminanten und Statuswechsler. „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, Stuttgart, Jg. 24 (1991), S. 101ff.
- Hübler, O. [III], Selbständige in Ostdeutschland – Eine theoretische und mikroökonomische Analyse. „Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung“, Berlin, Jg. 61 (1992), S. 107ff.
- Industrie- und Handelskammer zu Berlin sowie BAO Berlin-Marketing Service GmbH (Hrsg.), Aufenthalt und Erwerbstätigkeit von ausländischen Staatsbürgern und Unternehmen in Deutschland. Berlin, ohne Erscheinungsjahr.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Ausländerbeschäftigung – Heftige Reaktionen auf Boom und Baisse. „iwd“, Köln, Jg. 1993, Nr. 9, S. 7ff.
- Korte, H. und Calisgan, K., Eine empirische Untersuchung über ausländische Selbständige in Gelsenkirchen. Bochum 1989.
- Kruse, A., Wanderungen (II), Internationale Wanderungen. In: E. von Beckerath u.a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 11. Stuttgart u.a. 1961, S. 504ff.
- Lageman, B., Mittelstandsentwicklung und industrieller Schrumpfungsprozeß in den neuen Bundesländern. In: U. Heilemann u.a. (Hrsg.), S. 239ff.
- Lamberts, W. [I], Dienstleistungsproduzenten und Warenproduzenten in der Marktwirtschaft. „RWI-Mitteilungen“, Berlin, Jg. 37/38 (1986/87), S. 503ff.
- Lamberts, W. [II], Unternehmertätigkeit auf kleinen und großen Märkten. „RWI-Mitteilungen“, Berlin, Jg. 39 (1988), S. 277ff.
- Lamberts, W. [III], Betriebsgrößenstruktur und Arbeitskräfte nachfrage im Verarbeitenden Gewerbe. Teil 2: Die Determinanten der Betriebsgröße. „RWI-Mitteilungen“, Berlin, Jg. 37/38 (1986/87), S. 167ff.

- Lechner, M. und Pfeiffer, F., Der Weg in die selbständige Erwerbstätigkeit am Beginn der Marktwirtschaft. „ZEW Wirtschaftsanalysen“, Mannheim, Jg. 1993, Heft 1, S. 45ff.
- Lichtblau, K., Investitionsförderung in den neuen Bundesländern. „IW-Trends“, Köln, Jg. 1993, S. 17ff.
- Loeffelholz, H.D. von [I], Der Beitrag der Ausländer zum wirtschaftlichen Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland. „Eichholz-Brief – Zeitschrift zur Politischen Bildung“, Bonn, Jg. 29 (1992), S. 60ff.
- Loeffelholz, H.D. von [II], Die personale Inzidenz des Sozialhaushalts. Eine theoretische und empirische Analyse. (Abhandlungen zu den Wirtschaftlichen Staatswissenschaften, Band 15.) Göttingen 1979.
- Loeffelholz, H.D. von [III], Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum und staatliche Leistungen. „RWI-Mitteilungen“, Berlin, Jg. 39 (1988), S. 215ff.
- Loutfi, M. F., Self-Employment Patterns and Policy Issues in Europe. „International Labour Review“, Genf, vol. 130 (1991), Heft 1, S. 2ff.
- Meager, N., Kaiser, M. and Dietrich, H., Self-Employment in the United Kingdom and Germany. London 1992.
- Müller-Hartmann, I., Zuwanderungen aus Osteuropa und ihre Probleme für die neuen Länder. „Informationen zur Raumentwicklung“, Bonn, Jg. 1991, S. 395ff.
- O.V., Ein Dach für türkische Unternehmer. „Süddeutsche Zeitung“, München, Ausgabe vom 28. Februar 1994, S. 20.
- Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel, Zehn Jahre Sozio-ökonomisches Panel (SOEP). „Vierteljahrsshefte zur Wirtschaftsforschung“, Berlin, Jg. 1993, Heft 1/2, S. 27ff.
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [I], Die Umverteilungswirkungen der Staatstätigkeit bei den wichtigsten Haushaltstypen. Dritter Untersuchungsteil: Eine empirische Analyse gruppenspezifischer Realtransfers. Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. (Bearb.: A. Obersteller.) Essen 1982.
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [II], „RWI-Konjunkturberichte“. Berlin, lfd. Jgg..
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [III], Entwicklungsmöglichkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Gutachten im Auftrag des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. (Bearb.: W. Lamberts u.a.) Essen 1988.
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) [IV], „RWI-Handwerksberichte – Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1992/93“. Essen, Jg. 39 (1992).

- Schmidt, B.B., Zur Entwicklung der Situation und zur beruflichen Integration von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland. „Informationen zur Raumentwicklung“, Bonn, Jg. 1991, S. 405ff.
- Schrumpf, H. [I], Zur Entwicklung der Zahl der Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland. „RWI-Mitteilungen“, Berlin, Jg. 37/38 (1986/87), S. 475ff.
- Schrumpf, H. [II], Zur Konzentrationsentwicklung im Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln. „RWI-Mitteilungen“, Berlin, Jg. 39 (1988), S. 338ff.
- Schrumpf, H. [III], Selbständige in der DDR – ein Potential zur Lösung der aktuellen wirtschaftlichen Probleme? „RWI-Mitteilungen“, Berlin, Jg. 41 (1990), S. 105ff.
- Sommer, B., Entwicklung der Bevölkerung bis 2030. „Wirtschaft und Statistik“, Stuttgart, Jg. 1992, S. 217ff.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [I], Statistisches Jahrbuch 1992 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1992.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [III], Struktur der ausländischen Bevölkerung. Volkszählung vom 25. Mai 1987. (Fachserie 1: Bevölkerung der Erwerbstätigkeit, Heft 5.) Stuttgart 1990.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [III], Unternehmen und Beschäftigte nach Rechtsformen. (Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten, Heft 8.) Stuttgart 1990.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [IV], Konten und Standardtabellen. Hauptbericht 1991. (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3.) Stuttgart 1992.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [V], Einkommensteuer 1986. (Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 7.1.) Stuttgart 1991.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [VI], Vermögensteuer. Hauptveranlagung 1989. (Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 7.4.) Stuttgart 1993.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [VII], Umsatzsteuer 1990. (Fachserie 14: Finanzen und Steuern, Reihe 8.) Stuttgart 1992.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [VIII], Wohngeld 1990. (Fachserie 13: Sozialleistungen, Reihe 4.) Stuttgart 1991.
- Statistisches Landesamt Hamburg (Hrsg.), „Hamburg in Zahlen“. Hamburg, Jg. 47 (1993), S. 176ff.
- Thomas, M., Private Selbständigkeit in Ostdeutschland – Erste Schritte in einem neuen Forschungsfeld. „Soziale Welt“, Göttingen, Jg. 44. (1993), S. 223ff.
- Ulrich, R., Der Einfluß der Zuwanderung auf die staatlichen Einnahmen und Ausgaben in Deutschland. „Acta Demographica“, Heidelberg, Jg. 1992, S. 196ff.
- Veldhues, B., Erwerbstätigkeit von Ausländern 1988. „Wirtschaft und Statistik“, Stuttgart, Jg. 1990, S. 87ff.
- Ward, R. and Jenkins, R. (Eds.), Ethnic Communities in Business. Cambridge 1984.

- Werner, H., Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, Stuttgart, Jg. 26 (1993), S. 348ff.
- Westdeutscher Handwerkskammertag (Hrsg.), Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Handwerksstatistik 1992/93. Düsseldorf 1993.
- Wiebe, D., Sozialgeographische Aspekte ausländischer Gewerbetätigkeiten in Kiel. „Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie“, Frankfurt a.M., Jg. 1982, Heft 3, S. 69ff.
- Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) [I], Ausländische Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Eine vergleichende Untersuchung zur unternehmerischen Selbständigkeit von Türken, Italienern, Griechen und Jugoslawen. Opladen 1991.
- Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) [II], Konsumgewohnheiten und wirtschaftliche Situation der türkischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. (ZfT aktuell, Nr. 4.) Essen 1992.
- Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) [III], Türkische Unternehmensgründungen. Von der Nische zum Markt? Bonn 1989.